



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

DER **KRIEG** GEGEN DIE UKRAINE HAT
DIE WELT ERSCHÜTTERT, DIE EUROPÄISCHE
FRIEDENSORDNUNG ZERSTÖRT UND EINE
GLOBALE ZEITENWENDE EINGELEITET.

IN VERANSTALTUNGEN, PUBLIKATIONEN
UND ANALYSEN HAT DIE FRIEDRICH-NAUMANN-
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT DIE EREIGNISSE
BEGLEITET UND DEUTLICH GEMACHT:

DER ANGRIFF AUF DEMOKRATIE,
FREIHEIT UND DIE WESTLICHE WERTE- UND
FRIEDENSORDNUNG IN **EUROPA**
BRAUCHT LIBERALE ANTWORTEN.

JAHRESBERICHT 2022

DER **KRIEG** GEGEN DIE UKRAINE HAT
DIE WELT ERSCHÜTTERT, DIE EUROPÄISCHE
FRIEDENSORDNUNG ZERSTÖRT UND EINE
GLOBALE ZEITENWENDE EINGELEITET.

IN VERANSTALTUNGEN, PUBLIKATIONEN
UND ANALYSEN HAT DIE FRIEDRICH-NAUMANN-
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT DIE EREIGNISSE
BEGLEITET UND DEUTLICH GEMACHT:
DER ANGRIFF AUF DEMOKRATIE,
FREIHEIT UND DIE WESTLICHE WERTE- UND
FRIEDENSORDNUNG IN **EUROPA**
BRAUCHT LIBERALE ANTWORTEN.





In Solidarität mit der Ukraine - 100 Tage Krieg in Europa.

Berlin, 02.06.2022

Schweigemarsch der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unter anderem mit Manuel Höferlin, MdB; Bijan Djir-Sarai MdB, Generalsekretär der FDP; Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages; Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

schon seit mehr als einem Jahr tobt der russische Angriffskrieg in der Ukraine: Kein anderes Ereignis hat das Jahr 2022 mehr geprägt, hat mehr Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gehabt als dieser Krieg. Dieser Jahresbericht steht daher im Zeichen des Krieges in Europa.

Unsere persönliche Sorge galt in erster Linie der Sicherheit unseres Teams in Kiew und unseren Partnerorganisationen. Ich danke dem Ukraine-Team für seine hervorragende Leistung in schwierigen Zeiten. Gemeinsam mit den ukrainischen Partnern haben sie erste Nothilfe für die Menschen organisiert. Und trotz Luftangriffen, Strom- und Wasserabschaltungen, trotz Gefahr für Leib und Leben haben sie die Projektarbeit mit den für die Ukraine derzeit wichtigen Themen weiter vorangetrieben. Unser Projektbüro in der Ukraine leistet einen unverzichtbaren Beitrag, um die Menschen vor Ort zu unterstützen, unabhängigen Journalismus zu fördern und politische Bildung zu ermöglichen.

Russlands Krieg in der Ukraine ist ein Angriff auf Freiheit und Frieden – Werte, die wir als liberale Stiftung überall auf der Welt verteidigen. Seit dem russischen Angriff hat die Stiftung in Deutschland und weltweit in Veranstaltungen, Analysen und Hintergrundberichten zu den Entwicklungen in der Ukraine umfassend informiert. Mit unseren hochpolitischen und hochaktuellen Veranstaltungen zum Ukraine-Krieg und seinen Folgen haben wir viele Bürgerinnen und Bürger – sowohl im Inland als auch im Ausland – erreicht. Darunter waren die Berliner Rede zur Freiheit mit der estnischen Premierministerin Kaja Kallas, die Verleihung des Freiheitspreises an die slowakische Präsidentin Zuzana Caputova, die Verleihung des Walter-Scheel-Preises an die Bildungsaktivistin Halyna Tytysh, die Veranstaltung „How Putin’s War Renews Europe“ mit dem belgischen Premierminister Alexander De Croo und die Anti-War-Tour des Punkerinnenkollektivs Pussy Riot aus Moskau mit ihrer Protestkunst. Unsere Projektbüros im Ausland haben ihre

Expertise über moderne Formate auch ins Inland gebracht, postcoronabedingt noch verstärkt hybrid oder digital. Mit der Kampagne „Reshape Europe“ startete die Stiftung einen weltweiten Dialog zur Zukunft Europas, der auch 2023 fortgesetzt wird.

Die geopolitische „Zeitenwende“ verlangt in vielen Bereichen einen Wandel. Die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik braucht neue Partner für europäische Allianzen. Mit unserer Publikation „Allianzen für Demokratie“ liefert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wichtige Impulse für Bündnisse, um die freiheitlichen, demokratischen Werte gegenüber Autokratie und staatlicher Willkür zu unterstützen und zu verteidigen.

Der Angriff auf die Ukraine war in der geopolitischen Analyse ein Akt mit Ankündigung. Putins traditionelle Großmachtpolitik und ein Denken in Einflussphären waren schon längere Zeit zu verfolgen gewesen – nicht erst mit der Annexion der Krim. Mit dem Georgienkrieg 2008 hatte Putin bereits seine skrupellosen Ambitionen offengelegt. In der Publikation der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit „Lebt Putin in einer anderen Welt?“ aus dem Jahr 2014, die wir 2022 neu aufgelegt haben, beschreibt Michael Roick die russische Außenpolitik – ein Rückblick, der sich aus aktuellem Anlass lohnt.

Unser Engagement für die Freiheit bildet die Grundlage unserer liberalen Menschenrechtsarbeit im Ausland. Im Kampf für Freiheit und Demokratie setzen sich viele Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger weltweit ein – darunter auch Anwältinnen und Anwälte, die selbst zu den am meisten verfolgten Berufsgruppen gehören. Über ihre mutige Arbeit für die Grundrechte und die Freiheit berichteten wir auf einer Konferenz und in der Publikation „Human Rights Defenders“. Der jährliche Menschenrechtsreport der Stiftung zeigt zudem die Schwerpunkte der Menschenrechtsarbeit in unseren Projektländern.



Annett Witte,
Hauptgeschäftsführerin
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ihre Partner engagieren sich nunmehr seit 65 Jahren für Freiheit und liberale Werte in über 60 Ländern und Regionen. Die Themenagenda unserer politischen Bildungsarbeit umfasst Soziale Marktwirtschaft und globalen Wohlstand, liberale Demokratie und offene Gesellschaft, Bildung und gerechte Chancen, innovative Energie- und Klimapolitik sowie weltweite Zusammenarbeit, Menschenrechte und internationale Verantwortung sowie digitale Transformation und kommunikative Souveränität. Unsere Publikationen wie Gutachten, Policy Paper und Impulspapiere greifen aktuelle politische Themen der Themenagenda auf: Mit Perspektive aus, aber auch auf Deutschland, Europa und die Welt.

Zum 100. Todestag Walther Rathenaus erinnerte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einer Publikation und einer Veranstaltungsreihe an den Industriellen, Publizisten und liberalen Außenpolitiker. Unser zeithistorisches Themenmanagement würdigte außerdem Liselotte Funcke, eine der ganz großen Liberalen der Nachkriegsgeschichte.

Das Bildungsprogramm beleuchtete aktuelle politische Themen wie Wirtschaft und Krise, Energiepolitik, Inflation, Frauenrechte und Iran sowie aktuelle Wahlen weltweit. Mehr als 146.000 Teilnehmende besuchten mehr als 2.100 Veranstaltungen, davon waren die Hälfte digitale Formate.

In der Pressearbeit erzielten wir eine erneute Steigerung und erreichten eine Bruttoreichweite von über 1,6 Milliarden. Die Webseite freiheit.org konnte einen Höchststand von 8,5 Millionen Aufrufen verzeichnen.

Auch unsere Gremien haben sich verändert: Anne Brasseur, Botschafterin und Streiterin für Europa, wurde neu in den Vorstand gewählt. Sie wird die Stiftungsarbeit mit den Schwerpunkten Menschenrechtsarbeit sowie Außen- und Europa-

politik in den kommenden Jahren maßgeblich prägen. Das Kuratorium hat zudem weitere neue Mitglieder gewählt: Bettina Stark-Watzinger MdB, Sarah Bäumchen, Barbie Kornelia Haller, Dr. Ellen Madeker, Michael Link MdB.

Frieden und die Freiheit in Europa haben eine Zukunft. Als liberale Stiftung ist unser unermüdlicher Einsatz für eine freiheitliche Ordnung in Europa Pflicht und Verantwortung zugleich. Es gilt jetzt und in Zukunft, Liberalismus eine Stimme zu geben und dort hinzuschauen und aktiv zu sein, wo freiheitliche Werte von illiberalen Kräften bedroht werden. Politische Bildung beruht auf einem Wertefundament. Unser Fundament heißt Freiheit. Allen Mitarbeitenden im Inland und Ausland gilt mein Dank für ihr Engagement.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich neue strategische Ziele. In den nächsten Jahren werden wir weiter wachsen, unsere Expertise als moderne Denkfabrik ausbauen, unsere Netzwerke verdichten sowie innovative Lösungen in Sachen Nachhaltigkeit auch in Bezug auf unsere eigene Arbeit stärken.

Ich lade Sie herzlich ein, in diesem Jahresbericht mehr über die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie die Perspektiven und liberalen Antworten auf die Fragen der Zeit zu erfahren. Mehr noch: Besuchen Sie unsere Veranstaltungen in Präsenz oder virtuell, schärfen Sie Ihre Fähigkeiten in unseren Trainings und informieren Sie sich über die aktuellen politischen Fragen und Themen in unseren Publikationen, auf unserer Webseite und in den sozialen Medien.

Ihre Annett Witte

Hauptgeschäftsführerin
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

INHALTSVERZEICHNIS

10

Interview mit Prof. Dr. Ludwig T. Heuss – Gefährdung der Freiheit	10
Interview mit Anne Brasseur – Für Frieden in Europa	11

12

KRIEG IN EUROPA

Der Neue Westen	12
Allianzen für Demokratie	13
100 Tage Krieg in Europa.....	14
Für die Ukraine. Für die Freiheit.....	15
Strafanzeige gegen Wladimir Putin..	16
Pussy Riot auf Anti-War-Tour	17
16. Berliner Rede zur Freiheit.....	18
Freiheitspreis	19
Ein Kampf für Europa	19

20

LIBERALE DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

Essay – Sabine Leutheusser-Schnarrenberger..	21
Was ist Demokratie?	22
Lokaljournalismus fördert demokratische Gesellschaften	23
Liberaler Demokratie als beste Staatsform.....	24
Chatkontrolle stoppen!	26
Mehr digitale Souveränität.....	27

28

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALER WOHLSTAND

Essay – Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué.....	29
Marktwirtschaftliche Agenda oder noch mehr Staat?.....	30
Führungskräfte können Krise	31
Die Welt in Aufruhr: wirtschaftliche und politische Krisen.....	32
Fakten zur Krise	33
Gleichberechtigung	34
Gründerinnenkonferenz: Frauensache – Unternehmen gründen	35
Migrant Founders Monitor 2022	36
Inflation und Knappheit – ist der Standort Deutschland in Gefahr?	37

38

DIGITALE TRANSFORMATION UND KOMMUNIKATIVE SOUVERÄNITÄT

Essay – Teresa Widlok und Ann Cathrin Riedel.....	39
Desinformation und russische Medien.....	40
Den Überwachungsstaat verhindern	42
Digitale Währungen.....	43

44

BILDUNG UND GERECHTE CHANCEN

Essay – Dr. Maren Jasper-Winter	45
Bildung in Zeiten der Krise	46
Begabtenförderung.....	48
Empowerment-Programm.....	50
Politiktraining	51

52

INNOVATIVE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK SOWIE WELTWEITE ZUSAMMENARBEIT

Essay – Alexander Graf Lambsdorff MdB	53
Eine Gefahr für die Nachbarn	54
In liberaler Mission	55
Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Arbeit des Büros Kiew	56
Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Arbeit des Büros Moskau	57
Reshape Europe – 30 Jahre EU-Binnenmarkt	58
Reshape Europe – Jahreskonferenz – weltweiter Dialog zur Zukunft Europas.....	60
Klimaschutzinnovation in Zeiten der Krise	62
Krieg in der Ukraine – Eine Zäsur für die deutsche Sicherheitspolitik.....	63

77

LIBERALE BILANZ

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen	77
Presseschau	78
Die Stiftung in Zahlen 2022.....	79
Publikationen 2022	80
Strategische Ziele 2026	82
Mitarbeitende	83
Das Geschäftsjahr 2021	84
Gesamtübersicht Haushalt	85
Bericht des Kuratoriums	86
Bericht des Vorstandes	87
Über die Stiftung	88
Unser Leitbild und unsere Mission	89
Danksagung	90
Impressum & Bildnachweise.....	90

64

MENSCHENRECHTE UND INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Essay – Anne Brasseur.....	65
Menschenrechte im Fokus	66
Frauenrechte weltweit stärken!.....	68
Europride 2022 in Belgrad	69
Der Innenhof der Europäischen Union	70
Global Hubs.....	71
Aus den Regionen	72
Im politischen Dialog in über 60 Ländern und Gebieten der Erde	76

GEFÄHRDUNG DER FREIHEIT

Interview mit
Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,
Vorsitzender des Kuratoriums
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit



Welche liberalen Themen haben durch den Krieg in Europa an Relevanz gewonnen?

Heuss: Seit über einem Jahr herrscht auf dem europäischen Kontinent wieder ein imperialer Angriffskrieg, wie wir ihn aus früheren Jahrhunderten kannten und in unseren Breiten für überwunden hielten. Ich denke, dass man den Menschen in der Ukraine, aber auch in deren direkten Nachbarstaaten, den Wert der Freiheit nicht zu erklären braucht. Die unmittelbare Gefährdung der Freiheit macht ihre Verletzlichkeit bewusst. Unserer Gesellschaft dagegen – auch wenn wir im Alltag mit dem Krieg und seinen Folgen konfrontiert werden – ist noch zu wenig bewusst, dass bei dieser Auseinandersetzung auch unsere westliche Lebensform Ziel des Aggressors ist. Damit hat die Beschäftigung mit dem Wert der Freiheit in allen Bereichen erheblich an Relevanz gewonnen. Im Inland bedeutet das Aufklärung und Kampf gegen autoritäre Tendenzen, gegen Unterminierung mit Fake News und Bots. Im internationalen Bereich kommt dazu die Stärkung der Zivilgesellschaft, um nur einige Beispiele zu nennen.

Welchen Beitrag leistet politische Bildungsarbeit in diesen Zeiten?

Heuss: Die vielfältigen Bedrohungen sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Art haben in weiten Teilen der Bevölkerung einzig einen Ruf nach staatlicher Unterstützung und Problemlösung ausgelöst. Es ist Aufgabe der liberalen Bildungsarbeit, alternative Wege aufzuzeigen. Ideenreichtum und Wettbewerb sind ein besserer Garant für nachhaltige Lösungen als reine Verbotspolitik. Letzt-

lich muss liberale Bildungsarbeit auch dafür sensibilisieren, dass der Staat mit seinen Aufgaben nicht überfordert oder überlastet wird. Der Begriff der Nachhaltigkeit umschreibt ein zutiefst liberales Thema und umfasst neben dem Schutz der natürlichen Ressourcen eben auch die materiellen Belastungen und Einschränkungen der kommenden Generationen. Liberalismus beginnt immer bei der Betrachtung der Realität und der pragmatischen, am Wohl der gesamten Gesellschaft orientierten Lösungssuche.

Sie haben die Idee einer Grundwertekommission für die Stiftung im Kuratorium eingebracht. Was wollen Sie erreichen?

Heuss: Das schließt nahtlos an das Gesagte an. Der peruanische Literaturnobelpreisträger (und Träger des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) Mario Vargas Llosa hat formuliert: „Der Liberalismus ist keine Ideologie, sondern eine offene, entwicklungsfähige Lehre, die sich der Realität anpasst, statt die Realität unter ihr Joch zu zwingen.“ Daraus sind mir zwei Gedanken besonders wichtig: Erstens ist der Liberalismus keine in sich geschlossene Lehre und erst recht keine Ideologie (auch wenn manche das gerne so sähen), sondern zweitens offen und entwicklungsfähig. Das bedeutet: Wir müssen die Idee der Freiheit an die Gegebenheiten und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen, müssen zu ihrer Erneuerung und Entwicklung beitragen. Der Grundwert des Liberalismus bleibt immer die Freiheit. Aber Positionen zu daraus abgeleiteten Werten lassen sich nicht mit Zitaten aus der Vergangenheit füttern, sondern müssen heute geklärt

werden. Daran mitzuwirken ist eine primäre Aufgabe unserer Stiftung.

Was sind die Ziele der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in den nächsten Jahren?

Heuss: Die Stiftung ist gemäß ihrer Satzung „auf der Grundlage des Liberalismus“ tätig. Dies wird auch in erneuerter und weiter modernisierter Form in den kommenden Jahren so bleiben. Sie tut dies im Dialog mit politisch wachen und interessierten Köpfen. Ich persönlich erlebe das täglich, wenn ich meinen Computer einschalte. Ich habe auf meinem Browser die Seite www.freiheit.org als Startseite eingerichtet und bekomme damit täglich neue Informationen zu aktuellen Themen, Meinungen oder Veranstaltungen der Stiftung. Zugegeben, vielleicht verfolge ich die Stiftungsarbeit intensiver als andere. Aber dieser tägliche Impuls (oder das nachträgliche Vertiefen über die Mediathek „+Freiheit“) steht jeder und jedem offen. Unser Ziel bleibt es, die Ideenwelt des Liberalismus für alle greifbar, modern und erlebbar zu machen, ihn in breiten Teilen der Gesellschaft dazu zu machen, was er vernünftigerweise sein sollte: mehrheitsfähig. ■

FÜR FRIEDEN IN EUROPA

Interview mit
Anne Brasseur

Anne Brasseur,
Mitglied des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit



Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Welt verändert. Ist Europa gespalten oder geeint für Demokratie und Liberalismus?

Brasseur: Bei der Annektierung der Krim vor neun Jahren waren wir Europäer nicht wachsam genug, um den Hegemonie-Bestrebungen von Putin geeint entgegenzutreten und so wurden beispielsweise die Sanktionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gegenüber der russischen Delegation wieder aufgehoben. Jetzt, wo der Krieg an unseren Grenzen angekommen ist, wurden wir eines Besseren belehrt und gehen nach leider gescheiterten diplomatischen Versuchen geeint vor. Im Januar hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats einstimmig beschlossen, ein internationales Sondertribunal in Den Haag zu fordern, um sowohl Politiker wie auch Militärs zu verfolgen. Dies zeigt, dass die Vertreter der 46 Mitgliedsstaaten zusammen die Grundpfeiler der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit mehr denn je verteidigen und Putin es nicht geschafft hat, Europa zu spalten.

Welche Allianzen werden aus wirtschaftlicher und geopolitischer Sicht für Europa wichtiger werden?

Brasseur: Mit Bedauern muss man feststellen, dass wir es nicht geschafft haben, eine geeinte globalisierte Welt zu schaffen, die eigentlich spezifische Allianzen und multilaterale Sonderbündnisse überflüssig machen würde. Leider ist es uns nicht gelungen, die Vereinten Nationen so zu gestalten, wie es die Charta der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948“ vorsieht. Ausgehend von diesen Tatsachen müssen wir als

Europäer weiter daran arbeiten, gemeinsam Allianzen mit den Ländern zu suchen, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Dabei sollten wir weniger darauf schauen, was uns trennt, sondern was uns vereint. Auch wenn der Multilateralismus in einer Welt der Polykrisen immer schwieriger wird, bedingt auch durch den zunehmenden Populismus, lassen sich die globalen Probleme nur gemeinsam lösen. Selbstverständlich müssen wir nach wie vor versuchen, auch mit denen im Dialog zu bleiben, die unsere Werte nicht teilen.

Die Fußball-WM 2022 war ein Desaster für die Menschenrechte. Was sagen Sie als jemand, der sich sein gesamtes politisches Leben lang für Menschenrechte eingesetzt hat, welche Konsequenzen demokratische Staaten daraus ziehen sollten?

Brasseur: Vor fünf Jahren habe ich in meinem Bericht im Europarat über die „Good Governance in Football“ auf die schrecklichen Missstände hingewiesen. Meines Erachtens dürfen Großveranstaltungen im Sport wie Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele nicht an Länder vergeben werden, die die elementarsten Werte der olympischen Charta mit Füßen treten. Solche Veranstaltungen dürfen nicht zu Imagezwecken von zweifelhaften Regimen missbraucht werden. Dabei sind vor allem die Sportverbände sowie das IOK gefordert, da die Unabhängigkeit des Sports gewahrt bleiben muss.

Sie sind seit September 2022 neues Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Was sind Ihre Schwerpunktthemen und welche Ziele haben Sie?

Brasseur: Ich versuche, die Bereiche, die von meinem Vorgänger Michael Link hervorragend begleitet wurden, jetzt abzudecken, das heißt vor allem Menschenrechte und internationale Politik. Ich bin mir bewusst, dass es nicht einfach ist, in die Fußstapfen eines so erfahrenen und umsichtigen Mannes zu treten, aber ich baue auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Kollegen im Vorstand wie auch mit den sehr kompetenten Mitarbeitern der Stiftung. Mein Anliegen ist es, zusammen mit unseren Auslandsbüros die liberalen Kräfte zu unterstützen, um die demokratischen Gesellschaften zu festigen. Besonders in Krisenzeiten wie heute droht der aufkeimende Populismus in allen Ländern, die Freiheiten einzuschränken, die unsere Vorfahren für uns erkämpft haben und die wir heute als selbstverständlich ansehen.

Was sind die größten Herausforderungen für die internationale Arbeit der Stiftung?

Brasseur: Man kann die Augen nicht davor verschließen, dass die Zahl der Länder zunimmt, in denen durch ein illiberales Regime die elementarsten Menschenrechte missachtet werden, auch in Europa. Unsere Aufgabe muss es daher sein, besonders jungen Menschen die Möglichkeit und die Kraft zu geben, diesen Regimen entgegenzutreten, um so ihrem Land zu ermöglichen, demokratische Strukturen zu entwickeln, die eine Voraussetzung sind für den Frieden in einer offenen und toleranten Gesellschaft. Besonders für Liberale ist dies nicht nur eine große Herausforderung, sondern dieser Einsatz in die politische Bildung gehört geradewegs zu unseren ethischen Pflichten. ■

DER NEUE WESTEN

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die weltpolitische Lage tiefgreifend verändert. Es gibt fundamental neue Rahmenbedingungen für politische Entscheidungen überall auf der Welt. Die Hoffnung auf ein friedliches Europa ist erschüttert. Das auf dem Wertekanon aus offenen Gesellschaften, demokratischen Rechtsstaaten, Menschenrechten und Marktwirtschaft beruhende westliche Modell hat seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 immer wieder Krisen durchlebt – jetzt wird dieses „westliche Demokratiemodell“ deutlich stärker herausgefordert.

Die Staaten, die sich der liberalen Weltordnung zugehörig fühlen, tragen eine gemeinsame Verantwortung. Sie müssen bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen zusammenarbeiten und damit das Vertrauen in das westliche Modell stärken. Dafür ist eine intensive Kooperation nicht nur der transatlantischen Partner, sondern auch der Demokratien im indopazifischen Raum notwendig. Neben den traditionellen Partnern wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland kommt hier demokratischen Staaten wie etwa Indien oder Indonesien eine zunehmende Rolle zu – ungeachtet vieler Widersprüche und divergierender Interessen. Es geht darum, die gemeinsamen Stärken zu betonen und politische Strategien zu entwickeln, die Stabilität und Wohlstand stärken. So kann es gelingen, den Akteuren entgegenzutreten, die heute das westliche Modell bedrohen.

Vor allem zwei Staaten stellen derzeit die westlichen Werte aggressiv in Frage. So hat sich China zu einer wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Weltmacht und zu einem autoritären System mit totalitären Zügen entwickelt. Der kommunistische Einparteiensstaat unternimmt große Anstrengungen, um überall auf der Welt Einfluss zu gewinnen. Sehr offensiv wird das eigene System als Gegenmodell zum Westen positioniert. Gleichzeitig – und darin liegt ein wesentlicher Unterschied zur früheren Systemkonfrontation des Westens mit der Sowjetunion – ist China sehr stark in die Weltwirtschaft integriert. Der wirtschaft-

liche Aufstieg als Legitimationsgrundlage des Landes beruht auf dieser Integration in die globalen Wertschöpfungsketten.

Russland unter Wladimir Putin hat sich spätestens seit dem Einmarsch in Georgien im Jahr 2008 vom Leitbild friedlicher Koexistenz innerhalb einer regelbasierten Weltordnung verabschiedet. Die Unterdrückung der Opposition und der unabhängigen Medien geht Hand in Hand mit massiven propagandistischen Anstrengungen, um das westliche Modell zu diskreditieren und die russische Politik zu rechtfertigen. Die Missachtung des Völkerrechts ist eine der wesentlichen Konstanten der Politik Putins. Die offene und verdeckte Einflussnahme auf EU-Politik und einige Politiker, erwähnt seien nur Marine Le Pen und Viktor Orbán, gehört zum Repertoire des russischen Präsidenten und seines Gefolges.

In Zeiten geballter Krisen müssen sich Deutschland und andere europäische Staaten von der Illusion lösen, dass sie die Verantwortung für ihre äußere Sicherheit dauerhaft an die USA auslagern können. Innerhalb der transatlantischen Partnerschaft müssen Schritte zu einer eigenen europäischen Verteidigungsfähigkeit erfolgen. In den letzten Jahren hat es, nicht zuletzt verursacht durch die Präsidentschaft von Donald Trump, einen starken Bedeutungsverlust globaler Organisationen und multilateraler Kooperation gegeben. Viele Länder setzen immer mehr auf bilaterale „Deals“ statt auf langfristig tragfähige multilaterale Lösungen.

Die oben skizzierten Entwicklungen stehen jedoch im Kontext globaler Probleme, die global und vor Ort zugleich gelöst werden müssen. Klimawandel und Welt handelsordnung verlangen nach einer umfassenden Kooperation – auch mit Staaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten.

Diese Entwicklungen erfordern zudem neue politische Antworten. Es ist wichtig, dass in den Debatten über die Gestaltung der Zukunft liberale Stimmen möglichst viel Gehör finden. Das liberale westliche Modell muss mit seinen optimistischen Grundbotschaften wieder in die Offensive kommen:

- Nur eine liberale Ordnung ermöglicht den Menschen Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und das Verfolgen ihrer eigenen Lebenspläne – frei von Unterdrückung, Bevormundung und Angst, in freien Allianzen mit Partnern ihrer Wahl.
- Demokratische Rechtsstaaten haben die Kraft, für die aktuellen Herausforderungen innovative, effektive und dauerhafte Lösungen zu finden.
- Die Anziehungskraft der westlichen Demokratien ist für viele Menschen überall auf der Welt ungebrochen. Wenn sie ein freies Leben in Wohlstand suchen, sind nach wie vor die USA oder Europa ihr Ziel, und nicht Russland oder China.



Um liberale Werte mit Leben zu erfüllen, gilt es, an der Realisierung von mehreren grundlegenden politischen Zielen zu arbeiten:

- Das Völkerrecht muss die Grundlage des Zusammenlebens der Staaten sein. Demokratische Staaten müssen für Rechtsstaatlichkeit auf der ganzen Welt eintreten. Das Primat des Rechts ist der Kern liberaler Überzeugungen.
- Bei der Gestaltung der Welthandelsordnung im Sinne eines möglichst freien und fairen Handels müssen Fortschritte zum Nutzen aller gemacht werden.
- Das Einende, der Wert von Allianzen, muss betont werden. Allianzen auf verschiedenen Feldern und mit unterschiedlichen Partnern müssen gefestigt und weiterentwickelt werden.
- Bei der Verhängung von Sanktionen wegen Menschen- oder Völkerrechtsverletzungen ist entschlossenes Handeln wichtig.
- Die Steigerung von Resilienz und strategischer Souveränität ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, effektiv für Freiheit, Wohlstand und Stabilität überall auf der Welt arbeiten zu können. ■

Lesen Sie die Publikation
„Der Neue Westen“.

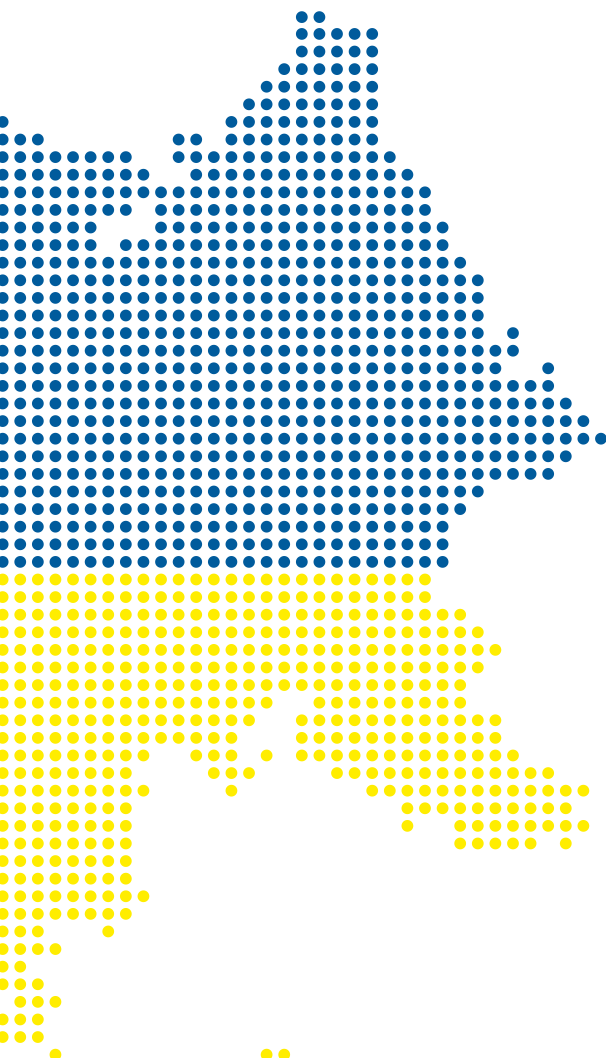


ALLIANZEN FÜR DEMOKRATIE

Das Modell der liberalen Demokratie steht weltweit unter Druck – autoritäre Modelle, teilweise mit totalitären Tendenzen, finden wachsende Unterstützung und treten zunehmend aggressiver auf. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und offene Gesellschaften sind vielerorts in Gefahr. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Schulterchluss zwischen Xi Jinping und Putin hat der Systemwettbewerb eine neue Eskalationsstufe erreicht. Um dieser Herausforderung zu begegnen, braucht es Allianzen und neue Formen der Kooperation zwischen liberalen Demokratien, in denen Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Menschen-

rechtsarbeit genauso im Fokus stehen wie demokratische Resilienz im wirtschaftlichen, digitalen und militärischen Bereich. Nur gemeinsam können liberale Demokratien dafür sorgen, dass die Verteidiger der Freiheit stärker sind als ihre Feinde. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit möchte zu diesem Ziel beitragen. Im Impulspapier „Allianzen für Demokratie“ entwickelt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Ideen zur vertieften Zusammenarbeit von liberalen Demokratien. ■

Lesen Sie hier die Publikation
„Allianzen für Demokratie“.



100 TAGE KRIEG IN EUROPA

Berlin, 02.06.2022

Als Zeichen der Solidarität veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Schweigemarsch zur Botschaft der Ukraine. In Gedenken an alle Menschen im Kriegsgebiet legten die Teilnehmenden gelbe Rosen als Solidaritätsbekundung vor die Botschaft.

„Dieser Krieg, mitten in Europa, macht uns alle fassungslos. In Gedanken sind wir bei den Opfern und Angehörigen dieses russischen Aggressionskrieges. Wir zeigen heute: Wir sind solidarisch. Und die freie Welt handelt. Es ist gut, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende unternimmt, um der Ukraine zu helfen. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

„Es wird unsere Aufgabe sein, über den Krieg zu berichten. Das Ziel von Putin ist, die Ukraine von der Landkarte auszuradiieren. Jedoch hat Putin den Zusammenhalt der NATO und der EU nicht kommen sehen. Die Kraft der Menschen und die Moral der Ukrainer sind beeindruckend. Die russische Armee darf keinen Erfolg haben.“

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

„Künftige Generationen werden uns fragen, was wir damals gegen den Ukraine-Krieg gemacht haben. Wir haben eine große Verantwortung. Wichtig ist, dass wir Lehren aus dem Krieg ziehen: Wir dürfen nicht schweigen, wenn Autokraten eklatante Menschenrechtsverletzungen begehen.“

Bijan Djir-Sarai MdB,
Generalsekretär der FDP



FÜR DIE UKRAINE. FÜR DIE FREIHEIT.

Trotz des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine setzt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihre Arbeit fort.

Das Team Ukraine der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit leistet gemeinsam mit unseren lokalen Partnern einen wertvollen Beitrag für die Menschenrechte, den unabhängigen Journalismus, Bildung und Demokratie.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort für ihren unermüdlichen und couragierten Einsatz im Zeichen der Freiheit.

Дякуємо!

Wir danken!

v.o. Anna Kravtšenko, Volodymyr Kildii, Solomiia Kubrysh,
Iryna Starovytska, Tetyana Ustymenko, Anna Sahalo,
Iryna Akhmedova, Liliia LaLaian, Serhii Skorin



STRAFANZEIGE GEGEN WLADIMIR PUTIN

Gerhart Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger haben am 06.04.2022 beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und Militärangehörige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht.

Dem ehemaligen Bundesinnenminister und der früheren Bundesjustizministerin und stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit geht es nicht nur um die nachträgliche strafrechtliche Aufarbeitung der Geschehnisse. Sondern es geht auch um eine Einflussnahme auf das Kriegsgeschehen. Das Ziel: Die Stärke des Rechts gegen das „Recht des Stärkeren“ in Stellung zu bringen. Dazu hat sich die Charta der Vereinten Nationen 1945 bekannt, wenn sie feierlich zum Ausdruck bringt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind fest entschlossen, heutige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren.“

Mit der Strafanzeige sollen Bedeutung und Notwendigkeit dieser Ermittlungen unterstrichen werden. Es darf keine Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben. Nirgendwo dürfen sich Kriegsverbrecher sicher fühlen. Dazu beizutragen ist auch eine Verpflichtung Deutschlands gegenüber den schon jetzt zahllosen zivilen Opfern der unvorstellbaren Gräueltaten. In der Strafanzeige werden zehn exemplarisch ausgesuchte Sachverhalte dargestellt: die zahlreichen zivilen Opfer, die Angriffe auf das Theater in Mariupol am 16. März 2022, die Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten in Butscha, der Angriff auf das Atomkraftwerk Saporisch-

schja, der Angriff auf die Kinder- und Entbindungsklinik in Mariupol, die Angriffe auf humanitäre Korridore in Richtung Belarus und der Russischen Föderation, die Gefangennahme von Zivilistinnen und Zivilisten in Hostomel bei Kiew und der Einsatz von Streumunition auf Wuhledar (Donezk), Ochtyrka, Charkiw und Odessa. Zahlreiche angehängte Dokumente, Berichterstattungen und Bilder von zerstörten zivilen Fahrzeugen und Gebäuden sollen bei der Beweissicherung helfen.

Die Strafanzeige nennt erstmals konkrete Verantwortliche auf allen Kommandoebenen, sofern diese erkennbar sind. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden im Detail beschrieben. Neben den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates werden viele Befehlshaber der russischen Streitkräfte und Angehörige verschiedener Einheiten dieser Streitkräfte benannt. Die Aufzählung der genannten Personen und Einheiten der russischen Streitkräfte mit den jeweiligen Kommandeuren ist nicht abschließend und stellt nur einen Ausschnitt in Betracht kommender Beschuldigter dar. Die Angaben zu den verschiedenen beteiligten Einheiten und deren Kommandeuren sind im Internet frei zugänglich. Auf der Internetseite des Nachrichtendienstes des ukrainischen Verteidigungsministeriums (gur.gov.ua) werden in regelmä-

ßigen Abständen komplette Listen von Mitgliedern solcher Einheiten russischer Streitkräfte veröffentlicht, die im Verdacht stehen, Kriegsverbrechen auf dem Gebiet der Ukraine begangen zu haben. Die Listen (in ukrainischer und russischer Sprache, nicht zusätzlich auf Englisch) enthalten Name, Dienstgrad, militärische Kennnummer, ausgeübte Tätigkeit in den Streitkräften sowie Geburtsdatum. Es wird angeregt, die dortigen Listen in den Ermittlungen besonders in den Blick zu nehmen.

Mit den in der Strafanzeige dargestellten Sachverhalten, den dazu beigelegten Unterlagen und den umfangreichen Informationen zu Befehlshabern und militärischen russischen Einheiten können die Ermittlungen gegen Beschuldigte vorangetrieben werden. Das Ziel sind Haftbefehle gegen mögliche Täter in der militärischen Befehlskette, die ihre abschreckende Wirkung nicht verfehlen werden. Der Internationale Strafgerichtshof konzentriert sich auf Ermittlungen gegen Staatsoberhäupter und einige wenige Führungspersonen. In diesem arbeitsteiligen Vorgehen zur Sicherung von Beweisen liegt die Chance, das Völkerstrafrecht auch durchzusetzen. Die nationalen Verfahren, wie sie auch in Frankreich betrieben werden, sind dabei unverzichtbar und bedürfen der politischen Rückendeckung. ■

PUSSY RIOT AUF ANTI-WAR-TOUR

Durch den schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich in Europa alles verändert. Die russische Gesellschaft wird zunehmend gleichgeschaltet, Proteste werden gewaltsam niedergeschlagen. Vor allem regimekritische Gruppen sowie Künstlerinnen und Künstler sind zunehmend in Gefahr. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit organisierte daher mit dem Punkerinnenkollektiv Pussy Riot aus Moskau Konzerte in München, Hamburg, Stuttgart und Völklingen.

Pussy Riot waren nach ihrem Punk-Gebet in einen international stark kritisierten Gerichtsprozess verwickelt und zu zwei Jahren im Arbeitslager verurteilt worden. Bei Konzerten führen sie nun ihre kritischen Stücke auf. Elektrische Sounds, Sprechgesang und Live-Musik erzählen eine Geschichte von Widerstand, Repression und Revolution. Hier trifft Kunst auf politischen Aktivismus.

Die Show ist ebenso fesselnd wie inspirierend. Sie belegt zugleich, dass es auch ein anderes Russland gibt.

Dass Kunst ein kraftvolles Zeichen gegen den russischen Angriffskrieg setzen kann, demonstrierte zum Beispiel das Konzert von Pussy Riot in den Münchner Kammerspielen auf eindrucksvolle Weise. Die Kooperationsveranstaltung zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit machte deutlich: Russland muss noch weiter isoliert werden. „Ihr müsst verstehen, dass Europa diesen Krieg finanziert, in dem es Öl und Gas von Putin kauft. Jetzt ist es noch nicht zu spät, das zu verstehen. Es ist noch nicht zu spät“, forderte Frontfrau Maria „Mascha“ Aljochina.

Freiheit müsse jeden Tag neu verteidigt werden, sagte Olga Borisova im Anschluss an den Auftritt bei einer Podiumsdiskussion, an der sich auch

Thomas Hacker MdB, Präsident der Thomas-Dehler-Stiftung, beteiligte. Borisova forderte schärfere, klarere Sanktionen gegen das kriegsführende Russland unter Putin, letztlich einen kompletten Boykott von Energie-Importen. Hacker stimme zu, dass die deutsche Politik in der Vergangenheit gegenüber Russland Fehler gemacht habe – „viele Fehler!“ Und er erinnerte daran, dass Deutschland auf einem guten und sich beschleunigenden Weg sei, sich von Energieimporten aus Russland völlig unabhängig zu machen. ■



Mehr über Pussy Riots
Anti-War-Tour.



Der Auftritt von Pussy Riot in den ausverkauften Münchner Kammerspielen.

16. BERLINER REDE ZUR FREIHEIT

Berlin, 25.04.2022

Kaja Kallas, erste Frau an der Spitze der Regierung Estlands, ist zu einer der führenden Stimmen Europas gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine geworden. Die Premierministerin hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die EU härtere Maßnahmen gegen Russland ergriff. Ihre Berliner Rede zur Freiheit verknüpfte sie mit einem Appell, noch stärker eine europäische Antwort auf Putins barbarischen Angriffskrieg zu formulieren. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, konstatierte, dass ihr Handeln nach ganz Europa hineinwirke und hob damit die richtungsweisende Prägnanz der Rede in Zeiten des Krieges hervor.

Während die Ukraine ihre errichtete Freiheit verteidige, sei es das erklärte Ziel der russischen Regierung, das Land von der Weltkarte zu löschen. „Entnazifizierung“ sei die offizielle russische Bezeichnung für diese Politik der Zerstörung des ukrainischen Staates und seines Volkes. Für Kaja Kallas spielt dabei vor allem die Geschichte eine ausschlaggebende Rolle: Zwar sei die Sowjetunion zusammengebrochen, ihre imperialistische Ideologie jedoch nicht. „Putin hat

während seiner Amtszeit eine Wiederbelebung des Stalinismus herbeigeführt, und das Ergebnis ist, dass laut Meinungsumfragen 70 Prozent der Russen Stalin und seine Politik gutheißen. Wenn Menschen Diktatoren bewundern, gibt es kein moralisches Hindernis, selbst einer zu werden oder sich einem solchen zu unterwerfen.“

Laut der estnischen Premierministerin waren die Warnzeichen für diese Entwicklung länger vorhanden: eine imperiale Nostalgie, die Beibehaltung der sowjetischen Hymne, das Narrativ der russischen Opferrolle in Verbindung mit einer massiven antiwestlichen Propaganda bei gleichzeitiger Schließung der freien Medien und Putins Kriege in Tschetschenien, Georgien, im Donbas und auf der Krim: „Es gibt ein klares Muster in Russlands Weg zum Totalitarismus.“

Um weitere Aggressionen zu verhindern, müsse der Westen entsprechend handeln: „Die Freiheit muss besser bewaffnet sein als die Tyrannei.“ Für Kallas stellt dies eine langfristige Aufgabe dar, die in einer neuen Politik gegenüber Russland verankert werden soll. Sie selbst bezeichnet diese Politik als „intelligente



„Die Freiheit muss besser bewaffnet sein als die Tyrannei“

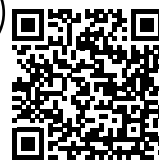
Kaja Kallas

Eindämmung“. Das bedeutet, dass der Freiheitskampf der Ukraine weiterhin unterstützt und gleichzeitig der Druck auf den russischen Aggressor durch weitere Sanktionen sowie politische und wirtschaftliche Isolierung erhöht wird, so die estnische Premierministerin. Sie forderte, dass der Westen in Bezug auf seine eigene Verteidigung einen großen Sprung nach vorne wagt. Dabei soll sich die NATO-Verteidigung im Ostseeraum grundlegend ändern: „Die baltischen Staaten benötigen mehr kampfbereite Truppen, mehr Kampfflugzeuge am Himmel und Schiffe in der Ostsee.“ ■



Video:

Rede zur Freiheit.



Auszug aus der Rede von Kaja Kallas

Dear guests, dear friends,

I am honored to be here today. I was in Berlin for the first time in 1988 as an eleven-year old. Perestroika had begun and for me it was a miracle that we could go to East Germany, a foreign country. My father took me along with my brother to as close to the Brandenburg Gate as possible to have a look at the Wall. I vividly recall him saying: “Kids, breathe in deeply – that’s the air of freedom that comes from the other side.” [...] At this dark hour in Europe, the importance of keeping our own democratic house in order is more acute than ever. We need to take care of the democratic relation-

ship between the citizen and the state. As much as it is the individual responsibility of every citizen to care for democracy, it is the leaders who are responsible for keeping the rights of individuals and the rule of law at the center of governance. Leaders must also safeguard strong institutions in support of it. [...] Current dangerous and tragic times also reveal how democracy matters. And how liberties and freedoms matter. Why is Russia fighting the war in Ukraine? It started when Ukraine chose its democratic path. Russia does not want freedom and democracy to prevail. It is direct threat to dictatorship. Because in democracy 1) governments err and

are held accountable at elections; 2) state should deliver for the people and not for the dictator or its cronies. [...] We have reached the moment where we should have courage to say: Ukraine must win this war. And we must act accordingly. Freedom must be armed better than tyranny. [...] Gas might be expensive, but freedom is priceless. It’s up to every government to decide how much of the burden its people are ready to carry. But it is equally necessary we get the message through to our people – what is our neighbor’s problem today will be our problem tomorrow. We are in danger, when our neighbor’s house is on fire.

FREIHEITSPREIS

Frankfurt am Main, 05.11.2022

Den Freiheitspreis 2022 der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erhielt die slowakische Präsidentin Zuzana Caputova für ihren Einsatz für die liberale Demokratie. „Um die Demokratie zu schützen, dürfen wir uns nicht nur von der Logik des freien Marktes leiten lassen, sondern auch von den Werten des Mitgefühls und der Solidarität. Ungleichheiten zu beseitigen und die Schwächsten zu unterstützen ist weder Sozialismus noch Kommunismus – es ist das Richtige für jede Gesellschaft, die die Freiheit schützen will“, so Caputova. Sie steht als Präsidentin in der Tradition der mittel- und osteuropäischen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler, die sich sowohl in der Opposition als auch in der Regierungsverantwortung erfolgreich für Bürgerrechte und liberale Demokratie engagieren. Der Preis wurde am 5. November 2022 in der Frankfurter Paulskirche verliehen. „Zuzana Caputova ist eine Preisträgerin mit Mut und Leidenschaft in düsteren Zeiten. Sie steht nicht nur stellvertretend für Liberale, die gegen Rechtspopulisten Wahlen gewinnen. Ca-

putova ist eine Hoffnungsträgerin für alle Demokraten, die auch von Anfang an gegen Russland klar Position bezogen hat. Sie lässt sich nicht beirren, auch wenn die Slowakei Frontstaat geworden ist. Ihr Wahlsieg 2019 war ein Signal und eine Ermutigung für liberale Demokraten in der ganzen Welt“, begründete Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die Entscheidung der Jury. ■

„Es lohnt sich, für freiheitliche Werte einzustehen, auch wenn dies nicht immer populär ist.“

Zuzana Caputova



von links: Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Nicola Beer EP, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, Zuzana Caputova und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

EIN KAMPF FÜR EUROPA



„Wir müssen den europäischen Traum wiederherstellen“

Alexander De Croo

Berlin, 09.05.2022

Über die Zeitenwende Europas sprach auch der belgische Premierminister Alexander De Croo in Berlin auf der Veranstaltung „Ein Kampf für die Freiheit – wie Putins Krieg Europa erneuert“. In seiner Position als Regie-

schef hat De Croo sofort eine sichtbarere Rolle in den europäischen Diskussionen eingenommen. Innenpolitisch hat er sich als entschiedener Befürworter der europäischen Integration erwiesen. Er plädierte für die Wiederbelebung des Traums der umfassenden europäischen Friedensordnung. Anlässlich des Europatages hielt er auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Rede im Französischen Dom. „Wir müssen liefern. Europa und alle europäischen Länder müssen das Versprechen einlösen, dass wir die Menschen schützen werden, besonders in diesen turbulenten Zeiten. Damit sich die Menschen sicher fühlen und unterstützt werden, ihre Flügel auszubreiten. Und um eine Gesellschaft aufzubauen, in der jeder frei ist und in der wir einander nie aufgeben. Wir müssen den europäischen Traum wiederherstellen“, so De Croo. ■

LIBERALE DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

- WAS IST DEMOKRATIE?
- LOKALJOURNALISMUS FÖRDERT DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFTEN
- LIBERALE DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSFORM
- CHATKONTROLLE STOPPEN!
- MEHR DIGITALE SOUVERÄNITÄT



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
stellvertretende Vorstandsvorsitzende
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die
Freiheit und Bundesjustizministerin a.D.

DIE OFFENE GESELLSCHAFT UNTER DRUCK

Das Jahr 2022 war von großen Bedrohungen der offenen Gesellschaft geprägt – weltweit und auch in Deutschland. Die offene Gesellschaft basiert auf dem Respekt und der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger untereinander, unabhängig von ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Identität und ihrer politischen Position innerhalb des demokratischen Spektrums. Das Menschenbild beruht auf der Unantastbarkeit der Würde des Einzelnen. Also sind Gemeinsamkeit statt Ausgrenzung, Achtung statt Diskriminierung angesagt.

Das ist längst nicht die Auffassung aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Es wird gegen Geflüchtete, gegen Jüdinnen und Juden, gegen Musliminnen und Muslime, gegen Trans- und Homosexuelle, generell gegen Minderheiten von Teilen der Bevölkerung und von manchen Politikerinnen und Politikern gehetzt. Ängste von Menschen werden instrumentalisiert. Das gefährdet die offene Gesellschaft. Sie wird eben auch nicht von allen als Bereicherung empfunden.

Als Ausdrucksform der politischen Auseinandersetzung in Demokratien nimmt der Populismus zu. Er setzt auf Zuspitzung, Radikalisierung und Polemik und untergräbt die für die Demokratie so wichtige Streitkultur. Wird aber nicht mehr mit auf Fakten beruhenden Argumenten um die richtige Lösung der zahlreichen sozialen, ökonomischen, ökologischen, bürgerrechtlichen Probleme gerungen, sondern mit Fakes und Lügen gebrüllt, dann sind Demokratie und offene Gesellschaft gefährdet. Dann zählen nicht mehr gegenseitiges Verständnis, sondern festgezurrte Vorurteile.

Hier sind auch Hass und Hetze gegen Politikerinnen und Politiker sowie gegen Journalistinnen und Journalisten einzuordnen. Hass und Hetze sollen unser demokratisches System destabilisieren und deren durch Wahlen legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten beschädigen.

Die sozialen Medien werden weltweit gezielt genutzt, um Desinformation, Manipulation und Wahlfälschung zu betreiben und zu verbreiten. Diese Mechanismen autoritärer Bewegungen und Regime erreichen immer stärker Bürgerinnen und Bürger – und es wird ihnen auch zu wenig widersprochen.

Neben diesen in vielen Staaten in unterschiedlicher Intensität auftretenden Gefahren für die offenen Gesellschaften ist der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine die massivste Verletzung der Würde der in Freiheit leben wollenden Ukrainerinnen und Ukrainer. Seit dem 24. Februar 2022 werden täglich schlimmste Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Lügen und die üble Kriegspropaganda Putins sollen angeblich den Angriff auf die souveräne, demokratische Ukraine rechtfertigen: die Verschwörungserzählung vom Kampf gegen den angeblichen Nazismus in der Ukraine. Universelle Menschenrechte, das Recht auf Leben und das UN-Ge-

waltverbot werden von Putin als dem angeblich Stärkeren mit Füßen getreten. Diesem Krieg gegen das Wertemodell einer freiheitlich-demokratischen und offenen Gesellschaft muss das kollektive Selbstverteidigungsrecht und die Stärke des Rechts entgegengestellt werden.

Jeder Soldat, Offizier, General und Kommandeur, der an Verbrechen beteiligt ist, muss wissen, dass er nach dem Völkerstrafrecht zur Rechenschaft gezogen werden kann, auch in Deutschland. Seitdem das internationale Völkerstrafrecht existiert, gibt es keinen sicheren Hafen mehr für Kriegsverbrecher. Es muss möglichst zügig erste personalisierte Strafermittlungen geben.

Der russische Aggressionskrieg ist in militärischer Form die Bedrohung der Demokratie durch das autoritäre russische System, das wegen seiner Überwachungs- und Unterdrückungspolitik als totalitär bezeichnet werden kann. Der Autoritarismus findet in anderer Ausprägung aber auch in europäischen Staaten Verbreitung.

Vorurteile, Stereotype und Verschwörungserzählungen befördern auch Antisemitismus. In vielfältiger Form bedroht er in vielen Staaten und seit einigen Jahren mit ansteigender Tendenz die Demokratie und die plurale Gesellschaft in Deutschland. Antisemitismus ist ein Angriff auf die Würde eines jeden Menschen, nicht nur der Jüdinnen und Juden. Judenfeindliche Ressentiments und antisemitische Übergriffe gegen Jüdinnen und Juden und Beschädigungen jüdischer Einrichtungen sind leider alltäglich. Neben den in der Kriminalitätsstatistik dokumentierten Straftaten ist das Dunkelfeld der Vorfälle weitaus größer. Juden Hass und Judenfeindschaft ist ein Gift, das Gesellschaften durchsetzt und ihre grundlegenden Werte negiert.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sieht in den autoritären Entwicklungen, in Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus die größten Gefahren für offene Gesellschaften. Nicht nur in Teilen der Bevölkerung stoßen diese Tendenzen auf Zustimmung, auch in staatlichen Institutionen sind sie immer wieder zu finden.

Von innen und außen werden also Demokratien und offene Gesellschaften angegriffen. Dagegen setzen wir die Stärken des Liberalismus, also der Aufklärung, des herrschaftsfreien Diskurses, der Selbstbestimmung und der Verantwortung aller Demokratinnen und Demokraten. Und natürlich braucht der Liberalismus einen handlungsfähigen Staat, der grundrechtsorientiert und rechtsstaatlich gegen Verletzungen vorgeht – digital und analog.

Die offene Gesellschaft gilt es auch auf digitaler Ebene zu verteidigen. Beschränkungen des Rechtes auf Privatheit und des Schutzes der personenbezogenen Daten können nur dann für zulässig erachtet werden, wenn sie auf das absolut notwendige Maß begrenzt werden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 20. September 2022 zum wiederholten Mal entschieden, dass die anlasslose, massenhafte Speicherung von Telekommunikationsdaten nicht mit europäischem Recht vereinbar ist. Alle Anläufe der Vergangenheit, die Vorratsdatenspeicherung mit dem Kopf durch die Wand durchzusetzen, sind gescheitert.

Dieses Beispiel ermahnt den Gesetzgeber, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Generalüberwachung, umfassende Ausforschung des Verhaltens der Bürgerinnen und Bürger und weitgefaste, unspezifische Befugnisse von Sicherheitsbehörden beschädigen das Vertrauen in das Handeln des Staates und leisten der Zuwendung zu radikalen bis extremen Auffassungen und deren Akteuren Vorschub. ■

WAS IST DEMOKRATIE?

Was macht Demokratie aus und welche Gefahren drohen ihr im 21. Jahrhundert? In der Publikation „Was ist Demokratie?“ erläutert Prof. Dr. Frido Mann das Verhältnis von Expertentum und Basisdemokratie, blickt auf die Bedrohung durch Desinformation und Extremismus und beschreibt die Verankerung der Demokratie in menschlichen Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten.

Die natürliche Voraussetzung für die dem Menschen eingeräumte Möglichkeit einer demokratischen Staatsform ist nicht nur dessen begrenzt freier Wille und seine vernunftgeleitete Selbstbestimmung. Es ist auch sein Streben nach ständiger freier Veränderung und Erneuerung. Dieses Grunderfordernis einer jeden Demokratie gilt selbst für die festgeschriebenen Gesetze, die unter bestimmten Voraussetzungen geändert, ergänzt oder abgeschafft werden können. Noch viel öfter trifft es für tagespolitisch geforderte, erst recht revidierbare administrative Verordnungen zu. Dies ist beispielsweise der Fall bei stark die bürgerlichen Rechte einschränkenden Gesundheitsvorschriften zum Schutz der Bevölkerung beim Kampf gegen eine immer wieder unvorhersehbar ihr Gesicht wechselnde Pandemie oder auch, wenn sich die Voraussetzungen seitens der inzwischen dagegen durchgeimpften Bevölkerung maßgeblich geändert haben. In beiden Fällen wird versucht, im Sinne einer den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdenden Demokratie ein störendes Ungleichgewicht zwischen Willensbildung und sich verändernder Praxis zu beseitigen.

In autokratischen Regierungsformen können Menschen ihrem Streben nach Veränderung kaum oder gar nicht folgen, weil ihnen durch willkürliche Bestimmungen und Erlasse „von oben“ die Hände gebunden sind. Sie werden, wenn sie sich ihrem autokratischen System nicht resigniert angepasst oder sich dort ersatzweise irgendwelche Vorteile verschafft haben, ihrer Un-

zufriedenheit und Ohnmacht durch Proteste Luft machen, solange sie sich nicht zu sehr vor den dafür angedrohten Strafen fürchten. Dieser Protest gegen Diktaturen kann allerdings auch bewundernswert kreativ erfolgen und unter Umständen zu entscheidenden Teilerfolgen führen. Besonders dann, wenn das betreffende Terrorsystem Schwächen oder gar Auflösungserscheinungen zeigt. Die den baldigen befreienden Mauerfall einleitenden friedlichen sogenannten „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig 1989 sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel. Das Feld für diesen gewaltigen Lernschritt in der tief durchwachsenen deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wurde allerdings jahrzehntelang durch schrittweise diplomatische Annäherungen vorbereitet. Etwas anders verhält es sich mit dem heutigen heldenhaften Verteidigungskampf friedliebender demokratischer Länder wie dem der Ukraine gegen den brutalen Angriffskrieg des mittelalterlich zaristisch gebliebenen russischen Unterdrückerstaats. Nachdem

dort anfängliche diplomatische Anstrengungen fehlschlügen, mussten die ukrainischen Verteidiger zu den Waffen greifen; deren gleichzeitige, weiter unermüdliche Versuche, mit dem Aggressor friedlich zu verhandeln, bleiben nach wie vor bestehen. Konflikte heute lieber mit Verhandeln statt mit Krieg und Gewalt zu lösen, ist ein Fortschritt unserer Demokratie.

In einer Demokratie wählen die Bürger in geheimer und gleicher Wahl diejenigen Abgeordneten ihrer Parlamente sowie ihr Staatsoberhaupt aus, welche ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen am ehesten entsprechen. Diese Entscheidung setzt die aktive Auseinandersetzung der Bürger mit der Persönlichkeit und der Kompetenz der zur Wahl zur Verfügung stehenden Kandidaten voraus. Deshalb muss der Staat seinen Bürgern auch die Möglichkeit geben, sich möglichst genau über diese zu informieren.

Aufgrund dieser Vielfalt gibt es nie *die* Demokratie. Jede Demokratie ist anders und ständig im Werden begriffen. Sie hat einen eigenen geschichtlichen Hintergrund und ihr spezifischer Einfluss auf andere Länder oder Bereiche, aber auch ihre Prägung von außen ist genauso spezifisch.

Genauso hat jede Demokratie nicht nur im eigenen Staat Widersacher oder gar Feinde. Skrupellose faschistische oder präfaschistische Machthaber anderer Staaten, die paranoide Angst haben vor dem unerbittlichen Willen der eigenen Bevölkerung zu Freiheit und Demokratie, greifen zunehmend zur Waffe der Wahlmanipulation, der Verbreitung von Fake News, zu Cyberangriffen und zur Finanzierung weltweiter rechtsradikaler Parteien, und neuerdings wagen sie sogar den militärischen Überfall auf demokratische Staaten als Kriegserklärung gegen die Demokratie schlechthin.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Entwicklung einer Demokratie hat deren Alter. Je älter Demokratien sind beziehungsweise je länger sie die Stürme der Jahrhunderte mehr oder weniger unbeschadet durchgestanden haben, desto größer ist das Vertrauen, dass sie auch gegenwärtige und zukünftige Krisen durchstehen werden. Dies spricht besonders für die Achterbahnfahrt der ältesten, 250-jährigen US-amerikanischen Demokratie – trotz aller Tiefpunkte. Ein wesentlicher Grund für diesen Niedergang sind Verwahrlosungserscheinungen mit der gefährlichen Tendenz einer schleichenden Verkehrung der Demokratie in eine Oligarchie. Den noch jungen, vor kaum 100 Jahren entstandenen Demokratien auf dem europäischen Festland wie Deutschland fehlt hingegen – trotz ihrer im Vergleich zur USA stabiler und attraktiver wirkenden heutigen Demokratie – die jahrhundertlange Erprobung bei der Überwindung innerer wie äußerer Hindernisse und Krisen.



Lesen Sie hier die Publikation „Was ist Demokratie?“.

ÜBER DEN AUTOR

Prof. Dr. Frido Mann ist der Enkel des Nobelpreisträgers Thomas Mann. Nach dem Studium der Musik, der Katholischen Theologie und der Psychologie war er als klinischer Psychologe und Professor für Psychologie in Münster, Leipzig und Prag tätig. Heute lebt er als freier Schriftsteller in München.

LOKALJOURNALISMUS FÖRDERT DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFTEN

Die Studie „Survival-Guide für lokale Medien 2022“ zeigt, wie der Journalismus sich erneuert, um nachhaltige Wege zu finden, lokalen Gemeinschaften auf der ganzen Welt zu helfen und Desinformationen zu bekämpfen.

Weltweit ist der Lokaljournalismus unter Druck: traditionelle Finanzierungsmodelle brechen weg und viele lokale Medienhäuser stehen vor dem Aus. Die schwierige Situation wird für Lokalmedien durch die Zunahme an Desinformationen erhöht. Insbesondere die Verbreitung durch Soziale Medien verschärft die finanzielle Situation der Lokalmedien und gefährdet ihre Glaubwürdigkeit.

Lokale und kommunale Qualitätsmedien spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung und Förderung demokratischer Gesellschaften. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des Rechts auf Informationsfreiheit und der (politischen) Meinungsbildung. Lokale Medien sind oftmals fest innerhalb der Gesellschaft vor Ort verankert und besitzen das Vertrauen ihrer Leserschaft. Dadurch sind lokale Medien und Medienschaffende auch die wichtigsten Akteure bei der Bekämpfung von Desinformationen und der Förderung von faktenbasiertem Qualitätsjournalismus. Das IPI (International Press Institute, ipi.media) bildet ein weltweites Netzwerk von Medienschaffenden, das führende digitale, Print- und Funk-Nachrichtenmedien in fast 100 Ländern vertritt. Das IPI kämpft für die Universalität der Medienfreiheit und der Grundwerte des Journalismus und gegen die vielerorts existierenden Bedrohungen seitens des organisierten Verbrechens, aus der Wirtschaft und aus der Politik. Ziel des gemeinsamen Projektes von IPI und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist es, neue Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Strategien für lokale Qualitätsmedien im Globalen Süden erfolgreich waren, ihre Finanzierung gesichert haben und welche Rolle sie bei der Bekämpfung von Desinformationen spielen. In der Studie „Survival-Guide für lokale Medien 2022“ werden zum ersten Mal die Innovationen in den Nachrichtenmedien, die lokale Gemeinschaften außerhalb der USA und Westeuropas versorgen, in den Blick genommen. Gesprochen wurde mit Journalistinnen und Journalisten sowie mit Medienmacherinnen und Medienmachern, die in Asien, Afrika, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Osteuropa an vorderster Front kämpfen. Sie fordern unsere Aufmerksamkeit und unseren Fokus, da sie in Echtzeit Strategien für ihr Überleben und Wachstum finden und umsetzen. Die Studie ist ein qualitativer Echtzeit-Bericht, der auf ausführlichen Gesprächen mit mehr als 35 weiblichen wie männlichen Journalisten, Redakteuren, Medienführern

und Unternehmern basiert, die in den Schwellen- und Entwicklungsregionen Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen Ostens und Osteuropas veraltete Medien umstellen und neue lokale Medien schaffen, sowie auf der Lektüre ihrer Kommentare und Selbstreflexionen in Blogs, Reden und Artikeln. Der Bericht soll dazu dienen, die Erfahrungen und Lehren lokaler Medienschaffenden auf der ganzen Welt zu teilen und eine Gemeinschaft zur Vernetzung und Unterstützung aufzubauen. Es geht darum, ihre Geschichte mit ihrer eigenen Stimme zu erzählen – und allen Beteiligten zu helfen, voneinander zu lernen.

Die fünf wichtigsten Maßnahmen:

Einbettung einer Vision und eines Auftragsgefühls, die die Bedürfnisse des Publikums/der Gemeinschaft mit einem entsprechenden journalistischen Fokus verbinden.

Verbesserung des Zugangs zu den Informationen, den Ausbildungsmaßnahmen, der Netzwerkunterstützung und der Finanzierung, die unabdingbar sind, um nachhaltige lokale Medien aufzubauen.

Schaffung eines globalen Netzwerks, das lokale Nachrichtenmedien für die Bewältigung der Herausforderungen bereitmacht, es ihnen ermöglicht, zu teilen, zu verstehen und von den Erfolgen und Misserfolgen der anderen zu lernen, und das ihnen Zugang zu Expertise, Mentoring und Unterstützung durch die Gemeinschaft bietet.

Sicherstellen, dass Spenderinnen und Spender sowie die Gemeinschaft der Medienunterstützenden (vor allem in Entwicklungsländern und -regionen) verstehen, dass die Zukunft lokal ist.

Nutzung der lokalen Vertrauensbeziehung, um das Vertrauen in Nachrichtenmedien wiederherzustellen und den Kampf gegen Fehlinformationen und Desinformation anzuleiten.

Lesen Sie hier den Bericht
„Survival-Guide für
lokale Medien 2022“.



LIBERALE DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSFORM



Walther Rathenau – Wegbereiter internationaler Verständigung und Überzeugungsrepublikaner

Das Jahr 2022 war ein Rathenau-Gedenkjahr: Mit vielfältigen Projekten, Publikationen und Veranstaltungen wurde an den Politiker, Unternehmer und Publizisten Walther Rathenau erinnert – in Schulen, in jüdischen Gemeinden, in der Politik bis hin zum Bundespräsidenten.

Das erfreulich breite Gedenken hat nicht nur mit dem Jahrestag der Berufung Rathenaus zum Außenminister und seiner Ermordung durch rechtsextreme Verschwörer gegen die Demokratie 1922 zu tun. Vielmehr noch mit den Problemen, mit denen der Liberale in einer Zeit der Umbrüche konfrontiert war: Diese lassen sich auf die gegenwärtigen Krisenlagen in Europa und der Welt beziehen. Dies gilt für die innere Stabilität der Demokratie und ihre Gefährdung durch politische Extreme und Antisemitismus, ebenso für die Außenpolitik und erst recht für die Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Was führt von Rathenaus Politik der internationalen Verständigung in die heutige Zeit der Globalisierung? Diese Herausforderungen standen im Zentrum der vom Archiv des Liberalismus konzipierten Veranstaltungsreihe „Rathenau und die Moderne“ und des Liberalismus-Kolloquiums.

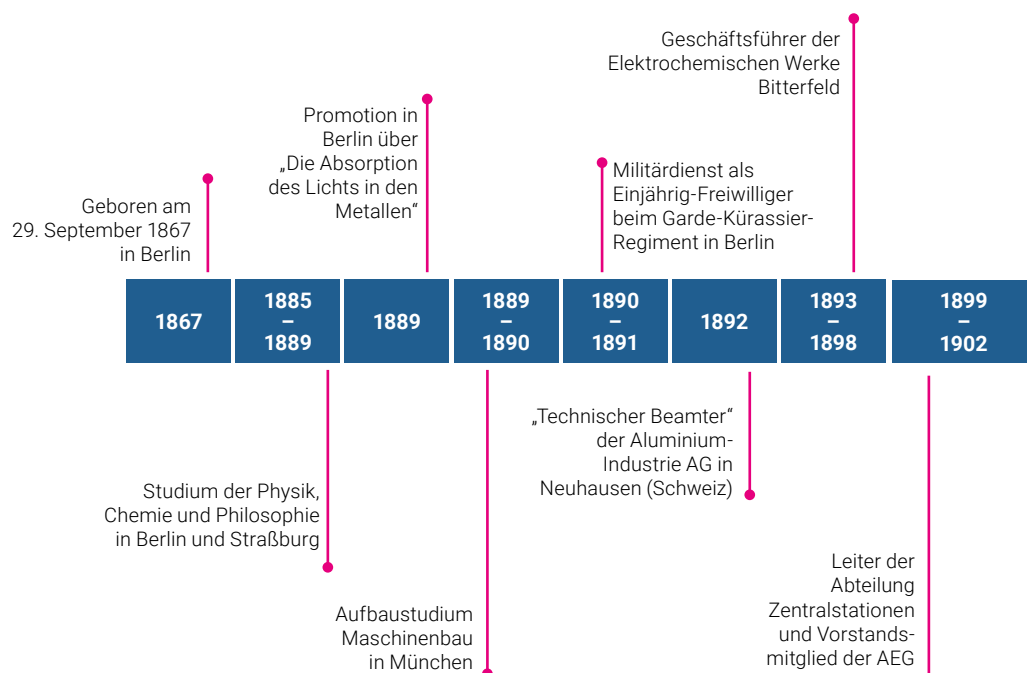
Walther Rathenau (1867–1922) gehört zu den bedeutendsten deutsch-jüdischen Persönlichkeiten und Liberalen. Er war ein Mann vieler Eigenschaften und über-

raschender Einsichten: ein Visionär, der in politischer Verantwortung, aber pragmatisch handelte. Ein debattenfreudiger Publizist, der gleichzeitig sein Unternehmen in die Globalisierung führte. Ein Liberaler, der mit den Widersprüchen seiner Zeit offen umging und kein Freund einfacher Lösungen war.

Zugleich Politiker, Wirtschaftsethiker und Literat, verstand sich Rathenau als Wortführer einer Moderne. Er nahm, wenn auch nicht gefeit vor Irrtümern, mit seinen Zukunftsentwürfen manche

Entwicklungen um Jahrzehnte vorweg. Er kritisierte die herrschende Kultur seiner Zeit, die Diskriminierung der Jüdinnen und Juden ebenso wie die Kolonialpolitik. Als Außenminister wurde er zum Wegbereiter einer Entspannungspolitik und prägte Anfang der 1920er Jahre die Rückkehr Deutschlands auf die internationale Bühne. Das brutale Attentat auf ihn im Juni 1922 erschütterte die Republik.

Mit Rathenau trat ein neuer Typus des Unternehmers in die Entscheidungs-



ebenen der Wirtschaft. Er war vielseitig gebildet, technologieoffen, an der Schnittstelle von Industrie, Banken, staatlicher Verwaltung und Öffentlichkeit, ein Mittelsmann zwischen Industrie und Finanzwelt. Seine ordnungspolitischen Vorstellungen waren flexibel: Die Utopie einer „neuen Wirtschaft“ ordnete er den praktischen Erfordernissen unter. In Kriegszeiten bestand die Notwendigkeit, Produktion und Verteilung der knappen Ressourcen effizient zu steuern. Nach dem Krieg ging es um den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Produktivität. Und in der Reparationsfrage war eine Verständigung mit den Alliierten notwendig. Sein Leitbild blieb aber unverändert die unternehmerische Selbstverantwortung, verbunden mit staatlichen Impulsen, ergänzt um gemeinwirtschaftliche Formen: „Wirtschaft ist nicht Privatsache, sondern res publica, die Sache aller.“

Für ihn war die Republik die beste Staatsform und leistungsfähiger als die Monarchie. In seinen Zukunftsentwürfen trauerte er gerade nicht vergangenen gesellschaftlichen Ordnungen nach, sondern votierte für die Erneuerung. Sein 1917 erschienenes Buch „Von kommenden Dingen“ wurde zum Bestseller und erinnert in seiner Suche nach einer „freien Bürgerlichkeit“ an Ralf Dahrendorfs „Lebenschancen“. Rathenaus Kulturkritik war eine Gegenrede zum antibürgerlichen Diskurs seiner Zeit. Er rief das liberale Bürgertum dazu auf, alle Kräfte zu

sammeln, um in einer politisch existenziellen Lage die Republik zu retten und die Prinzipien von Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft umzusetzen.

Im Januar 1922 wurde Rathenau im Kabinett von Reichskanzler Joseph Wirth zum Außenminister berufen, in einer Koalition aus Linksliberalen, Sozialdemokraten und Zentrum. Hier begründete er eine liberale Tradition der deutschen Außenpolitik: Annäherung an die westlichen Werte und Verständigung mit den Nachbarstaaten. Mit dem Primat des Gewaltverzichts und der internationalen Kooperation führte Rathenau die bis heute zentralen liberalen Prinzipien in die internationale Politik ein: Multilateralität, Selbstbestimmung und wirtschaftliche Verflechtung als Grundlage friedlicher Koexistenz und möglichst gleichberechtigter Beziehungen. Leitlinien, die später Gustav Stresemann fortführte und die in der Bundesrepublik wieder aufgegriffen wurden.

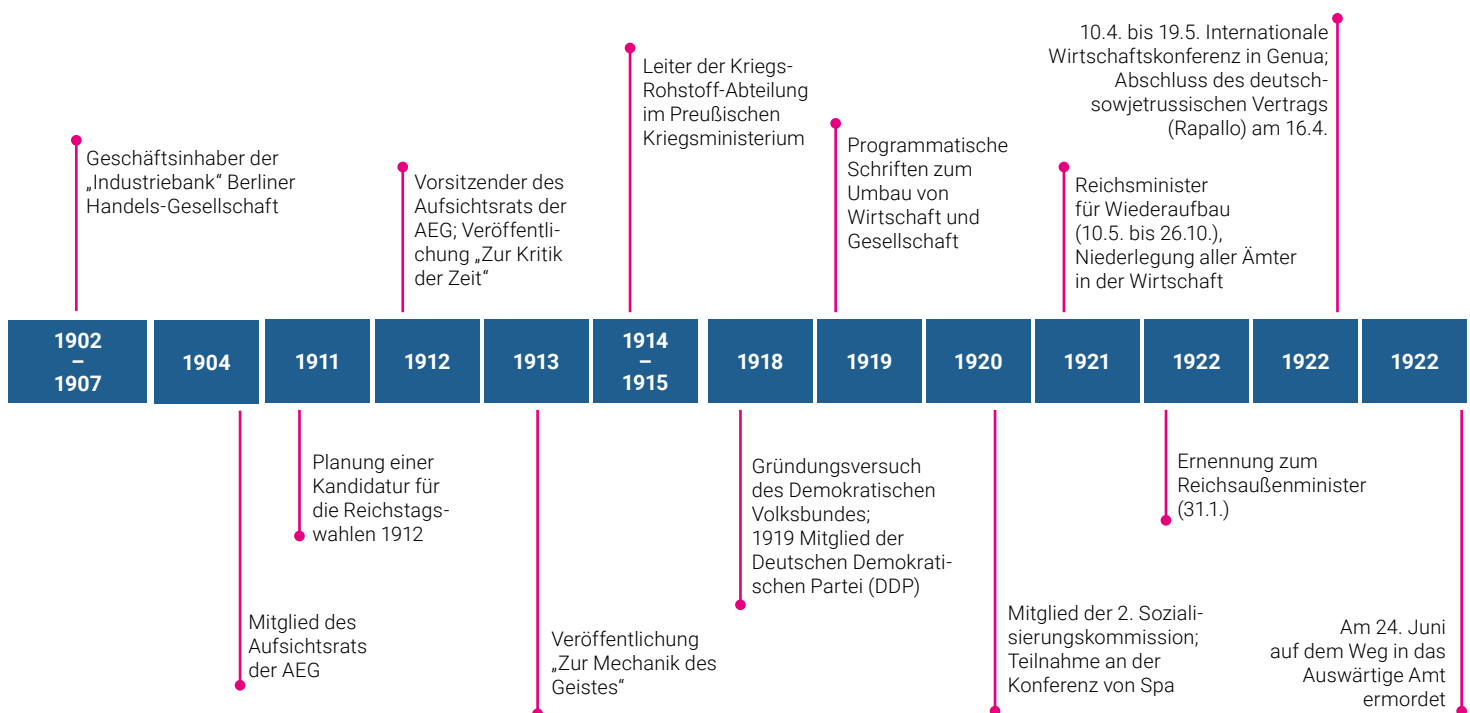
Diese Prinzipien einer Verständigungspolitik, für die Rathenau zum Symbol wurde, verstärkten den Hass der Republikgegner von rechts. Als Jude, als Vertreter eines demokratiebejahenden Liberalismus, als Verweigerer von Vereinfachungen und Ressentiments wurde Rathenau zur Projektionsfläche all dessen, was Republikfeinden, Antisemiten und Populisten verhasst war. Walther Rathenau verteidigte das Recht und die Rechtsordnung, die Menschen-



Lesen Sie hier die Publikation „Walther Rathenau“.

rechte, wirtschaftliche Freizügigkeit und Zusammenarbeit gegen antiliberaler, antidemokratischer und nationalistischer Engstirnigkeit.

Ein Resümee des Gedenkjahres auf wissenschaftlicher Ebene zog das Liberalismus-Kolloquium des Archivs des Liberalismus mit einer Vielzahl von Expertinnen und Experten der Liberalismus- und Demokratieforschung. Es machte deutlich, warum Rathenaus Wirken als Außenminister, Industrieller und Intellektueller auch heute unvermindert anregt: Nicht vergangene Konflikte werden im analytischen Blick auf seine Zeit verhandelt, sondern sehr gegenwärtige Probleme, wie sie in Umbrüchen und Krisenlagen erfahren werden. Wegweisend sei Rathenau – so plädierte der Freiburger Historiker Jörn Leonhard pointiert – in seinen modernen Denkart. Im nächsten Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung werden diese Debatten und Forschungserträge dokumentiert.



CHATKONTROLLE STOPPEN!

In Deutschland hat der Entwurf der CSA-Verordnung bei vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen für Entsetzen gesorgt. Allein die Chatkontrolle würde bedeuten, dass die Vertraulichkeit der Kommunikation und letztlich das digitale Briefgeheimnis nicht mehr gewährleistet werden kann.

Am 11. Mai 2022 stellte die EU-Kommission einen Verordnungs-Entwurf vor, der eines der größten Probleme des Internets adressieren will, aber weit über das Ziel hinausschießt. Ziel des Vorschlags sind Prävention und Bekämpfung von Kindesmissbrauchsmaterial im Internet. Sogenanntes „Child Sexual Abuse Material“ (CSAM) und sogenanntes „Grooming“ (gezielte Kontaktaufnahme Erwachsener mit Minderjährigen in Missbrauchsabsicht) sollen von Anbietern im Internet aufgespürt und gemeldet werden. Das klingt zunächst nach einem legitimen Ziel. Hinter der wohlmeinenden Intention steckt jedoch eine riesige Überwachungsinfrastruktur, mit der private Kommunikation durchleuchtet und überwacht werden kann. Große Teile des Verordnungs-Entwurfs sind seitdem unter dem Begriff der „Chatkontrolle“ bekannt und werden von Expertinnen und Experten einhellig abgelehnt. Die Bandbreite der Kritikerinnen und Kritiker reicht vom Anwaltsverein bis zum Kinderschutzbund und umfasst Berufs- und Betroffenenverbände, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, aber auch Praktikerinnen und Praktiker aus der Strafverfolgung.

Die Überwachung aller Kommunikation

Der Entwurf einer CSA-Verordnung stellt für Anbieter von Kommunikationsdiensten unterschiedliche Pflichten auf. Zu diesen Anbietern zählen zum Beispiel Messenger-Dienste wie WhatsApp, E-Mail- und Hosting-Anbieter, App-Store-Betreiber und Internetzugangsanbieter. Ziel ist, Bildmaterial mit Darstellungen von Kindesmissbrauch

und Grooming zu erkennen. Zunächst müssen die Anbieter abschätzen, ob für ihre Dienste ein besonderes Risiko für die Verbreitung von CSAM oder Grooming besteht. Anschließend geht es darum, Strukturen aufzubauen, die das Überwachen und Durchleuchten jeglicher Kommunikation ermöglichen. Die Anbieter müssen auf der Grundlage von Aufdeckungsanordnungen in ihren Angeboten nach bereits bekannten und neuen Missbrauchsdarstellungen suchen und Textnachrichten auswerten, um Grooming zu erkennen.

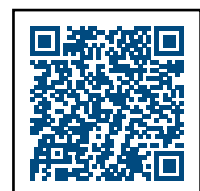
Uploadfilter, Netzsperrern und Altersverifikation

Der Entwurf enthält darüber hinaus weitere Überwachungspflichten. Hosting-Anbieter, also insbesondere Anbieter von Cloud-Speichern, können dazu verpflichtet werden, nach Bildern mit Missbrauchsdarstellungen zu suchen. Sie werden dafür Upload-Filter einsetzen müssen, um jeden in einen Cloud-Speicher hochgeladenen Inhalt zu überprüfen. Zusätzlich soll es Netzsperrern für einzelne Websites oder Inhalte geben können. Websites, auf denen regelmäßig CSAM gefunden wird, können für bis zu fünf Jahre gesperrt werden. App-Store-Anbieter müssen bei Nutzerinnen und Nutzern zudem feststellen, wie alt sie sind. Das ist erforderlich, weil bestimmte Apps, die mutmaßlich für Grooming genutzt werden, für Kinder unzugänglich gemacht werden sollen. Wie das technisch bewerkstelligt werden soll, ohne dass die anonyme Nutzung des Internets abgeschafft wird, ist mehr als fraglich.

Allein die Chatkontrolle würde bedeuten, dass die Vertraulichkeit der Kommunikation – und letztlich das digitale Briefgeheimnis – nicht mehr gewährleistet werden können. Ob verschlüsselte oder unverschlüsselte Inhalte: Potenziell sollen alle Kommunikationsinhalte durchleuchtet werden können.

Der Europäische Gerichtshof hat mehrfach betont, dass Inhalte von Kommunikation immer tabu sind und schon gar nicht massenhaft und anlasslos überwacht werden dürfen. Eine großflächige Überwachungsstruktur für Inhalte von Kommunikation aufbauen zu wollen, hat mehr mit autokratischen Regimen zu tun als mit der EU, die sich auch als Union der Werte und des Rechts begreift. Ein Bekenntnis zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und eine ernsthafte Abwägung der durch den Entwurf der Kommission betroffenen Grundrechte aller Personen fehlt. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber fand hierfür deutliche Worte: „So etwas kennen wir ansonsten nur aus autoritären Staaten.“

Lesen Sie hier
den Artikel
„Der wohlmeinende
Überwachungsstaat“.



MEHR DIGITALE SOUVERÄNITÄT

10 Punkte auf dem Weg zu mehr digitaler Souveränität

Die deutschen Unzulänglichkeiten im Digitalen hat nicht erst die Corona-Pandemie gezeigt. Die globalen Abhängigkeiten Deutschlands waren auch schon vor den erhöhten Spannungen in der Taiwanstraße bekannt. Und doch ist das Thema digitale und technologische Souveränität noch nicht in dem Maße auf der politischen Agenda angekommen, wie es angemessen wäre.

Mit Blick auf die sicherheitspolitische Zeitenwende hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in seiner Regierungserklärung am 27. Februar gefragt: „Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“ Und er stellte fest: „Europa ist unser Handlungsrahmen. Nur wenn wir das begreifen, werden wir vor den Herausforderungen unserer Zeit bestehen.“ Auch über die Klärung digitaler Abhängigkeiten sollten wir auf diese Weise nachdenken. Zum einen gilt

es zu fragen: Welche Fähigkeiten brauchen wir in Deutschland und Europa, um heute und in Zukunft zu bestehen? Und zum anderen: Wie sehen unsere technologischen und digitalen Abhängigkeiten aus? Welches Leitbild für mehr Unabhängigkeit haben wir?

Die Zeitenwende hat Deutschland und seine Partner wieder näher zusammen gebracht. Dieser Schulterschluss ist auch dafür wichtig, auf den globalen Märkten die technischen Standards mitzugestalten. Desinteresse für die technischen Details ist hier ebenso fehl am Platz wie Naivität und Nachlässigkeit. Damit überlässt man das Feld nur anderen Akteuren, die schon heute ihre Vorstellungen global durchzusetzen suchen – zum Beispiel China. Die Volksrepublik nutzt seit Jahren ökonomische Verflechtungen und Abhängigkeiten aus, um Kritik an der Kommunistischen Partei zu unterdrücken, an Menschenrechtsverletzungen oder an der Ein-

China-Politik, nach der auch Taiwan zu China gehört, wie Festlandchina, Macau und Hongkong. Die Volksrepublik ist darüber hinaus auch bemüht, ihre Technologien in aller Welt zu verbreiten und dadurch schleichend zum globalen Standard auszubauen.

Bisher sind Deutschland und die EU besonders gut darin, rechtliche Rahmenbedingungen zu setzen und Standards zu definieren, die sich global auswirken. Nachdem die EU die „Digitale Dekade“ ausgerufen hatte, setzte leider kein Wettbewerb der Ideen ein, sondern ein Wettlauf der Regulierung. Doch digitale Souveränität lässt sich nicht allein durch rechtliche Rahmenbedingungen und mit dem Verweis auf den gebotenen Schutz von Bürger- und Menschenrechten erreichen. Dafür bedarf es vielmehr der Ideen, Angebote und Produkte, die von diesen Rechten ausgehen und deren Attraktivität Nachfrage in aller Welt erzeugt.

1 Digitale Souveränität als Moonshot-Projekt begreifen und europäisch angehen.

2 Abhängigkeiten im Bereich von Technologien und digitalen Diensten erkennen und ein umfassendes Verständnis von digitaler Souveränität etablieren.

3 Fähigkeiten-Lücken im Digitalen erkennen und (bestenfalls europäisch) Strategien aufbauen, um diese zu schließen.

4 Strategische Technologien fördern, um Abhängigkeiten entlang globaler Lieferketten zu verringern und Kompetenzen aufzubauen (z. B. bei Chips, KI, Edge- und Quantencomputing und 5G/6G)

5 Den Transfer zu marktreifen digitalen Produkten und Technologien fördern, die das „Made in Germany“ oder „Made in Europe“ des 21. Jahrhunderts werden können.

6 Die Hoheit über physische und -logische Infrastrukturen beibehalten und fördern.

7 Weitere globale rechtliche Standardsetzung über digitale Regulierung aus der EU heraus betreiben.

8 Gemeinsam mit Partnern demokratische und menschenrechtsbasierte Werte in globale technische Standardisierungsprozesse einbringen.

9 Allianzen mit gleichgesinnten Partnern aufbauen und fördern (z. B. im Rahmen des Trade and Technology Council, TTC).

10 Internationale Zusammenarbeit, auch mit dem globalen Süden, auf Augenhöhe betreiben, um Entscheider bei Standards auf unsere Seite zu bringen.

Lesen Sie hier den Artikel „Mehr digitale Souveränität“.



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALER WOHLSTAND

- MARKTWIRTSCHAFTLICHE AGENDA ODER NOCH MEHR STAAT?
- FÜHRUNGSKRÄFTE KÖNNEN KRISE
- DIE WELT IN AUFRUHR: WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE KRISEN
- FAKTEN ZUR KRISE
- GLEICHBERECHTIGUNG GRÜNDERINNENKONFERENZ: FRAUENSACHE - UNTERNEHMEN GRÜNDEN
- MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2022
- INFLATION UND KNAPPHEIT - IST DER STANDORT DEUTSCHLAND IN GEFAHR?



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

WELTWIRTSCHAFT IM UMBRUCH: BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DIE GLOBALISIERUNG

Selten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Weltwirtschaft gleichzeitig einer derartigen Vielfalt an Herausforderungen gegenüber wie im Jahr 2022. Schon die Pandemie hat zu Störungen in globalen Lieferketten geführt und die Preisinflation in vielen Teilen der Welt befeuert. Dann begann am 24. Februar 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der dort unvorstellbares Leid verursacht hat und zudem die Lebensmittel- und Energiemärkte hart traf. Im globalen Süden hat der Krieg in der Ukraine somit die Hunger- und Schuldensituation verschärft und Europa mit einer Energiekrise bedroht. Die Inflation lag auch in sonst für ihre monetäre Stabilität bekannten Ländern teilweise im zweistelligen Bereich. Das hat vor allem eines gezeigt: Sicher geglaubte Versorgungsketten sind kollabiert und haben so die Schwachstellen ganz unterschiedlicher Volkswirtschaften offengelegt. Das hat ein Umfeld geschaffen, in dem die Rufe nach Protektionismus, Industriepolitik sowie Decoupling und Reshoring lauter werden.

So sah sich auch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2022 mit der Frage konfrontiert, wie es um offene Märkte in Zeiten überlappender und vor allem geopolitischer Krisen steht. Während die Zeitenwende politische Gewissheiten zerstört hat, bleiben ökonomische Regeln gültig: Internationale Arbeitsteilung, Innovation durch Wettbewerb und nachhaltige Finanzpolitik werden auch weiterhin entscheidend für den globalen und den deutschen Wohlstand sein. Das Geschäftsmodell Deutschlands beruht auf der internationalen Arbeitsteilung und offenen Märkten. Wenn wir unseren Wohlstand halten und gleichzeitig die Armut weltweit weiter zurückdrängen wollen, dann sollten wir weiter an dem Erfolgsmodell der weltweiten wirtschaftlichen Integration festhalten. Die Entwicklungen im Jahr 2022 haben insbesondere Europa noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass wir dabei nicht naiv sein sollten.

„Wandel durch Handel“ wird sicher auch weiterhin ein Grundprinzip sein, das nicht falsch ist. Allerdings funktioniert das Konzept bei Weitem nicht so direkt und durchschlagend, wie wir gerade in Deutschland lange gern geglaubt haben. Die Verschränkung mit Russland auf den Rohstoffmärkten, insbesondere bei Erdgas, folgte aus ökonomischer Sicht zwar einer

durchaus rationalen Logik – die entstandene Abhängigkeit hätte trotzdem vermieden werden müssen. Und die Integration Chinas in den Weltmarkt hat in den letzten Jahrzehnten enorme Geschäftsmöglichkeiten geboten und entscheidend zur globalen Armutsbekämpfung beigetragen. Europas starke Abhängigkeit von einzelnen Produkten der Hochtechnologie aus China stellt aber angesichts des verschärften Systemwettbewerbs inzwischen ein hohes Risiko dar.

Fazit: Naivität war gestern. Das sollte aber nicht nur für den Umgang mit den beschriebenen Risiken gelten, sondern auch für die Rezepte zur Risikominimierung: Freie Märkte, internationaler Handel und kultureller Austausch haben so große positive Effekte, dass wir sie nicht über Bord werfen sollten. Es war noch nie eine gute Idee, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Europa muss jedoch dringend die Weichen für eine behutsame Reduktion der akkumulierten Risiken stellen. Es geht nicht um ein Zurückdrehen der Globalisierung, sondern um eine Diversifikation der Handelsbeziehungen – sowohl mit Blick auf Rohstoffimporte als auch mit Blick auf Absatzmärkte. Ziel sollte keinesfalls eine deglobalisierte Welt sein, sondern vielmehr eine erhöhte Resilienz der bestehenden globalen Weltordnung.

Dafür bedarf es zunächst einer strategischen Handelspolitik, die, wo möglich, prioritär auf die Zusammenarbeit mit Demokratien fokussiert und so versucht, Standards für den Fortbestand der regelbasierten Weltordnung zu setzen. Hierzu gehört es auch, die transatlantischen Handelsbeziehungen zu stärken und Hürden für die wirtschaftliche Integration abzubauen. Aber auch die Zusammenarbeit mit Indien, der weltweit größten Demokratie, und mit Demokratien in Afrika, Lateinamerika und Asien bietet enormes Potenzial. Darüber hinaus muss Europa seine Abhängigkeit von fossilen Energieimporten verringern. Gelingen kann das in einem Dreiklang aus Effizienzsteigerung, Ausbau von klimaneutralen Energien und dem Aufbau von Handelsbeziehungen für den Import von erneuerbar erzeugten Energieträgern wie Wasserstoff oder E-Fuels. Dabei sollte auch die Nutzung von Atomenergie, der Ausbau von bisher vernachlässigten erneuerbaren Energiequellen wie der Geothermie sowie die Nutzung heimischer Gasvorräte nicht aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden. ■

MARKTWIRTSCHAFTLICHE AGENDA ODER NOCH MEHR STAAT?

Berlin, 23.11.2022

„Deutschland befindet sich in einer Multi-Krise“, eröffnete Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, im November 2022 den Kongress zum Thema „Marktwirtschaftliche Agenda oder noch mehr Staat?“ Schon die Pandemie habe Deutschlands Wirtschaft ge-
beutelt: „Zum Zeitpunkt des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine war die Wirtschaft durch die Rezession im Jahr 2020 immer noch auf dem Weg in ihren Normalzustand.“

Es gebe also viele Ursachen der sich überlappenden Krisen – Angebotsengpässe oder die Störung der globalen Lieferketten seien nur zwei Stichwörter einer immer komplexer werdenden Wirtschaftswelt. Die Bundesregierung setze als eine Antwort darauf auf mehr Freihandel. So kündigte Bundeswirtschaftsminister Habeck ein stärkeres Engagement für Freihandelsabkommen an. Paqué mahnte dabei vor allem Tempo und konkrete Schritte an: „Minister Habeck, legen Sie einen konkreten Fahrplan für künftige Handelsabkommen vor.“ Es brauche vor allem einen konkreten politischen Fahrplan. „Deutschland braucht keine De-Globalisierung, sondern eine bessere Globalisierung“, so Paqué.

„Es ist eine anstrengende Krise, auf die wir uns einstellen müssen“, skizzierte Prof. Achim Wambach, Präsident des ZEW Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, die aktuelle Lage. Die Multi-Krise werde noch lange Wellen schlagen und sei so schnell nicht überwunden. „Im Moment ist die Lage schlecht für die Konjunktur. Wenn der Winter kalt wird und nicht ausreichend Gas gespart wird, ist das Szenario nicht gut“, so Wambach.

Besonders die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft muss durch eine Diversifizierung aufgelöst werden: „Diversifizierung ist nicht Aufgabe des Staates,

„Wir wollen das Planungsrecht vereinfachen und digitalisieren“

Dr. Volker Wissing MdB, Bundesminister für Digitales und Verkehr

sondern der Unternehmen. Aber der Staat muss hier unterstützen. Jedes Unternehmen braucht einen Stresstest und muss sich die Frage stellen: Was passiert, wenn China in Taiwan einmarschiert?“, fragte Wambach.

Prof. Dr. Stefan Kooths, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (ifW), hob in der Diskussionsrunde die ökonomische Stärke des Westens hervor: „Unsere Stärken, wie etwa offene Märkte und unser Wettbewerb, zeigen, dass wir eben kein Nanny-Staat sind.“ Gerade in Krisen neige die Politik zu einem Tunnelblick. Dabei sollten keine falschen Schlüsse gezogen werden. „Es braucht also nicht mehr Interventionismus, sondern weniger“, so Kooths. Die deutsche Wirtschaft werde nicht resilienter, indem sie restriktiver werde. Die Weltwirtschaft sei gerade wegen ihrer Verflechtungen so gut durch die Pandemie gekommen. Auch Kooths forderte eine stärkere Differenzierung in den Handelsbeziehungen: „Deutschland darf sich nicht von China einschüchtern lassen.“

In jeder Krise liegen auch Chancen. Chancen, die Deutschland nutzen muss, um seine Digitalisierung voranzubringen. Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Verkehr und Digitales, gab in seiner Grundsatzrede einen Ausblick auf die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie. Der Ausbau von Glasfaser, das Lernen von anderen digitalisierten Staaten und der flächendeckend eingeführte 5G-Standard brauchten Tempo. Dieses Tempo gelinge nur, wenn in Deutschland das Planfeststellungsverfahren umfassend renoviert werde. „Wir

wollen das Planungsrecht vereinfachen und digitalisieren“, kündigte Wissing an. Genehmigungsverfahren dauerten in Deutschland zu lange. „Wir haben uns ein komplexes Konstrukt von Ordnungsrecht und Umweltrecht aufgebaut, das für sich genommen in jedem einzelnen Punkt seine Berechtigung hat. Die langen Abwägungsprozesse haben dazu geführt, dass all diese Gesetze von Mehrheiten verabschiedet worden sind. Aber in der Summe führen sie dazu, dass die Notwendigkeit, Infrastruktur auszubauen, immer weiter nach hinten gerückt ist und immer weiter an Gewicht verliert“, analysierte Wissing die Lage.

Trotz der turbulenten Zeiten waren sich die Expertinnen und Experten des Kongresses in einem einig: Es bringt nichts, sich von den Krisen einschüchtern zu lassen, sondern es bedarf einer konstruktiven Vision und eines konkreten Fahrplans für die Politik der Zukunft. ■



Dr. Volker Wissing MdB, Bundesminister für Digitales und Verkehr

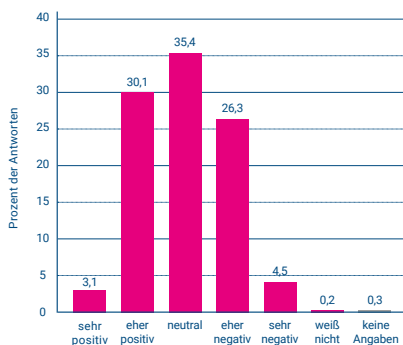
FÜHRUNGSKRÄFTE KÖNNEN KRISE

„Es macht Mut, dass die Führungskräfte sehr optimistisch sind, wenn es um das Thema Digitalisierung geht.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Aus der Corona-Pandemie kommt ist Deutschland in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der folgenden Energiepreissteigerungen nahtlos in die nächste Wirtschaftskrise gerutscht. Aber auch ohne diese beiden schwarzen Schwäne stünde dem deutschen Wohlstandsmodell ein Stresstest bevor: Während der digitale Wandel läuft, müssen Klimaschutz und demografiebedingter Fachkräftemangel bewältigt werden. Zudem verschärft sich der ohnehin schwelende Systemkonflikt zwischen offenen Gesellschaften und Autokratien.

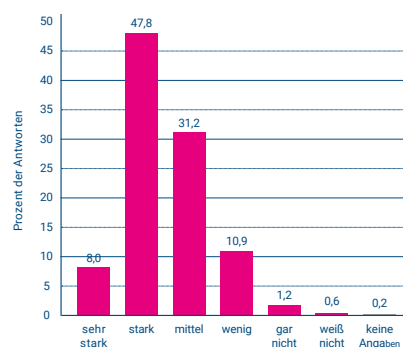
Wie bewerten Sie diese Änderungen durch die Pandemie?



An Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik mangelt es also nicht. Umso erfreulicher sind die Ergebnisse der Führungskräfteumfrage, die der Deutsche Führungskräfteverband ULA gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unter seinen 70.000 Mitgliedern, allesamt Führungskräfte aus Unternehmen und Institutionen, durchgeführt hat. Wissenschaftlich begleitet wurde die Studie durch Prof. Dr. Jürgen Weibler, Professor

für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Personalführung und Organisation, an der FernUniversität in Hagen.

Wie stark verändert sich die Arbeit infolge zunehmender Digitalisierung (beispielsweise mit Blick auf das Führungsverhalten, die Kommunikation und Organisation in Ihrem Unternehmen)?



Die Befragung zeigt deutlich, dass die Führungskräfte Krise können. Sie geben an, die Herausforderungen der Corona-Pandemie gut bewältigt zu haben und blicken optimistisch in die Zukunft. Roland Angst, Präsident des Deutschen Führungskräfteverbands ULA und Vorsitzender des Konzernsprecherausschusses der Deutschen Telekom AG, fasst dies wie folgt zusammen: „Die Führungskräfte haben die Herausforderungen der Digitalisierung, des Wandels hin zu mehr Nachhaltigkeit sowie auch der Krisenbewältigung (beispielsweise der Pandemie) angenommen. Sie erkennen die Chancen in der neuen Art des Arbeitens, bei der Führung zukünftig zunehmend hybrid sein wird.“

Eng verbunden mit ihrem insgesamt eher positiven Rückblick auf die Be-

wältigung der Pandemie-Folgen ist die hohe Bereitschaft, mit digitalen Technologien umzugehen und diese in die tägliche Führungsarbeit zu integrieren. Der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, zeigt sich mit den positiven Trends einer digitalisierten Wirtschaft zufrieden: „Es macht Mut, dass die Führungskräfte sehr optimistisch sind, wenn es um das Thema Digitalisierung geht. 31 Prozent geben an, die Arbeit durch die zunehmende Digitalisierung sei ‚sehr stark‘ beziehungsweise ‚stark verbessert‘, weitere 41 Prozent sehen sie als ‚etwas verbessert‘ an. Die Politik muss diesen Optimismus aufgreifen und die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Digitalisierung der Wirtschaft setzen.“ Weibler ergänzt: „Führung muss mit den digitalen Möglichkeiten Schritt halten (zum Beispiel hybride Formen der Führung), ohne zu vergessen, dass lebendige Führungsbeziehungen, die Resonanzsergebnisse ermöglichen, unverzichtbar für eine gelingende Führung sind.“

Lesen Sie hier die Ergebnisse der Führungskräfteumfrage in unserer Publikation „Führung im Wandel“.



DIE WELT IN AUFRUHR: WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE KRISEN

Deutschland hat nach der schweren Finanz- und Staatsschuldenkrise ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Stabilität erlebt, das noch Anfang des Jahrtausends wohl kaum jemand erwartet hätte. Die unmittelbaren Krisenfolgen waren zwar stark – so brach das BIP 2009 um 5,7 Prozent ein. Schon 2010 wuchs die Wirtschaft jedoch bereits wieder um 4,2 Prozent und hatte dann bis zur Corona-Krise 2020 nur Jahre mit positiven Wachstumsraten. Diese Phase endete mit der Corona-Pandemie abrupt und unerwartet. Die Erholung setzte zwar wie schon nach der Finanzkrise unmittelbar im folgenden Jahr ein, wurde jedoch durch angespannte Lieferketten und Fachkräftemangel belastet. Dann folgten nach dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ein enormer Energiepreisanstieg und eine hohe Inflation.

Diese beiden Krisen – die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg – markieren den Beginn einer Phase: Das Wachstumsmodell in Deutschland kommt auch aufgrund lang absehbarer Entwicklungen unter Druck. Die digitale Transformation mit ihren Herausforderungen für viele Geschäftsmodelle und neuen technischen Möglichkeiten läuft weiter. Das gilt auch für die dringende Notwendigkeit, Wege zum Vereinbaren von Wohlstand und Klimaschutz zu finden. Hinzu kommt der demografische Wandel und der mit ihm einhergehende Fachkräftemangel – die 2030er sind das Jahrzehnt, in dem die Babyboomer-Generation in Rente geht.

Diese kurz- und langfristigen Herausforderungen prägten 2022 die Arbeit der Stiftung. So wurden als Reaktion auf die neue Lage in der Energiepolitik unter anderem Policy Paper zur Energiesicherheit und zum Beitrag von Kli-

maschutzinnovationen erarbeitet. Die energiepolitischen Herausforderungen wurden auf einem großen Zukunftskongress thematisiert, bei dem es auch um die Zukunft des Freihandels ging. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutsche Startups der erfolgreiche Migrant Founders Monitor fortgeführt. Er untersucht die positiven Beiträge von Migrant Founders auf das deutsche Startup-Ökosystem.

Mut machen sollten angesichts der enormen Herausforderungen die Ergebnisse einer Führungskräfteumfrage, die in Kooperation mit dem Deutschen Führungskräfteverband ULA durchgeführt wurde: Die befragten Führungskräfte zeigen eine hohe Resilienz angesichts der Corona-Pandemie. Sie geben an, gut mit den Herausforderungen der Digitalisierung umgehen zu können.

Die russische Invasion hat den schon lange schwelenden Systemwettbewerb zwischen Autokratien und Demokratien verschärft. Er betrifft Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Beim Angriff des autokratischen Russlands auf die souveräne Ukraine geht es um nicht weniger als die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Zwei Gesellschaftsmodelle stehen sich gegenüber. Sind autokratische Regierungsformen weltweit auf dem Vormarsch? Liberale Demokratien setzen auf Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungen, die bürgerliche und politische Freiheitsrechte, Bürger- und Menschenrechte garantieren. Werden sie es noch schwerer ha-

Publikation:
„Organisierte Resilienz:
Weltbank und IWF im
geoökonomischen
Zeitalter“.



ben, interne populistische Kräfte abzuwehren? Auch wirtschaftlich prallen der chinesische Staatskapitalismus auf der einen Seite und freie Marktwirtschaften auf der anderen aufeinander.

An Herausforderungen mangelt es also nicht in einer Welt, die unruhiger geworden ist. Dies betrifft gerade auch die Frage der Neuordnung der bestehenden Handelsbeziehungen, wo Demokratien vor einem Dilemma stehen: Einerseits wird es angesichts der Herausforderung durch autokratische Regime umso wichtiger sein, dass sich die offenen Gesellschaften auf ihre Werteordnungen besinnen und diese aktiv vertreten und verteidigen. Andererseits wird es ohne Kooperation auch mit schwierigen Partnern nicht gelingen, sich gegenüber Systemkonkurrenten zu behaupten. Dies gilt für politische und militärische Kooperationen – man denke nur an den südostasiatischen Raum und potenzielle Partner wie Vietnam. Zwar haben wir mit diesen Partnern gemeinsame Interessen, es handelt sich aber keinesfalls um offene Gesellschaften. Und es gilt natürlich

Fokus:
„Wirtschaft und Krise“.



auch für die Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen: Ohne Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit auch mit autokratischen Staaten wird es noch schwieriger werden, den materiellen Wohlstand offener Gesellschaften in liberalen Demokratien zu halten.

Die Antwort für die demokratische Welt muss zunächst die vertiefte Kooperation untereinander sein. In dem Impulspapier „Allianzen für Demokratie: Liberale Ansätze für den neuen Systemwettbewerb“ plädieren die Autorinnen und Autoren unter anderem für einen neuen Multilateralismus. Dieser müsse effektiver darin sein, Regeln für freien und fairen Handel durchzusetzen und Menschenrechte und Demokratie zu schützen. Ein Beispiel für einen effektiveren Multilateralismus wäre eine Freihandelszone liberaler Demokratien oder die Stärkung der Institutionen der liberalen Weltordnung.

Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) sind allesamt als Teil der regelbasierten multilateralen Ordnung gegründet worden und haben zur Attraktivität der liberalen Welt im Kalten

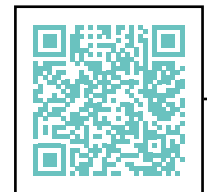
Krieg beigetragen. Das Policy Paper „Organisierte Resilienz: Weltbank und IWF im geökonomischen Zeitalter“ ist ein Plädoyer für eine Rückbesinnung auf die Stärken dieser Institutionen: evidenzbasierte Politikempfehlungen und verlässliche, regelbasierte Finanzierungsmöglichkeiten.

Mehr noch als IWF und Weltbank braucht die WTO Reformen. Die Organisation steckt in der tiefsten Krise ihrer noch jungen Geschichte. In ihren drei Kernaufgaben ist die WTO derzeit gelähmt: bei der Schaffung eines Forums für Handelsliberalisierung, bei der Überwachung der Einhaltung bestehender Handelsregeln und bei der regelbasierten Bewältigung von Handelsstreitigkeiten ihrer Mitglieder. Das Ziel eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelssystems ist zu wichtig, um die Welthandelsorganisation links liegen zu lassen. Bis es dort zu entschlossenen Reformen kommt, kann die Europäische Union mit einer Freihandelsoffensive Druck machen.

Die längst überfällige Ratifizierung des europäisch-kanadischen Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) war ein wichtiger Schritt. Als nächstes muss die

Ratifizierung des bereits ausgehandelten EU-Mercosur-Freihandelsvertrages vorangebracht werden. Das Abkommen stärkt nicht nur die Beziehungen und den Austausch mit lateinamerikanischen Staaten, sondern es bietet angesichts der großen Gasvorkommen in Argentinien auch Potenzial, um die Abhängigkeit von autokratischen Staaten zu reduzieren. Ähnliches gilt für Seltene Erden und die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Australien. Hinzu kommen die abgeschlossenen Abkommen mit Chile und Neuseeland sowie die Verhandlungen mit Mexiko und der neue Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit Indien. Eine Vertiefung dieser Handelsbeziehungen würde die geopolitische Position der EU im Systemwettbewerb stärken. ■

Publikation:
„Allianzen für Demokratie:
Liberale Ansätze für den
neuen Systemwettbewerb“.



FAKTEN ZUR KRISE

einfach erklärt

Was ist eigentlich ...

Inflation?



Im Durchschnitt sind die Preise für Produkte und Dienstleistungen in Deutschland im Oktober 2022 etwa 10,4 Prozent höher als noch im Vorjahresmonat. Der Zuwachs bei den Einkommen ist dagegen vergleichsweise niedrig. Die Angst, dass das Geld nicht reicht, wächst bei vielen Menschen. Die Finanzwelt warnt nun vor einer ausufernden Inflation. Aber was bedeutet „Inflation“ eigentlich? Welche Rolle spielt die Zentralbank dabei? Und was hat das mit dem Krieg in der Ukraine zu tun? ■

Was ist eigentlich ...

kritische Infrastruktur?



Wie widerstandsfähig muss unsere kritische Infrastruktur sein? Was ist kritische Infrastruktur überhaupt? Wasser, Strom, Lebensmittel oder der öffentliche Nahverkehr sind für uns alltägliche Dinge, die jedoch lebensnotwendig sind. Dazu gehören beispielsweise die Energie- und Wasserversorgung, der Verkehr, aber auch die medizinische Versorgung. Welche Konsequenzen hat ihre Beeinträchtigung und wie können wir sie gegen Angriffe wappnen? ■

Was ist eigentlich ...

die Gas-Krise?



Die angespannte Situation auf den Gasmärkten ist längst auch bei den deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern zu spüren. Hierzulande vervielfachen sich die Heiz- und Wärmekosten, sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Wirtschaft, die Energiepreisentwicklung treibt die Inflationsraten wie zuletzt in den Achtzigern. Kurzum: Die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger sinkt massiv. ■

Unsere neue Erklärreihe „Fakten zur Krise – einfach erklärt“ soll zeigen, welche Gefahren im Fall der Fälle drohen könnten.

GLEICHBERECHTIGUNG

Auszug aus dem Interview mit Dr. Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns. Erstmals erschienen im Liberal Magazin 01/2023.

Veraltete Strukturen müssen aufgebrochen werden. Darin sind sich Dr. Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns einig. In einer modernen Arbeitswelt kann Frau gleichberechtigt sein – mit den richtigen wirtschaftlichen und politischen Anreizen.

Nun entwickelt sich die Gesellschaft ja langsam weiter. Männer übernehmen mehr und mehr Haushalt und Kinderbetreuung – sicher nicht so viel wie in anderen Ländern wie in Skandinavien, aber immerhin.

Jasper-Winter: Wenn es zu einer Familiengründung kommt, sind es in erster Linie die Frauen, deren berufliche Karriere ins Stocken gerät. Und sie sind auch diejenigen, die später öfter unter Altersarmut

wegen einer geringeren Rente leiden. Deswegen muss man sich schon die Frage stellen, ob es gute Rahmenbedingungen gibt für eine qualitativ gute Kinderbetreuung. Nicht irgendeinen Kitaplatz und/oder eine Nachmittagsaufbewahrung an Ganztagschulen, sondern einen guten Bildungsort, an dem eine gute Betreuung möglich ist.

Jasper-Winter: In Berlin gibt es Ganztagschulen und Kindergartenplätze, aber die Qualität ist manchmal nicht so gut. Hinzu kommt, dass der Ausbau von Kita-Plätzen viel zu schleppend verläuft, weil das Land Berlin zum Beispiel freie Träger beim Kita- oder Schulausbau nicht genauso berücksichtigt wie die staatlichen Träger.

Das ist in vielen Städten und sogar in den Großstädten ein großes Problem.

Aber auch der Ausbau der Infrastruktur führt nicht alleine dazu, dass sich mehr Väter kümmern ...

Jasper-Winter: Väter nehmen im Schnitt zwei Monate Elternzeit, also höchstens die üblichen Vätermonate.

Deshalb will die Ampel das Elterngeld auf mindestens drei Monate ausweiten, die der jeweils andere Partner nehmen muss. Das ist im Koalitionsvertrag verankert.

Jasper-Winter: Etliche Studien zeigen, dass solche vielfältigen und flexiblen Unternehmen erfolgreicher sind, weil unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen. Insofern finde ich schon, dass man auch dort diese alte Arbeitswelt verändern muss. Denn wenn sehr viele Männer eines bestimmten Alters und einer bestimmten Herkunft mit einem bestimmten Background in Führungspositionen sind, dann ist es völlig voraussehbar, dass ähnliche Männer nachziehen und aufsteigen. Diesen Automatismus muss man durchbrechen.

Es gibt ja empirische Daten, die belegen, dass es für Frauen schwerer ist, Kapital für eine Gründung zu erhalten.

Nun gibt es auch andere Bereiche, in denen Frauen sich schwer tun, beispielsweise bei der Gründung von Unternehmen?

Bruns: Das Problem haben wir hauptsächlich im Bereich der Startup-Gründungen. Glaubt man den Zahlen, sind nur etwa 20 Prozent der Startup-Gründer Frauen. Insgesamt sind aber etwas mehr als 40 Prozent der Gründer weiblich. Allerdings bleiben Freiberuflerinnen und Frauen, die sich anderweitig selbstständig machen, in der öffentlichen Debatte oft unsichtbar. Wenn ich beispielsweise als Grafikdesignerin selbstständig arbeiten will, ohne direkt den Bau eines Unternehmens zu planen, das den Weltmarkt angreift, dann bin ich genauso Gründerin. Ich finde es schwierig, den Frauen zu sagen: „Frauen, ihr müsst jetzt alle so gründen, wie die Männer das schon immer machen.“

Bruns: Ich würde doch auch nicht den alten Laden der Männer aufräumen wollen.

Mein Appell ist daher: Lasst uns eine neue Arbeitswelt bauen, in der es möglich ist, Kinder zu kriegen und die Familie mit dem Beruf zu vereinbaren. Eine Welt, in der wir anders gründen, in der wir selbst investieren können und in der wir uns mehr Freiräume geben. Allerdings bin ich da skeptisch: Diese Diskussion wird kaum geführt.

Wenn man sich das anhört, dann klingt das etwas resigniert ...



Das vollständige Interview lesen Sie in der „Liberal 01/2023“.



GRÜNDERINNENKONFERENZ: FRAUENSACHE – UNTERNEHMEN GRÜNDEN

Berlin, 14.11.2022

Selbstständige Frauen sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Doch Frauen als Unternehmerinnen sind hierzulande immer noch stark unterrepräsentiert. Zum Auftakt der Gründungswoche Deutschland 2022 lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit dem Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB), der Zeitschrift Emotion und dem Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) zur Gründerinnenkonferenz ins Allianz Forum in Berlin ein. Unter dem Motto „Frauensache: Unternehmen gründen“ diskutierten Expertinnen und Experten aus Freien Berufen, Wirtschaft, Medien und Politik über die Förderung des Unternehmertums in Deutschland und gaben Einblicke in Gründerinnen-Cases.

In ihrer Keynote wies Katja Hessel MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Finanzen, darauf hin, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland ohne die Leistung von Frauen nicht so erfolgreich wäre, wie er ist. „Gründungswillige Frauen stoßen auf Hindernisse, gerade wenn es um Zugang zu Finanzen und anderen Ressourcen geht.“ Gründer könnten von Gründerinnen viel lernen, denn von Frauen gegründete Unternehmen kämen besser durch die Krise. „Frauen interessieren sich viel mehr für Nachhaltigkeit und können ihre Unternehmen damit krisenfester aufstellen“, so Hessel. Frauen würden häufiger mit sozialem und ökologischem Mehrwert gründen. Sie würden erfolgreiche Ideen und Innovationen entwickeln, um anderen zu helfen.

Im anschließenden Panel unter der Moderation von Thomas Sigmund wurden verschiedene Aspekte zur Förderung des Unternehmertums in Deutschland diskutiert. „Wir müssen mehr Investorinnen finden, die in weibliche Gründerinnen investieren“, erläuterte Magdalena Oehl, Mitglied des Vorstandes des Startup-Verbands. Durch Business Angels bekämen Gründerinnen und Gründer nicht nur Geld, sondern auch Expertise. Ein

„Ein Netzwerk mit Männern und mit Frauen ist ein Schlüssel beim Gründen, aber auch in der Politik.“

Dr. Maren Jasper-Winter, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

besonderes Hindernis sei der fehlende Mutterschutz für Gründerinnen. Sie plädierte dafür, dass bessere Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung geschaffen werden sollten.

Jasmin Arbabian-Vogel, Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU), nannte die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland als Hemmnisse. „Die Frage der Kinderbetreuung ist entscheidend – im internationalen Vergleich sind wir schlechter aufgestellt“, so Arbabian-Vogel. Männer und Frauen sollten sich die Care-Arbeit besser aufteilen. Darüber hinaus sollte der Staat Unternehmen in der Gründungsphase mehr fördern – beispielsweise durch temporäre Übernahme der Lohnkosten.

Dr. Maren Jasper-Winter, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hob die Bedeutung eines starken Netzwerks hervor. „Ein Netzwerk mit Männern und mit Frauen ist ein Schlüssel beim Gründen, aber auch in der Politik“, sagte Jasper-Winter. „Es ist wichtig, die MINT-Bildung in Schulen auch im Hinblick auf Gründung zu stärken, für Jungen und Mädchen, aber besonders für Mädchen.“ Das Ehegattensplitting setzt falsche Anreize. Auch die Lohnsteuerklassen 3 und 5 sollten abgeschafft werden. Wichtig bei der Gründung sei die Eigeninitiative.

Im zweiten Panel standen die politischen Rahmenbedingungen im Fokus der Debatte. „Wir wollen in der Stadt der Freiheit ein Gründungsklima“, sagte Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der Berliner FDP im Berliner Abgeordnetenhaus. Es brauche ein politisches Klima,

das Gründerinnen und Gründern mehr Anreize schaffe. Beispielsweise dauere es in Berlin 39 Tage bis zur Eintragung ins Handelsregister, in München seien es 29 Tage. Hier könne Berlin schneller werden.

Im dritten Panel ging es um den Zugang zu Kapital für Gründerinnen. „Venture Capital geht eher an techlastige Unternehmen“, erklärte Verena Pausder, Unternehmerin, Gründerin und Autorin. Frauen würden aber eher in anderen Bereichen wie Ernährung oder Gesundheit gründen. Wenn man investieren wolle, müsse man das finden, was zu einem passe. Wichtig seien Herzblut, Know-how, Timing, eine sehr gute Idee und die passende Person.

Vernetzung ist wichtig, um erfolgreich zu gründen und Investorinnen und Investoren zu gewinnen. Beim anschließenden Female Founders' Festival gab es ausreichend Gelegenheit für die Teilnehmenden zum Get-together und Networking. ■



Dr. Maren Jasper-Winter, bei der Gründerinnenkonferenz am 14. November 2022 in Berlin.

MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2022

Migrant Founders sind zentraler Teil des Startup-Ökosystems: 22 Prozent der Startup-Gründerinnen und -Gründer in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Damit stellen sie einen signifikanten Teil des Startup-Ökosystems. Die Mehrheit unter ihnen sind mit 59 Prozent Migrant Founders der ersten Generation: Sie sind im Ausland geboren und verfügen über eigene Migrationserfahrung. In dieser Gruppe zeigen sich Potenziale und Herausforderungen besonders deutlich und der Report legt dort den Schwerpunkt.

22% der Startup-Gründerinnen und -Gründer in Deutschland haben einen Migrationshintergrund.

Mit einem Akademikeranteil von 91 Prozent heben sich die Migrant Founders der ersten Generation vom Startup-Ökosystem insgesamt ab (85 Prozent). Der Großteil bringt dabei gründungsrelevante Expertise in den Bereichen Wirtschaft und MINT mit. Darüber hinaus ist das Startup-Mindset hier ausgeprägter: Migrant Founders der ersten Generation haben häufiger Exit-Ambitionen und streben für ihre Unternehmen höhere Bewertungen an. Das zeigt sich insbesondere bei denjenigen, die im Ausland studiert haben und tendenziell später nach Deutschland gekommen sind. In dieser Gruppe wollen 40 Prozent eine Unternehmensbewertung von mindestens 100 Millionen Euro erreichen – gegenüber 25 Prozent im Startup-Ökosystem insgesamt.

Diesen Potenzialen stehen große Herausforderungen beim Wachstum gegenüber, was unter anderem geringere Zahlen an Mitarbeitenden verdeutlichen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die fehlende Kapitalausstattung: Nur ein Drittel der Migrant Founders erster Generation konnte auf staatliche Fördermittel zurückgreifen – das sind 10 Prozentpunkte weniger als im allgemeinen Durchschnitt. Eine ähnliche Diskrepanz zeigt sich beim Venture Capital: Lediglich 15 Prozent der Migrant Founders der ersten Generation haben bisher eine solche Finanzierung erhalten, gegenüber 20 Prozent im allgemeinen Startupschnitt – obwohl sie diese Form der Wachstumsfinanzierung häufiger anstreben.

43% der Gründerinnen und Gründer mit eigener Migrationserfahrung haben Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung.

Für 35 Prozent der Migrant Founders erster Generation stellen fehlende Netzwerke eine zentrale Herausforderung bei der Gründung dar. Für Gründerinnen und Gründer, die im Ausland studiert haben, liegt der Wert sogar bei 57 Prozent. Hier zeigt sich, wie wichtig Initiativen und Programme zur gezielten Vernetzung ambitionierter Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund sind – gerade mit Blick auf die Attraktivität Deutschlands als Startup-Standort.

Jeder dritte Migrant Founder erster Generation hat im Zuge der Gründung rassistische Erfahrungen gemacht. Auffällig ist dabei der mit 51 Prozent deutlich höhere Anteil bei denen, die im Ausland studiert haben und damit meist später nach Deutschland gekommen sind. Im Fokus stehen dabei Behörden und Ämter, aber auch im Kontakt mit Banken und Investorinnen und Investoren gibt es Probleme. Hier heißt es für die relevanten Institutionen, Vorurteilen entgegenzuwirken und so den Standort Deutschland insgesamt zu stärken. Das gilt aber auch für das Startup-Ökosystem selbst.

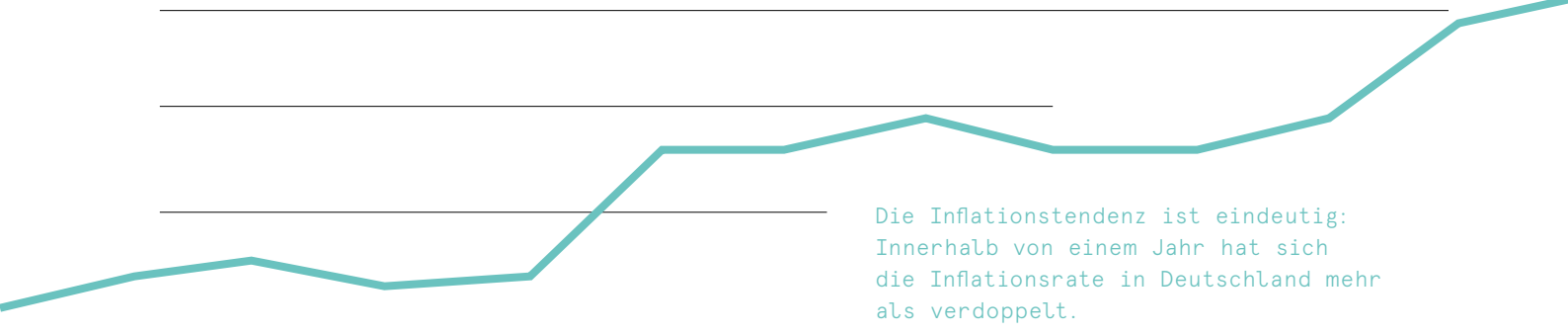
75% der ersten Generation von Migrant Founders planen eine Internationalisierung.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: „Menschen mit Migrationshintergrund haben nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland. Zahlreiche Studien zeigen, dass es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Diversität und Innovation gibt. Die Startup-Kultur in Deutschland kann noch bunter werden, wie der Migrant Founders Monitor 2022 zeigt. Wer erfolgreich eine Firma gründen will, braucht nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Offenheit als Voraussetzung für Erfolg.“ ■

Publikation:
„Migrant Founders Monitor 2022:
Gründerinnen und Gründer
mit Migrationshintergrund“.



INFLATION UND KNAPPHEIT – IST DER STANDORT DEUTSCHLAND IN GEFAHR?



Die Inflationstendenz ist eindeutig: Innerhalb von einem Jahr hat sich die Inflationsrate in Deutschland mehr als verdoppelt.

Viermal so hoch wie angesetzt – die Inflationsrate betrug in Deutschland im Jahr 2022 im Jahresdurchschnitt knapp 8 Prozent. Ein in der jüngeren Vergangenheit ungekanntes Phänomen – hatte sich die Europäische Zentralbank (EZB) doch in erster Linie der Preisstabilität verschrieben. Angesichts des Zielkurses der EZB von etwa 2 Prozent kontrollierter jährlicher Inflation steht fest: Soll- und Istzustand passen kaum zueinander. Woran aber liegt das? Keine einfache Frage! Zweifelsfrei hat die lockere Geldpolitik der vergangenen Jahre ihren Anteil an der Entwicklung getragen. Die Hauptursache der jüngsten Preisentwicklungen liegt aber in der Angebotsverknappung essenzieller Güter auf den internationalen Märkten.

Ein wichtiger Preistreiber ist und bleibt die undurchsichtige Situation auf den Energiemärkten – denn auch hier hat Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine die Welt auf den Kopf gestellt. Was aber hat das mit der Inflationsrate zu tun? Zum einen stellen sich direkte Preiseffekte für die Haushalte ein. Denn neben Heiz- und Mobilitätskosten sind auch die Preise auf den Strommärkten deutlich gestiegen. Um die Haushalte angesichts dieser grimmen Situation nicht alleine zu lassen, wurden auf europäischer, aber auch nationaler und föderaler Ebene Hilfspakete beschlossen. In der Folge blieben die größten Auswirkungen für Privatpersonen aus – allerdings wurden die öffentlichen Kassen dadurch stark strapaziert. Insbesondere aus liberaler Perspektive müssen staatliche Interventionen gut durchdacht und gerechtfertigt sein. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich dieser komplexen Fragestellung gestellt und die Maßnahmen und ihre Auswirkungen in diversen Artikeln und Veranstaltungen thematisiert und diskutiert.

Aber auch der Wirtschaftsstandort Deutschland wurde durch die Preisverwerfungen und die unübersichtliche Versorgungslage an den Energiemärkten schwer belastet. Und während sowohl in den Medien als auch in der öffentlichen Diskussion

oft sehr positiv über Verbrauchsrückgänge der knappen fossilen Energieträger berichtet wurde, wurde auf die Folgen dieser Einsparungen deutlich weniger eingegangen. Denn der Minderverbrauch ließ sich in vielen Fällen nur durch Werksstilllegungen oder Produktionsrückgänge erzielen. Somit wurden wirtschaftliche Tätigkeiten pausiert und die Position des Wirtschaftsstandortes Deutschland nachhaltig geschwächt. Diese Entwicklungen schlugen sich auch in den Geschäftserwartungen vieler deutscher Unternehmerinnen und Unternehmer nieder. Auch hier verfolgte die Stiftung die Entwicklungen und informierte mit Blogbeiträgen, Publikationen und Veranstaltungen über energiepolitische Auswirkungen auf das deutsche Wirtschaftsgefüge.

Neben energiepolitischen Verwerfungen durch den Krieg in der Ukraine hat auch das Wiederaufleben der internationalen Wertschöpfungsketten einen Nachfrageschock verursacht – und somit die Preise für Produzierende und Konsumierende in Deutschland deutlich gesteigert. Nach knapp zwei Jahren coronabedingter Schockstarre erwachten Unternehmen in aller Welt wieder. Und mit ihnen kehrte auch die Nachfrage nach Vorprodukten, Handelswaren und Rohstoffen zurück. Diesen neuen Bedingungen konnten die Anbietenden kaum gerecht werden – und so blieb das Angebot hinter dem internationalen Bedarf zurück, was die Preise in aller Welt steigen ließ. Auch die handelspolitischen Entwicklungen wurden stiftungsseitig intensiv verfolgt und in Artikeln und Veranstaltungen thematisiert.

Fest steht: Nur eine neue Angebotspolitik kann die durch Knappheit und Unsicherheit entstandenen inflationären Tendenzen beheben. An den Energiemärkten macht sich das auch schon bemerkbar. Die in Rekordzeit fertiggestellten deutschen Flüssiggasterminals sind die besten Beispiele. Sie ermöglichen einen gesicherten und unabhängigen Zugang zu den internationalen Gasmärkten und können so das eingebrochene Angebot ausbauen. ■

DIGITALE

TRANSFORMATION

UND

KOMMUNIKATIVE

SOUVERÄNITÄT

- DESINFORMATION UND RUSSISCHE MEDIEN
- DEN ÜBERWACHUNGSSTAAT VERHINDERN
- DIGITALE WÄHRUNGEN



Teresa Widlok
Leiterin Team Recht und
Revision, Justiziarin



Ann Cathrin Riedel
Geschäftsführerin von NExT e.V.

DIGITALPOLITIK UND DIE DIGITALE TRANSFORMATION

Durch den Krieg gegen die Ukraine sind einige Themen der Digitalisierung deutlich präsenter in der öffentlichen Debatte. Hier seien nur drei genannt: Desinformationen, Cyberangriffe und die Bereitstellung von Infrastruktur, um Zugang zum globalen, offenen Internet zu erhalten. Doch nicht nur der Krieg prägt die Diskussion um die Digitalpolitik. Das Treffen der G7-Digitalministerinnen und -minister unter der deutschen G7-Präsidentschaft etwa musste sich auch anderen Herausforderungen stellen, die die G7-Staaten bei der Digitalisierung gemeinschaftlich zu bewältigen haben.

Die Bedeutung von Cybersicherheit und Cyberresilienz ist nicht zu unterschätzen und sollte in ein deutlich größeres Bild verpackt werden. Bei der nationalen und internationalen Stärkung der Cybersicherheit und -resilienz geht es auch um den Schutz der Demokratien. Im Fokus stehen schließlich Infrastrukturen als Grundlage für staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie sind elementar für eine wertebasierte Digitalisierung, die in Deutschland und der Europäischen Union richtigerweise vorangebracht werden. Doch dabei darf es nicht nur um die nationale oder europäische Ebene gehen. Vielmehr müssen wir in Anbetracht des Systemwettbewerbs und des Einflusses autoritärer Regime wie Russland und China im globalen Süden Angebote schaffen, um strategisch stärker mit diesen Ländern zusammenzuarbeiten. Auch, um dem „digitalen Autoritarismus“ etwas entgegenzuhalten.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat daher ein Policy Paper veröffentlicht, das herausarbeitet, wie sich Deutschland und Europa besser und fokussierter beim Cyber-Kapazitätsaufbau in Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas engagieren können. Cyber-Kapazitätsaufbau ist die Entwicklung von technischen, politischen, strategischen, rechtlichen und soziokulturellen Maßnahmen zur Stärkung von Cyberfähigkeiten. Nur so kann den Risiken aus dem Cyberraum begegnet und die Resilienz des öffentlichen und privaten Sektors erhöht

werden. All das ist Grundlage dafür, um mit einer sicheren Digitalisierung die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile nutzen zu können. Der Einfluss Chinas im Digitalbereich stand in mehreren Policy Papern im Fokus. So wurde Chinas Macht bei der Entwicklung von technischen Standards analysiert. Aber auch der besondere Einfluss Chinas im Digital- und Technologiebereich in Simbabwe, in Sambia sowie in den Anden-Ländern wurde untersucht. Ein Gutachten hat den in der Europäischen Union verabschiedeten Digital Service Act eingeordnet, der Vorgaben für den Umgang mit illegalen und schädlichen Inhalten auf Plattformen macht.

Die Bundesregierung hat sich mit ihrer im Sommer 2022 verabschiedeten Digitalstrategie einen digitalen Aufbruch vorgenommen. Drei Punkte sind nach Einschätzung der Themenverantwortlichen für Digitalpolitik besonders zu unterstreichen:

Als eines von drei Hebelprojekte sollen einheitliche Normen und Standards gefördert werden. Auch gilt es, sich international bei der Standardisierung zu engagieren. „Wer den Standard beherrscht, beherrscht den Markt“, sagte schon Werner von Siemens. Deutschland und Europa müssen dieses Vorhaben nicht nur aus wirtschaftspolitischer Perspektive vorantreiben, sondern auch zur Sicherung liberaler Werte.

Der Krieg gegen die Ukraine und auch die Pandemie haben gezeigt, wie schmerzhaft Abhängigkeiten sind. Sei es bei Energie oder bei Lieferketten wie denen von Chips. Deutschland muss die digitale und technologische Souveränität anstreben, sie als Moonshot-Projekt begreifen und europäisch angehen.

Die Bedeutung der zu entwickelnden Strategie für eine internationale Digitalpolitik sollte nicht unterschätzt werden. Deutschland spielt in internationalen Gremien zur Internet-Governance eine wichtige Rolle. Zwei Bereiche verdienen dabei einen besonderen Fokus: Erstens die Handelspolitik im Verbund mit Datenschutz und Nachhaltigkeit (Stichwort: free flow of data with trust). Zweitens die Entwicklungszusammenarbeit bei digitalen Infrastrukturen sowie bei Menschenrechten und Demokratie. ■

DESINFORMATION UND RUSSISCHE MEDIEN

Mit der Digitalisierung ist die Verbreitung von Desinformationen zu einem globalen Problem geworden.

Informationen waren schon immer eine Waffe, mit der in kriegerischen und politischen Auseinandersetzungen der Gegner in die Irre geführt werden sollte. Die bewusst falsche Information zur Täuschung wird als Desinformation bezeichnet. Diese wird einzelnen Personen, Medienunternehmen oder Staaten vorgeworfen. Oft zitierte Beispiele sind der ehemalige amerikanische Präsident Trump und der Sender Fox News. Aber auch Staaten wie China, der Iran und Russland werden längst mit Desinformationen in Verbindung gebracht.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beschäftigt sich seit nunmehr vier Jahren explizit mit Desinformationen und ihren Auswirkungen auf die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit. Im Jahr 2022 standen besonders der Einfluss russischer Medien und ihre Desinformationen im Fokus – insbesondere im Krieg gegen die Ukraine. Die Stiftung konnte aufgrund ihres Netzwerks eine kurzfristige Reihe an hochkarätigen Hintergrundgesprächen organisieren, die die verschiedensten Themen zu Desinformationen zu Beginn des Krieges beleuchteten: EU-Sanktionen gegen Desinformationen, der Umgang von Social-Media-Plattformen mit Desinformationen oder Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf die globale Internetfreiheit.

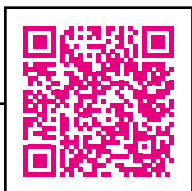
Langjährige Partner der Stiftung, die investigativen Journalisten und Geheimdienstexperten Andrei Soldatov und Irina Borogan, haben für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine umfassende Analyse verfasst, die die Bedeutung der Videoplattform YouTube für unabhängige Medien in Russland ausführlich darstellt. Der Titel der Analyse lautet: „Russland – YouTube und globale Plattformen“. Die beiden zeigen darin, wie das Internet seit Ende der 2010er Jahre das Fernsehen als beliebtestes Medienformat verdrängt hat und wie YouTube politisch wurde. Bekannte Bloggerinnen und Blogger fingen an, politische Inhalte zu produzieren. Oppositionelle wurden zu populären YouTubern, Mainstream-Journalistinnen und -Journalisten wanderten zu der Video-Plattform über. Verursacht wurde das auch durch den Covid-19-Lockdown, als die Nachfrage nach russischsprachigen Inhalten auf YouTube in die Höhe schnellte. Der Kreml, so zeigen Soldatov und Borogan, sei seit Anfang der 2000er Jahre fest davon überzeugt, dass das Fernsehen kein Massenmedium, sondern eine mächtige Waffe sei und daher staatlich kontrolliert werden sollte.

Diese komplexen Faktoren diskutierte die stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, gemeinsam mit Sabine Frank von YouTube Deutschland, Christian Mihr von Reporter ohne Grenzen und Dr. Susanne Spahn, die für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit russische Medien und deren Einflussnahme in verschiedenen Studien analysiert hat.

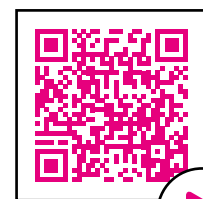
Auszug aus dem Interview mit Dr. Susanne Spahn am 23.06.2022 auf [freiheit.org](https://www.freiheit.org)

Sie schreiben in Ihrer Studie „Russische Medien in Deutschland“ darüber, wie Russland durch seine Informationspolitik die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland als ein offizielles außenpolitisches Ziel verfolgt – beispielsweise durch Desinformation. Welche Motive und Aktivitäten verfolgen die russischen Akteure und welchem Zweck dient dies ausgerechnet in Deutschland?

Spahn: Die russischen Medien in Deutschland sind eine Waffe im von Russland geführten Informationskrieg. Das belegen Äußerungen führender russischer Medienvertreter. Die Theorien des Informationskrieges wurden von russischen Militärs entwickelt. In der Tat ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland ein offizielles Ziel der Außenpolitik, das in der außenpolitischen Konzeption von 2016 klar benannt wird. Allerdings wird hier nicht von Des-



Publikation:
Russland – YouTube und
globale Plattformen.



FNF Dialog – Sanktionen
gegen Desinformation!?





Publikation: **Russische Medien in Deutschland: Die Bundestagswahlen 2021 – zwischen Einflussnahme und Desinformation.**

information gesprochen, sondern von einer „objektiven Wahrnehmung“ Russlands in der Welt. Tatsächlich handelt es sich hier aber um Desinformation, denn die russischen Staatsmedien berichten tendenziös und arbeiten mit Falschdarstellungen, wie ich an zahlreichen Beispielen in der Studie zeige. Die Berichterstattung verfolgt das Ziel, Gegner der russischen Staatsführung zu schwächen und Fürsprecher medial zu unterstützen. Ganz oben auf der Liste der perzipierten Feinde rangieren Kanzlerin Merkel und die Bundesregierung. Auf der anderen Seite wird vor allem über Politikerinnen und Politiker der Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und Die Linke positiv berichtet. Die russischen Medien wollen polarisieren, die vermeintlichen Gegner werden dementsprechend mit Attributen wie „kalte Krieger“ und Falschdarstellungen diffamiert und diskreditiert. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die Führung um Präsident Wladimir Putin in einem fortgesetzten Kalten Krieg mit dem Westen sieht. Die russischen Medien sind dabei allerdings nur ein Element der hybriden Kriegsführung, weitere sind Cyber-Attacken und Wahlbeeinflussung. Damit will Russland gezielt Einfluss auf die Politik Deutschlands nehmen.

Warum ist dieses Thema, besonders in den letzten Monaten, relevant geworden? Wie verbreitet sind die russischen Medien in Deutschland eigentlich und wie schätzen Sie die weiteren Entwicklungen ein?

Spahn: Die russischen Staatsmedien verschärfen Konflikte und wollen die Gesellschaft spalten. Dies wurde besonders virulent während der Corona-Krise, die wegen der Flut an Desinformation auch „Infodemie“ genannt wird. Aber das Coronavirus ist nur eine Krise, die genutzt wird, um die Gesellschaft zu polarisieren. Erst war es die Flüchtlingskrise,

dann die EU und der Brexit und jetzt die Pandemie. Die Aussagen der russischen Staatsmedien sind zu diesen Krisen immer gleich: Es wird suggeriert, dass die deutsche Regierung und die EU die Krise nicht bewältigen können. Gleichzeitig wird regelmäßig ein Schreckensszenario entworfen: Der Kollaps des Systems stehe kurz bevor. Als Gegenpol dazu werden die russische Führung und insbesondere Präsident Putin als erfolgreiche Krisenmanager dem angeblichen Versagen im Westen als positive Beispiele gegenübergestellt. Diese für die russische Führung vorteilhafte Sichtweise wird in Deutschland als unabhängige Alternative zum Mainstream präsentiert. Die russischen Staatsmedien sind in Deutschland mit dem Auslandsfernsehen RT, der Videoagentur Ruptly, der Nachrichtenplattform Sputniknews sowie den Social-Media-Firmen Redfish und Maffick Media präsent. Besonders RT Deutsch und die Social-Media-Kanäle haben sich erfolgreich entwickelt und teils etablierte deutsche Online-Medien bei den Nutzerzahlen übertroffen. Die russischen Staatsmedien sind sehr aktiv und kreativ, wenn es darum geht, neue Formate zu schaffen, um verschiedene Kreise der Gesellschaft zu erreichen.

Wie ist die deutsche Politik mit der russischen medialen Präsenz hier bisher umgegangen? Ist sich die deutsche Öffentlichkeit über die Motive und Aktivitäten der russischen Medien ausreichend bewusst? Wie sollte sich Deutschland in Zukunft positionieren?

Spahn: Leider sind sich viele Bürgerinnen und Bürger des Problems nicht bewusst oder der Ansicht, dass die russische Desinformation für Deutschland kein Problem sei. Die Tatsache eines von Russland organisierten Informationskrieges scheint vielen zu absurd, um wahr zu sein. Deshalb möchte ich die

Leserinnen und Leser einladen, sich anhand der in dieser Studie vorgestellten Fakten und Beispiele von der Realität zu überzeugen. Die Bundesregierung spricht das Problem der hybriden Kriegsführung kaum öffentlich an, obwohl der Bundestag 2015 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Opfer von Cyberabgriffen des russischen Geheimdienstes GRU wurde – davon sind zumindest die deutschen Sicherheitsbehörden überzeugt. Leider gab es einige Bundesminister, die in der Vergangenheit RT Deutsch vor Wahlen Exklusiv-Interviews gegeben und den Sender damit als journalistisches Medium legitimiert haben. Wünschenswert wäre eine klare Positionierung in dieser Frage. So bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron RT und Sputnik als Agenten der Einflussnahme. Ebenso wäre es sinnvoll, eine landesweite Medienanstalt zu schaffen, wie die britische Ofcom, die Kommunikationsdienste beaufsichtigt. In Großbritannien wurde RT bereits wegen Verletzung journalistischer Standards zu einer Strafe in Höhe von 200.000 Britischen Pfund verurteilt. Die russischen Staatsmedien sollten verpflichtet werden, bereits auf der Startseite kenntlich zu machen: Diese Inhalte werden von der Regierung Russlands finanziert. Diese Transparenz ist notwendig, denn RT und Co. präsentieren sich als alternative und unabhängige Medien. Damit werden Nutzer in die Irre geführt. Es ist nämlich nicht sofort zu erkennen, dass die russischen Medien Waffen im Informationskrieg sind. ■

DR. SUSANNE SPAHN

Ist freie Osteuropa-Historikerin, Politologin und freie Journalistin in Berlin. Sie verfasst wissenschaftliche Analysen und Studien für Zeitschriften und Politische Stiftungen. Seit Jahren arbeitet sie über den Einfluss russischer Medien in Deutschland.

DEN ÜBERWACHUNGS-STAAT VERHINDERN



Das Jahr 2022 hat auf europäischer Ebene den Bedarf zum Schutz der Bürgerrechte im digitalen Raum besonders deutlich gemacht. Die EU-Kommission legte einen Verordnungsentwurf vor, der hauptsächlich dem Kampf gegen Kindesmissbrauchsinhalte im Netz dienen sollte. In Deutschland hat der Entwurf unter dem Namen „Chatkontrolle“ jedoch für Entsetzen gesorgt. Er beinhaltet weitreichende Überwachungspflichten für verschiedene Anbieter im Digitalen. Allein die sogenannte Chatkontrolle würde bedeuten, dass die Vertraulichkeit der Kommunikation und letztlich das digitale Briefgeheimnis nicht mehr gewährleistet werden könnten. Potenziell sollen alle Kommunikationsinhalte von Privaten, zum Beispiel über Messenger, durchleuchtet werden können.

Auch der Digital Services Act wurde im Jahr 2022 auf EU-Ebene verabschiedet. Mit dem Digital Services Act setzt die EU den Standard für die Regulierung von Plattformen im Netz. Gleichzeitig wird mit der Verordnung das umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland de facto abgeschafft. Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen von Online-Plattformen künftig besser geachtet werden. Ein Rechtsgutachten im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat analysiert, ob es dem Digital Services Act gelingt, einen einheitlichen

europäischen Regulierungsrahmen zu setzen, mit dem Freiheit und Sicherheit im Netz gleichermaßen gesichert und Desinformation wirksam verhindert werden können.

Eine weitere Studie, die im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein sogenanntes „Überwachungsbarometer“ vorstellte, warnt Deutschland vor Überwachung im Übermaß. Das Freiburger Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht entwickelte dazu ein theoretisch und empirisch unterlegtes Konzept, mit dem sich eine Überwachungs-Gesamtrechnung operationalisieren lässt. Das entwickelte Modell soll die reale Überwachungslast der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, und damit ihre Freiheitsbelastung, erfassen. Das Modell basiert auf einer Kombination der aktuell existierenden Rechtsgrundlagen für Zugriffe durch Sicherheitsbehörden und den realen Zugriffszahlen.

Belastbare Informationen zu der Gesamtheit tatsächlich durchgeführter Überwachungsmaßnahmen sowie zu deren Eingriffsintensität waren und sind bislang nicht oder nur lückenhaft verfügbar. Auch das Modell eines Überwachungsbarometers beschränkt sich zunächst auf eine Auswahl besonders eingriffsrelevanter Überwachungssachverhalte, zu denen ausreichend auswertbare Zahlen vorliegen. Ziel war es, reale Schwerpunkte der Überwachung auf Grundlage der aktuellen Sicherheitsgesetzgebung und der Nutzung der damit verbundenen Eingriffsbefugnisse aufzuzeigen. So könnte auch die Debatte um neue Befugnisse für Sicherheitsbehörden versachlicht werden.

Das Gutachten liefert darüber hinaus Impulse für die neue Bundesregierung. Diese hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, die bestehenden Sicherheitsgesetze und ihre Auswirkungen auf Freiheit und Demokratie zu evaluieren. Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, kommentierte die Ergebnisse der Studie: „Das Überwachungsbarometer liefert eine Blaupause für eine mögliche Umsetzung der Überwachungsgesamtrechnung. Die in der Studie ausgewerteten Daten zu Überwachungsmaßnahmen zeigen teils unglaubliche Auswüchse von Überwachung. Die Menschen sind in Bayern nicht viermal sicherer als anderswo in Deutschland, werden aber viermal so häufig überwacht.“ ■



Publikation:
„Überwachungs-
barometer für
Deutschland:
Ein Modellkonzept“.



Publikation: „Mehr Freiheit und
Sicherheit im Netz:
Gutachten zum Entwurf des
Digital Services Act“.

DIGITALE WÄHRUNGEN

Eine Achterbahnfahrt für Bitcoin & Co: Das Kryptokrisenjahr und die Arbeit der Stiftung zu digitalen Währungen



Für viele Kryptowährungen ging es diesem Jahr abwärts. Verglichen mit dem Allzeithoch von 3 Billionen Dollar Marktkapitalisierung gegen Ende 2021 war der gesamte Markt für Kryptos ein Jahr später weniger als ein Drittel wert. So hat das Krisenjahr 2022 nicht nur in der Realwirtschaft und an den Finanzmärkten Spuren hinterlassen, sondern auch in der Welt der Kryptowerte und digitalen Währungen. Allein Bitcoin hat rund 75 Prozent seines Wertes in den vergangenen zwölf Monaten verloren.

Verantwortlich für den Kurssturz sind die hohe Inflation und die gestiegenen Zinsen. Sie lenken Kapitalströme in andere Richtungen, schaffen aber vor allem Probleme bei verschiedenen Kryptoprojekten. Bereits im Mai hat der Absturz von Terra für einen Wertverlust von Kryptowerten gesorgt. Die vermeintliche Stablecoin war als Kryptowährung gedacht, die mithilfe eines komplexen Algorithmus Stabilität in den notorisch volatilen Kryptomarkt bringen sollte. Letztendlich ist Terra an mangelnder Deckung durch liquide Währungen gescheitert und vernichtete Anlegervermögen in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar. Darauf folgte der Bankrott der Kryptoplattform Celsius mit 12 Milliarden US-Dollar an verwalteten Vermögenswerten. Noch gravierender könnte sich die Insolvenz der Kryptobörse FTX auswirken. Die Financial Times schreibt in Anspielung auf die globale Finanzkrise bereits vom Kryptos-Lehmann-Moment. Deutschsprachige Zeitungen vergleichen den Fall FTX mit dem Sturz von Wirecard.

Während private Kryptoprojekte an Wert verlieren, werden digitales Zentralbankgeld und Kryptoregulierung mit mehr Ernsthaftigkeit angegangen. Über 100 Zentralbanken auf der ganzen Welt arbeiten derzeit an der Entwicklung von digitalem Zentralbankgeld. Die Europäische Union hat mit der MiCa-Verordnung einen umfassenden Regulierungsrahmen für Kryptowährung beschlossen und könnte so, wie bereits mit der Datenschutzgrundverordnung, globale Standards setzen. Die Biden-Administration hat im März 2022 eine Executive Order erlassen, mit der sie die gesamte amerikanische Exekutive anweist, Chancen und Risiken dieser neuen Währungsform zu evaluieren und Regulierungen zu entwickeln.

Am Rande der Jahrestagung vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank haben G20-Vertreterinnen und -Vertreter über mögliche Regulierungen diskutiert. Gefragt waren Regulierungen, die verhindern, dass dezentrale Finanzprodukte die globale Finanzstabilität gefährden oder Kryptowährungen für illegale Zwecke missbraucht werden. Die Diskussion orientierte sich dabei an neun Vorschlägen des internationalen Finanzstabilitätsrats (FSB). Im Kern geht es um eine effektivere Koordinierung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden – sowie einheitliche regulatorische Rahmenwerke für die G20.

Weltweit finden Regierungen unterschiedliche Wege im Umgang mit digitalen Währungen. Das sind gute Zeichen für die digitale Währungswelt. Privat-

investoren und innovative Projekte profitieren von belastbaren Rahmenbedingungen. Die Marktberreinigung infolge der Krise sorgt dafür, dass unrentable Akteure vom Markt verschwinden. Gute Regulierung macht die Märkte besser. Viele Akteure aus der Kryptobranche rufen nach einer stärkeren Regulierung, die einerseits Angebote mit kriminellen Absichten vom Markt ausschließt und andererseits Verlässlichkeit für Anleger, Investoren und Anbieter schafft. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat dieses Krisenjahr mit einer Vielzahl an Veröffentlichungen und drei Veranstaltungsreihen begleitet.

In „Krypto weltweit“ ging es um die Entwicklung von Kryptowährungen auf den Philippinen, in El Salvador, Venezuela, Nigeria sowie Europa und Nordamerika. Die Rolle von digitalen Währungen wurde im Umfeld des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine besonders diskutiert. In der Reihe „Die Zukunft digitaler Währungen und Zahlungssysteme“ standen die Policy Paper „Vier Wellen digitaler Währungen und die Zukunft des Geldes“ sowie „Der Aufstieg des e-RMB: Innenpolitische Kontrolle, Globaler Einfluss“ im Vordergrund.

In Online-Diskussionen haben Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über die unterschiedlichsten Aspekte diskutiert. Auch hier stand eine Veranstaltung ganz im Zeichen aktueller Entwicklung, als der Stiftungsvorsitzende und Professor für Internationale Wirtschaft, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, über den Krypto-Crash Mitte des Jahres diskutierte.

In „Die Digitalisierung des Geldes“, ausgerichtet vom Länderbüro Baden-Württemberg, wurden die Policy Paper „Krypto-Regeln: Welche Regulierung brauchen digitale Währungen?“ und „Dark Krypto: Nutzung von Kryptowährungen für illegale Zwecke“ in drei Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

Der zwischenzeitliche Kurssturz von Bitcoin und Co. war in jedem Fall nicht das Ende der digitalen Währungen. Die Marktkapitalisierung ging Anfang Januar 2023 bereits wieder leicht nach oben. Es bedarf eines belastbaren Rechtsrahmens und gut gemachtes digitales Zentralbankgeld, um dafür zu sorgen, dass dieses neue Währungszeitalter möglichst vielen Menschen Zugang zu stabilem Geld und einem dynamischen Finanzsystem ermöglicht. ■

BILDUNG

UND

GERECHTE

CHANCEN

- BILDUNG IN ZEITEN DER KRISE

- BEGABTENFÖRDERUNG

- EMPOWERMENT-PROGRAMM

- POLITIKTRAINING



Dr. Maren Jasper-Winter
Mitglied des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

DIE ZUKUNFT IST UNS NOCH ALLES SCHULDIG

In diesem Jahr jährt sich nicht nur der 175. Jahrestag der liberalen Revolution von 1848, sondern auch der 175. Geburtstag von Helene Lange. Die liberale Bildungspolitikerin und Frauenrechtlerin führte einst die ersten Berliner Schülerinnen zum Abitur. „Die Zukunft ist uns noch alles schuldig“ war ihr Lebensmotto, das auch heute noch daran erinnert, dass Bildung und gerechte Chancen keine Selbstverständlichkeit sind.

Besonders deutlich wird dies beim Rückblick auf das Jahr 2022, das gleich in mehrfacher Hinsicht die Brüchigkeit des freiheitlichen Fortschritts verdeutlicht. In Afghanistan hat die Rückkehr der Taliban dazu geführt, dass Mädchen und Frauen systematisch vom Zugang zur Bildung ausgeschlossen werden. Für über 100.000 Studentinnen und Millionen Schülerinnen wird die nahe Zukunft nun fast alles schuldig bleiben. Bildung ist der Schlüssel zu einer freien Persönlichkeitsentfaltung. Dies wissen freilich die Taliban ebenso wie die Mullahs im Iran. Nichts fürchten sie mehr, als dass freie und gut gebildete Frauen ihr patriarchalisches Weltbild und damit auch ihre unmenschlichen Gesellschaftsvorstellungen erschüttern.

Auch Wladimir Putin ist sich des emanzipativen und freiheitlichen Charakters der Bildung bewusst. Seit Beginn des russischen Großangriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 werden auch Schulen und Universitäten erbarmungslos angegriffen. Wie das ukrainische Bildungsministerium vermeldet, sind mittlerweile 3.051 Einrichtungen beschädigt und 420 vollständig zerstört worden. 7 Millionen ukrainische Schülerinnen und Schüler sind hiervon betroffen und wurden zu Hunderttausenden auch an deutschen Schulen aufgenommen. Auch ihnen ist die Zukunft noch vieles schuldig – eine Schuldigkeit, die auch Deutschland in die Pflicht nimmt, die Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung bestmöglich zu unterstützen.

Dass die Feinde der offenen Gesellschaft das Klassenzimmer zum Kriegsschauplatz machen, ist leider kein Wunder. Das Bildungssystem entscheidet darüber, ob junge Menschen zu starken und freien Persönlichkeiten herangebildet werden, und bestimmt damit den Charakter der Gesellschaft. Auch liberale

Demokratien sind daher aufgefordert, ihr eigenes Bildungssystem stets kritisch zu reflektieren. Die „Entrepreneurship Education“ ist beispielsweise ein wichtiges Mittel, um den Gründungsgeist und unternehmerisches Denken bereits in jungen Jahren zu verankern. Wie die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger im Rahmen der Gründerinnenkonferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im November 2022 deutlich gemacht hat, wird vor allem das Potenzial von Frauen noch kaum genutzt. Auch hier gilt die Devise: Die Zukunft ist uns vielleicht nicht mehr alles, aber doch noch vieles schuldig.

Liberale glauben daran, dass nachfolgende Generationen einmal freier, wohlhabender und gesünder leben werden. Dieses Zukunftsversprechen steht und fällt mit dem Zugang zu Bildung. Berufliche und akademische Bildung stehen dabei gleichwertig nebeneinander – auch ein Elfenbeinturm muss schließlich bezahlt, gebaut und an moderne Infrastruktur angeschlossen werden. Überhaupt ist es Zeit, dass verschiedene Dimensionen der Bildung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für eine erfolgreiche Zukunft braucht es beste MINT-Bildung, um technologisch führend zu bleiben und, wo dies zurzeit nicht mehr der Fall ist, es wieder zu werden. Es braucht aber auch kulturelle Kompetenzen, um beispielsweise mit Desinformation umzugehen, die über neue Technologien verbreitet wird.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat im vergangenen Jahr versucht ihren Teil dazu beizutragen, dass das Zukunfts- und Aufstiegsversprechen eingehalten werden kann. Das vom MMB-Institut für das Liberale Institut erstellte Gutachten „Digitalisierung in Schulen“ analysiert, wie Schulen, Politik und Verwaltung effektiver zusammenarbeiten können. Die Studie zur „Klima- und Umweltproblematik in Politik- und Wirtschaftsschulbüchern“ des Instituts für Ökonomische Bildung Oldenburg zeigt dagegen, dass gerade wirtschaftliche und finanzielle Bildung wichtige Instrumente sind, um den schwierigen Herausforderungen der Zukunft mit Optimismus und Fachkenntnis begegnen zu können. „Du musst glauben, du musst wagen“ steht auf dem Grabstein von Helene Lange auf dem Berliner Friedhof Heerstraße. Dieses Motto gilt für Liberale auch und gerade jetzt und in Zukunft. ■

BILDUNG IN ZEITEN DER KRISE

Erst die Pandemie, dann der Ukraine-Krieg: Die Bildungssysteme stehen vor großen Herausforderungen wie Digitalisierung oder Umgang mit Desinformation. Dass Bildung auch ein Licht im Dunkeln sein kann, beweist die Walter-Scheel-Preisträgerin Halyna Tytysh mit ihren Online-Kursen in der Ukraine. Umgang

mit Desinformation war Thema der Young European Journalists M100. Wie die Transformation zur Digitalisierung in Schulen gelingen kann, zeigt eine Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Walter-Scheel-Preis an Bildungsaktivistin Halyna Tytysh, verliehen gemeinsam mit der Walter-Scheel-Stiftung Berlin, 29.10.2022

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine wurde auch das dortige Bildungssystem und das Recht auf freie Bildung angegriffen. In den besetzten Gebieten versucht der Kreml, ukrainische Kinder zu indoktrinieren und ihre nationale Identität auszulöschen – wenn die Kinder nicht gleich nach Russland verschleppt werden. Der Verlust an Bildung ist daher weit mehr als nur ein Kollateralschaden im russischen Angriffskrieg: Die Zerstörung des ukrainischen Bildungssystems ist ein integraler Bestandteil von Putins Plan, die Nachbarländer zu unterjochen und zu „russifizieren“. Nicht nur die Verteidigung der Ukraine mit militärischen Mitteln, sondern auch der (digitalgestützte) Weiterbetrieb der nationalen Bildung ist daher ein wichtiges Mittel, um dem russischen Imperialismus entgegenzutreten.

Bildung kann auch ein Licht im Dunkeln sein. Dies beweist Halyna Tytysh, die für ihr Bildungsengagement im Zeichen des russischen Angriffskrieges den Walter-Scheel-Preis 2022 erhielt. Mit ihrer Or-

ganisation Smart Osvita arbeitet Halyna Tytysh seit Jahren an einer Bildungsreform in der Ukraine und bildet Lehrkräfte sowie Schulleiterinnen und Schulleiter aus. Als Russland die Ukraine überfiel und hunderttausende Familien mit ihren Kindern die Flucht ergriffen, stellte Tytysh über Nacht ein Online-Angebot für Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 15 Jahren her. Es ermöglichte geflohenen, aber auch in den okkupierten Gebieten gebliebenen Kindern und Jugendlichen weitere Unterrichtsmöglichkeiten.

„Bei der Bildung geht es immer um die Zukunft. Es geht um die Qualität der Generation, die wir heranziehen. Es geht um die Werte, mit denen diese Kinder ins Erwachsenenalter hineinwachsen und mit denen sie den Wiederaufbau der Nation fortsetzen werden“, so Tytysh.

Einer der Gründe für den schnellen Wechsel auf digitalen Unterricht in der Ukraine liegt auf der Hand: Der Bildungsbetrieb in der Ukraine konnte auf eine reiche Erfahrung aus der Corona-Pandemie zurückgreifen. Bereits auf dem Höhepunkt der Pandemie beschloss das ukrainische Bildungsministerium, mindestens 30 Prozent des Unterrichts online stattfinden zu lassen. Die Art des Unterrichts musste an die harte Realität angepasst werden: Wie geht man mit traumatisierten Kindern um, die Angst haben und Schreckliches miterleben mussten? Wie schafft man es, ein Klassenklima

„Bei der Bildung geht es immer um die Zukunft. Es geht um die Qualität der Generation, die wir heranziehen.“

Halyna Tytysh, Gründerin der Organisation Smart Osvita und ehemalige Chefredakteurin der Website Ukrainiska Pravda.Zhyttia.

in einem virtuellen Klassenzimmer herzustellen, wo Kinder aus sicheren und Kinder aus beschossenen Gebieten zugeschaltet sind? Wie geht man mit dem Versuch Russlands um, die ukrainische Kultur zu vernichten, die ja bekanntlich mit der Bildung steht und fällt?

„Kinder sind durch den Krieg besonders gestresst und ihr Bildungsprozess wird gestört“, so Tytysh. „Wir beschlossen, diese Online-Treffen und Online-Unterrichtsstunden für Kinder anzubieten, um sie von der Realität abzulenken und ihnen die Möglichkeit zu geben, etwas Neues zu lernen. Anfangs sind freiwillige Lehrer aus der Ukraine gekommen, aber die Initiative hat sich herumgesprochen, und schon bald meldeten sich Lehrer aus Kanada, den USA, Japan, Spanien und Großbritannien, um zu helfen“, berichtete Tytysh.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger betonte in ihrer Laudatio den Stellenwert, den dieses Bildungsangebot für jedes einzelne Kind und jeden einzelnen Jugendlichen in der Ukraine besitzt. ■



Halyna Tytysh (rechts) erhält für ihr Bildungsengagement im Zeichen des russischen Angriffskrieges den Walter-Scheel-Preis 2022.

M100: Young European Journalists und der Umgang mit Desinformation Berlin/Potsdam, 10.-15.09.2022

Gerade während der Pandemie und in den letzten Monaten hat der Angriff Russlands auf die Ukraine gezeigt, wie wichtig es ist, Desinformationen zu erkennen und zu bekämpfen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine war lange im Voraus durch gezielte Falschinformationen vorbereitet worden. Desinformationen übernehmen eine einflussreiche Rolle: Parallel zum militärischen Krieg mit all seinem Leid und Schrecken wird ein erbitterter Informationskrieg geführt, ein Krieg um Bilder, Emotionen, Deutungshoheit und Wahrheit.

„Wir müssen mit NGOs, Universitäten, Faktencheckern, wissenschaftlichen Fakten und Journalisten zusammenarbeiten. Journalisten kontrollieren funktionierende Demokratien.“ Mit diesen Sätzen von Christiane Hoffmann, der stellvertretenden Sprecherin der deutschen Bundesregierung, endete der von M100 organisierte und von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit geförderte Workshop für junge europäische Journalistinnen und Journalisten.

Jedes Jahr werden Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten zwischen 20 und 30 Jahren aus Europa und den Ländern der östlichen Partnerschaft nach einem Bewerbungsverfahren für die Teilnahme

an dem Workshop ausgewählt. Diesmal waren von Georgien bis Frankreich, von der Ukraine bis Armenien aus 21 Ländern 21 junge Journalistinnen und Journalisten zur Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nach Berlin gekommen. Der Workshop stand unter dem Motto „Journalistische Unparteilichkeit in Zeiten des Krieges – der Umgang mit Fake News und Desinformation.“

In diesem fünftägigen M100 Young European Journalists (YEJ) Workshop hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Input von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen zu erhalten und das Gelernte intensiv zu bearbeiten. Den Teilnehmenden wurde vermittelt, wie man Fake News und Deepfakes erkennt, welche Tools dafür existieren und wie professionelle Faktencheckerinnen und -checker sowie Plattformen wie Facebook mit der wachsenden Flut von Desinformationen umgehen. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf den Umgang in Kriegszeiten gelegt, aber auch auf die Frage, welche Rolle traditionelle und welche Rolle soziale Medien spielen. Gezielt wurde analysiert, wie die deutsche Regierung mit Desinformation umgeht. Eine aktive Beteiligung der Workshop-Teilnehmenden war gefragt.

Highlight eines jeden M100YEJ ist die Teilnahme am M100 Sanssouci Colloquium am 15. September, bei dem die

jungen Journalistinnen und Journalisten mit den Konferenzteilnehmenden direkt in Kontakt treten können. Sie hatten die Gelegenheit, ihr Projekt vorzustellen, an dem sie während des Workshops gearbeitet hatten. Die Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten betonten die Narrative der Desinformation und die eigene psychische Gesundheit. Sie ermutigten im Plenum, dem neuen Instagram-Konto „Journomind“ zu folgen, um ihre Kampagne zu unterstützen.

Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Medien und Wissenschaft aus ganz Europa diskutierten mit den Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten über die Perspektiven eines freien und demokratischen Europas und die Rolle der Medien in der neuen Weltordnung. Sie konzentrierten sich auf drei Schwerpunkte: europäische digitale strategische Autonomie, die Rolle Europas in einer neuen Weltordnung, Informationskriegsführung und Journalismus in Kriegszeiten. Hauptthemen der Diskussion waren die Schwierigkeiten Europas, die Einheit zu erreichen und zu bewahren sowie die mangelnde Führungsrolle Deutschlands, insbesondere während des Krieges in der Ukraine. Weitere Hauptthemen waren das Versagen der traditionellen Medien, die Medienpolitik, die finanzielle Unabhängigkeit und die Notwendigkeit von Medienkompetenz in der Bevölkerung. ■

Studie: Digitalisierung in Schulen in Deutschland

Dass sich die deutsche Schulverwaltung mit der Digitalisierung schwertut, hat die Corona-Pandemie nochmals deutlich ans Licht gebracht. Es fehlt unter anderem an einer Netzinfrastruktur, an einer geeigneten Geräteausstattung, an IT-Unterstützung und fachkundigem Lehrpersonal. Spätestens seit dem DigitalPakt von Bund und Ländern lässt sich dies nicht mehr durch fehlende finanzielle Mittel erklären. Vielmehr erweisen sich vor allem die langwierigen, strategisch unverbundenen und im Alltag schlecht abgestimmten sowie einander gegenseitig blockierenden organisatorischen Prozesse der Schulbürokratie als Hemmnis auf dem Weg zur digitalen Transfor-

mation der Schulen. So hat es das mmb Institut – Gesellschaft für Medien- und Kompetenzforschung mbH in einer Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aufgedeckt. Um diese Prozesse abbilden, Blockaden identifizieren und Verbesserungsvorschläge unterbreiten zu können, hat das Institut Fachleute aus der Schul- und Verwaltungspraxis herangezogen sowie Best-Practice-Beispiele zusammengetragen. Die Schulen brauchen mehr budgetäre Autonomie, um in der Digitalisierung voranzukommen. Die Studie zeigt, dass vor allem die starren, langwierigen, strategisch unverbundenen und im Alltag schlecht abgestimmten organisatorischen Prozesse der Schulbürokratie die digitale Transformation der Schulen in Deutschland bremsen. ■

Lesen Sie hier
die Studie.



BEGABTENFÖRDERUNG

Highlights und Projekte unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten 2022

Für die Freiheit. Begabung. Leidenschaft. Mut. Diese Worte überschreiben das Leitbild der Begabtenförderung. Unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten haben diese Fähigkeiten auch in diesem Jahr wieder unter Beweis gestellt.

Für die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten war der Beginn des Krieges in Europa ein unerwartetes und einschneidendes Erlebnis. Besonders hart traf es natürlich die ukrainischen Geförderten sowie die zahlreichen Alumni, die teils wieder in der Ukraine lebten. Die Sorge um Leib und Leben der Familien prägt seit dem 24. Februar ihr Leben.

Die große Bereitschaft, sich an zahlreichen lokalen Hilfsaktionen zu beteiligen, zeichnete 2022 die gesamte Stipendiatenschaft aus. Die persönlichen Aktionen reichten von der Organisation von Geld-, Kleidungs- oder Materialspenden über die Suche nach gebrauchstüchtigen medizinischen Geräten und Medikamenten bis zur Aufnahme und Unterstützung von geflüchteten ukrainischen Frauen und Kindern. Der Student Dritan zum Beispiel nahm einen unbegleiteten ukrainischen 16-Jährigen auf und teilte mit ihm mehrere Wochen sein kleines Wohnzimmer. Stipendiatinnen und Stipendiaten, auch russischsprachige, halfen an deutschen Bahnhöfen und boten Geflüchteten ihre Sprachkenntnisse an, gaben erste Orientierung und spendeten Trost.

Auch unabhängig von persönlichem Engagement stand das Thema Krieg in Europa im Mittelpunkt stipendiatischer Veranstaltungen. So beschäftigte sich zum Beispiel der Arbeitskreis Internationales mit dem Krieg aus dem Blickwinkel der deutschen Außenpolitik und ging Fragen nach dem innergesellschaftlichen Zusammenhalt nach.

Aber auch die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, mit Krieg, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen sind

an anderen Stellen ein lebendiger Teil der ideellen Förderung. Im Frühjahr 2022 reisten Geförderte der Stiftung gemeinsam mit französischen und niederländischen Studierenden zur Gedenkstätte Auschwitz nach Oswiecim in Polen. Vor Ort setzten sie sich mit dem Thema auseinander und diskutierten gemeinsam über die Vergangenheit und die Zukunft Europas.

Zahlreiche Stipendiatinnen und Stipendiaten beteiligen sich aktiv in werkeübergreifenden Initiativen wie zum Beispiel „Nie wieder!?! Gemeinsam gegen Antisemitismus & für eine plurale Gesellschaft“ oder „Participate“. Unsere Stipendiatin Lina Eisenberg gehörte mit ihrem Essay „70 Jahre Luxemburger Abkommen – was bleibt?“ zu den Gewinnerinnen und Gewinnern des diesjährigen Essay-Wettbewerbs „Weiter Verantwortung tragen – Verantwortung weitertragen“, der vom Bundesministerium für Finanzen und dem Ernst Ludwig Ehrlich

Studienwerk (ELES) ausgelobt wurde. Promotionsstipendiatin Helene Wirth gewann mit ihrem Gedicht „The Flower of Press Freedom“ einen der ersten Plätze des Wettbewerbs „Poems of Liberty: Human Rights Edition '22“.

Die große thematische Vielfalt des Angebots der ideellen Förderung zeigte sich 2022 auch an den Akademien. Neben der Studienreise nach Oswiecim führte die diesjährige Auslandsakademie Stipendiatinnen und Stipendiaten in den Libanon. In Beirut beschäftigten sie sich intensiv mit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation des Landes. Die Inlandsakademie „KunstWerk und KunstWert“ lud zur Auseinandersetzung mit dem Kunst- und Kulturbetrieb in Deutschland ein und auf der gemeinsamen Sommerakademie der Werke im August 2022 in Heidelberg setzten sich Interessierte mit dem Thema „Nachhaltige Digitalisierung, digitale Nachhaltigkeit“ auseinander.





Sommerakademie Gruppe 2022

Im Juni 2022 beendeten die Teilnehmenden des ersten Jahrgangs der Liberalen Medienakademie ihr Ausbildungsprogramm. Bis dahin hatten sie in vier Präsenzmodulen und zahlreichen Online-Seminaren Einblicke in die journalistische Arbeit erhalten. Neben Schreibwerkstätten, Rechercheworkshops und Interviewtrainings produzierten die Teilnehmenden einen Sonderteil für das Magazin „freiraum“, den sie inhaltlich verantworteten. Die Abschlussreise führte die Teilnehmenden nach Brüssel, um sich mit Expertinnen und Experten zu ihrer Arbeit in der Stadt sowie zur Arbeit des Europäischen Parlaments auszutauschen. Besondere Themen waren dabei Medien- und Pressefreiheit, Desinformation und EU-Informationspolitik. Im Herbst 2022 starteten Stipendiatinnen und Stipendiaten sowohl mit dem 1. Jahrgang der Profi-Klasse sowie mit dem 2. Jahrgang der Rookie-Klasse in der Liberalen Medienakademie.

Unter dem Motto „Europa und die Freiheit“ präsentierte das Stiftungsensemble Musica Libera am Berliner Gendarmenmarkt im Juli 2022 eine musikalische Reise durch das freiheitsliebende Europa. Mit ausgewählten Werken europäischer Komponisten, darunter eine Serenade des Ukrainers Walentyn Sylvestrow, setzte das Musikensemble ein Zeichen für Frieden, Freiheit und Solidarität in bewegenden Zeiten.

Im September kam der Konvent der Stipendiatinnen und Stipendiaten an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach zusammen. Neben den wichtigen Wahlen für die stipendiatische Vertretung und der Inlands- und Auslandsakademie 2023 gaben die Sprecherinnen



Sprecherinnen und Sprecher der Stipendiatenschaft 2022/2023

und Sprecher auch bekannt, wer die Leuchttürme gewonnen hatte. Den Preis für außerordentliches gesellschaftliches Engagement erhielt Fabian Eiden für seinen Podcast „Snack von gestern“. Der stipendiatische Leuchtturm ging an Konstantin Peveling, der sich als Sprecher intensiv für das Thema „Mental Health“ in der Stipendiatenschaft eingesetzt hatte. Der Leuchtturm für Alumni ging an Clemens Schneider, Direktor des Freiheitsinstituts „Prometheus“.

In diesem Jahr berief der Vorstand der Stiftung einen neuen Auswahlausschuss, der in den Jahren 2023 bis 2026 die zukünftigen Stipendiatinnen und Stipendiaten auswählen wird. In dem neuen Ausschuss werden 159 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zweimal im Jahr zu den Auswahltagungen zusammenkommen.

Neu in die Förderung aufgenommene Stipendiatinnen und Stipendiaten lernen auf den Einführungstagungen die Stiftung und ihr Netzwerk kennen. 2022 konnten 368 Personen in die Förderung aufgenommen werden. Auf Einführungstagungen wurden sie in Potsdam, Augsburg und Bergisch Gladbach willkommen geheißen.

Seit 2022 werden Talente, die aus der Förderung ausscheiden, auf den „Graduation & Networking Treffen“ verabschiedet. Diese Veranstaltungen finden in Kooperation mit dem Verein der Stipendiaten und Altstipendiaten e. V. (VSA) sowie einem Länderbüro der Stiftung statt. In diesem Jahr fanden „Graduation & Networking Treffen“ in Heidelberg, Hamburg und Köln statt. ■

Das Stiftungsensemble Musica Libera auf dem Konzert „Freiheit und Europa“ im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.



EMPOWERMENT-PROGRAMM

EMPOWERMENT
#FEMALEFORWARD

Gemeinsam Politik gestalten.

Beim Engagement für mehr Vielfalt in Politik und Verbänden stand die Erweiterung der Empowerment-Aktivitäten im Fokus. Kern bleibt das Empowerment-Programm für politisch engagierte Frauen mit modernen Online- und Präsenzformaten. Daneben wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit künftig Veranstaltungsformate exklusiv für ehemalige Programm-Teilnehmerinnen anbieten. Diese dienen dem Erhalt und dem weiteren Ausbau des politischen Netzwerks. Dazu gehören bundesweite und regionale Treffen auf

Parteitagen, Konferenzen an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach sowie WebTalks mit inspirierenden Referentinnen und Referenten. Mit besonderen Formaten für haupt- und ehrenamtliche Funktionsträgerinnen und Funktionsträger will die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Bewusstsein schärfen für den Nutzen von Vielfalt und unterschiedlichen sozialen Rollenbildern. Letztlich sollen daraus auch vielfältiger besetzte Listen und Führungspositionen resultieren. ■



Anna-Lena Narewski

„Der größte Gewinn ist das entstandene Netzwerk von engagierten Frauen, auf das ich jetzt schon und auch in Zukunft gerne zurückgreife. Da in den einzelnen Verbänden der Anteil von Frauen sehr gering ist, war es schön, gleichgesinnte Frauen zu treffen, mit denen man sich austauschen kann. In dem breit aufgestellten Schulungsprogramm wurde nicht nur eine politische Wissensbasis vermittelt, vielmehr wurde auch die persönliche Weiterentwicklung gefördert. Erfreulich war auch, dass viele Abgeordnete aus Land und Bund sich Zeit genommen und dabei nicht nur über den politischen Alltag referiert haben, sondern uns auch an ganz persönlichen Erfahrungen teilhaben lassen.“



Zoé von Finck

„Freiheit, Frauen, Anpacken: Der Podcast ‚Ich bin so frei‘ stellt Frauen vor, die die Zukunft gestalten und Dinge voranbringen – mit Herz und aus Überzeugung. Was treibt sie an und wofür brennen sie? Im Mittelpunkt der Gespräche steht der Wert der Freiheit als Motor für Innovation, Ideen und Selbstverwirklichung.“



Luise Vogler

„Das Empowerment-Programm war das absolute Highlight in 2022. Für mich war am wichtigsten, zu lernen, wie man im politischen Umfeld cooler wird und dort kräftesparend mit Emotionen umgeht. Ein resilientes und geduldiges Mindset finde ich super entscheidend, wenn es darum geht, sich mit seinen Themen und Anliegen Gehör zu verschaffen und durchzusetzen. Aber noch viel dankbarer bin ich für die tolle Gruppe, die ich in diesem Jahr kennenlernen durfte und mit der man sich austauschen kann und ein Netzwerk aufgebaut hat. Danke Mädels!“

Erfahren Sie
mehr über
das Empowerment-
programm.



POLITIKTRAINING

Mehr bewegen. Mehr erreichen.

Wie gelingt der Einstieg in die Politik? Wie kann man politische Ideen erfolgreich umsetzen? Was muss man beim Aufbau einer Bürgerinitiative beachten? Auf Basis der sich ändernden Bedarfe und Ansprüche politisch engagierter Menschen erweitert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sukzessive die Themen, zu denen sie Trainings anbietet. Ziel ist es, Standard-Trainingsangebote zu entwickeln, die auch vor Ort für die Teilnehmenden umgesetzt werden können. Die Teilnehmenden lernen von erfahrenen Politiktrainerinnen und -trainern sowie Praktikerinnen und Praktikern, wie sie ihre Ideen politisch umsetzen. Oder wie sie ihre Botschaften auf den Punkt bringen und die Öffentlichkeit erreichen. Politik soll Spaß machen – und zum Erfolg führen.

Dazu baut die Stiftung ihren Trainerpool kontinuierlich weiter aus und erweitert ihn um erfahrene Praktikerinnen und Praktiker aus dem politischen Umfeld. Vorhandene Trainingsangebote werden stärker aufeinander abgestimmt, um perspektivisch aufeinander aufbauende Lernpfade anzubieten.

Um auch politisch Engagierte mit Wissen zu versorgen, die lieber zeit- und ortsunabhängig lernen, baut die Stiftung ein modernes Onlinekurs-Portfolio auf. Hochwertige Onlinekurse mit erfahrenen Politiktrainerinnen und -trainern (zum Beispiel Christoph Dammerrmann, Katrin Grothe oder Thilo Baum) vermitteln Grundwissen für die politische Arbeit und ermöglichen es, im eigenen Tempo zu lernen. Die Themen lauten zum Beispiel: „Von der Idee zur Kampagne – Einstieg ins politische Kampagnenmanagement“, „Kommunale Krisenvorsorge“ oder „Klartext in der politischen Kommunikation“.

Die Onlinekurse geben anhand von Lernvideos Impulse zu verschiedenen Themen des Politikhandwerks. Durch Handouts werden sie mit Mehrwert

und spannenden Literatur- und Podcast-Empfehlungen vertieft. Damit die Teilnehmenden das Gelernte auch im Politikalltag anwenden können, stellen wir mit begleitenden Aufgaben pro Lerneinheit und einem abschließenden Quiz den Praxistransfer sicher. Die Onlinekurse verbinden somit Online- und Offline-Lernen zu einer interessanten Lernreise für die Teilnehmenden und ihre politische Arbeit vor Ort.

Die Webseite Politiktraining.de soll erste Anlaufstelle für Menschen werden, die Kompetenzen für politisches Arbeiten im liberalen Umfeld aufbauen möchten. Hier bündelt die Stiftung ihr Angebot für politisch Aktive und liberal Engagierte. Die Seite stellt übersichtlich alle Themengebiete dar, zu denen die Stiftung Trainings anbietet. Egal, ob jemand bereits politisch aktiv ist, eine Karriere im politischen Umfeld anstrebt oder die politische Arbeit besser kennenlernen möchte: Von Einführungskursen bis hin zu spezialisierten Schulungen für bestimmte Themenbereiche bietet die Seite eine breite Palette von Angeboten. Passende Termine können direkt gebucht werden.

Die Trainings werden so gestaltet, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur ihr Wissen erweitern, sondern nachhaltig Handlungskompetenzen aufbauen. Denn Trainingserfolg bemisst sich daran, dass bessere Reden gehalten, der Ortsverband effektiver geführt und eindrucksvollere Kampagnen umgesetzt werden. ■



Erfahren Sie
mehr über
die Politiktrainings.



INNOVATIVE

ENERGIE- UND

KLIMAPOLITIK

SOWIE WELTWEITE

ZUSAMMENARBEIT

- EINE GEFAHR FÜR DIE NACHBARN
- IN LIBERALER MISSION
- AUSWIRKUNGEN DES UKRAINE-KRIEGS AUF DIE ARBEIT DES BÜROS KIEW
- AUSWIRKUNGEN DES UKRAINE-KRIEGS AUF DIE ARBEIT DES BÜROS MOSKAU
- RESHAPE EUROPE - 30 JAHRE EU-BINNENMARKT
- RESHAPE EUROPE - JAHRESKONFERENZ - WELTWEITER DIALOG ZUR ZUKUNFT EUROPAS
- KLIMASCHUTZINNOVATION IN ZEITEN DER KRISE
- KRIEG IN DER UKRAINE - EINE ZÄSUR FÜR DIE DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITIK



Alexander Graf Lambsdorff MdB
Mitglied des Kuratoriums der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

ZEITENWENDE UND TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

Groß war die Erleichterung über den Sieg von Joe Biden bei der Präsidentschaftswahl Ende 2020. Nach vier Jahren der Trump-Administration waren die transatlantischen Beziehungen an einem Tiefpunkt, das Misstrauen zwischen EU und USA groß, Pessimismus machte sich breit. Mit dem Amtsantritt von Präsident Biden Anfang 2021 gab es dann aber doch wieder einen verlässlichen Partner im Weißen Haus. Wie wichtig der Neustart des transatlantischen Bündnisses werden sollte, war vielen vor Beginn des russischen Angriffskrieges unklar. Man mag sich heute gar nicht ausmalen, ob und wie die enge Abstimmung von finanzieller und militärischer Unterstützung an die Ukraine mit einer von Donald Trump geführten Administration funktioniert hätte.

Mit US-Präsident Biden haben EU und Bundesrepublik heute wieder einen Partner, der Europa kennt und versteht. Sein Bekenntnis zur NATO ist klar und verlässlich. Deutschland dagegen muss sich eingestehen, dass wir von unseren Partnern und Verbündeten lange Zeit nicht als verlässlicher Partner wahrgenommen worden sind. Wegschauen und Verharmlosen aggressiver Außen- und repressiver Innenpolitik Russlands, diplomatische Isolierung Deutschlands wegen Nord Stream 2 und Naivität gegenüber den Absichten Wladimir Putins: Politik, Wirtschaft und Medien lagen in ihrer teilweise interessegeleiteten „Analyse“ weit überwiegend daneben. Das gilt ausdrücklich auch für einige wichtige Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion. Mea-culpa-Interviews, tiefgreifende Änderungen der eigenen Politik und das kleinlaute Eingeständnis, dass Deutschland den Alliierten in Mittel- und Osteuropa besser und früher hätte zuhören müssen, prägen seither einen Teil der deutschen Debatte.

Der andere, zukunftsgerichtete Teil der Debatte wird geprägt durch den Begriff der Zeitenwende. Waffenlieferungen an die Ukraine, Stärkung der Bundeswehr, Energieunabhängigkeit von Russland und zusätzliches sicherheitspolitisches Engagement an der Ostflanke der NATO signalisieren jetzt Bündnissolidarität, wo zuvor Phlegma und Teilnahmslosigkeit herrschten. Wo der NATO noch 2019 von Präsident Macron der „Hirntod“ attestiert wurde, sehen wir heute, dass sie notwendiger und lebendiger ist denn je. Russlands Angriffskrieg

hat nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Länder dazu bewogen, ihre sicherheitspolitische Haltung zu überdenken. Die Entscheidung von Finnland und Schweden, dem Verteidigungsbündnis beizutreten, zeigt, dass die Allianz attraktiv ist und sich der dramatisch verschärften Bedrohungslage anpassen kann. Mit Finnland und Schweden wird die NATO zwei Mitglieder bekommen, die die Sicherheit im gesamten euro-atlantischen Raum stärken werden, besonders aber in der auch für Deutschland wichtigen Ostseeregion. Die schnelle Ratifizierung der Beitrittsanträge durch den Deutschen Bundestag war ein starkes Signal an unsere Verbündeten.

Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen wir als transatlantische Partner unterschiedliche Interessen haben. Der Inflation Reduction Act, mit dem die Biden-Administration 350 Milliarden Dollar an staatlichen Hilfen für die US-amerikanische Wirtschaft unter der Bedingung heimischer Produktion bereitstellt, stellt die europäische Wirtschaft vor immense Herausforderungen und ist zudem schädlich für die Entwicklung der USA. Der Eintritt in einen Subventionswettbewerb auf beiden Seiten des Atlantiks würde zu einer erheblichen Fehlallokation öffentlicher Mittel führen, zugleich erhöht sich aus europäischer Sicht das Risiko, dass immer mehr innovative Unternehmen in die USA abwandern. An dieser Stelle zeichnet sich ein noch länger laufender harter wirtschaftspolitischer Konflikt ab, in dem Europa die besseren Argumente auf seiner Seite hat.

Die Bundesrepublik und die USA sind dennoch nicht nur interessegeleitete Verbündete, sondern auch Wertepartner. Das Jahr 2022 hat wie kein anderes gezeigt, dass sich der Systemkonflikt zwischen autoritären Regimen und liberalen Demokratien immer weiter zuspitzt. Deutschland und die Vereinigten Staaten müssen gemeinsam für demokratische Werte eintreten und revisionistischen Kräften wie Russland und China die Stirn bieten.

In diesem Spannungsfeld globaler Herausforderungen bewegt sich die internationale Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland agieren dabei als Botschafter für den Liberalismus, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie und Marktwirtschaft. Sie leisten lebenswichtige Arbeit dabei, Zivilgesellschaft und freie Presse in geschlossenen Gesellschaften zu unterstützen. In einem zunehmend schwierigen Umfeld, das durch „shrinking spaces“ für Akteure der Zivilgesellschaft in autoritär regierten Ländern gekennzeichnet ist, sind die Büros der Stiftung Inseln, die vielen Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Freiheit machen. ■

EINE GEFAHR FÜR DIE NACHBARN

Gewalt ist ein gewöhnlicher Bestandteil des russischen Instrumentenkastens. Alle erleben nur menschliches Leid.



Dieser Text erschien
erstmals in der Liberal 2/2022.

DR. WOLFGANG GERHARDT

war von 1998 bis 2006 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2006 bis 2018 war er Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seit 2018 ist er Ehrenvorsitzender der Stiftung.

Der russische Machthaber Wladimir Putin führt sein Land nicht in die Moderne. Er führt es weder in die Richtung einer Modernisierung der Wirtschaft, einer unabhängigen Rechtsprechung und freier Medien noch zu einem werbetriebenen Beitrag zur internationalen Ordnung. Ein Staat jedoch, der seinen Bürgern die grundlegenden Menschenrechte bestreitet, wird unweigerlich auch für seine Nachbarn gefährlich, wusste der unvergessene Václav Havel, erster Präsident der Tschechischen Republik. Die innere Willkür, sagte er, wachse sich unausweichlich auch zu einer Willkür in den Außenbeziehungen aus. Genau das vollzieht sich vor unser aller Augen schon länger und findet sich nun in diesem Frühjahr in einem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf die Spitze getrieben.

Dieser ist brutal wie jeder Krieg. Er markiert Gewalt als Konfliktlösung. Für Russland ist das ein gewöhnlicher Bestandteil seines politischen Instrumentenkastens. Putin denkt revanchistisch und ignoriert dabei, dass die ehemalige Sowjetunion seinerzeit keineswegs von der NATO besiegt worden ist. Ihre eigene politische Klasse hat den Zusammenbruch der Sowjetunion herbeigeführt. Diese selbstverschuldete Insolvenz ist ein Teil der Geschichte; sie lässt sich

nicht zulasten der Nachbarn rückgängig machen. Und schon gar nicht auf Kosten der Ordnung in Europa.

„Es gibt aber keinen Krieg, in dem der eine gewinnt, was der andere verliert.“

Dr. Wolfgang Gerhardt

Deutschland hat sich, was Russland betrifft, immer wieder einen schlanken Fuß gemacht. Nicht nur in der Politik, sondern auch und insbesondere in der Gesellschaft. Binnen weniger Tage, eigentlich sogar binnen nur weniger Stunden galt es nun aber, nach Kriegsbeginn am 24. Februar, eine Reihe von Tabuzonen zu durchbrechen. Und siehe da, Waffenlieferungen an die Ukraine waren für die Deutschen auf einmal doch möglich; man beschloss gemeinsame Sanktionen, die man vorher für mindestens problematisch hielt; der Verteidigungsetat, dessen Erhöhung noch bis vor kurzer Zeit bei durchaus relevanten politischen Kräften außerhalb jeglicher Betrachtung

stand, wird nun endlich hochgefahren; die Ostsee-Pipeline Nordstream 2 wird sozusagen stillgelegt und Flüssiggas (Liquid Natural Gas, LNG), ehemals als Teufelszeug aus Fracking verschrien, ist auf einmal hoffähig.

Man darf gespannt sein, ob das alles hält, wenn hoffentlich einmal nicht mehr Krieg geführt wird. Denn eine beträchtliche Zahl von verblüfften Gesichtern begleitete die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27. Februar aus den Reihen derer, die schon immer versuchten, anders über die Wirklichkeit zu reden, als sie ist – in der Hoffnung, dass sie sich dann schon ändern werde. Doch Russland bleibt auch am Ende des Krieges ein Nachbar auf einem reichlich großen Grundstück, geführt von einem Kriegsverbrecher, der seine Stärke auf Kosten der Demokratie ausspielt.

Es gibt aber keinen Krieg, in dem der eine gewinnt, was der andere verliert. Alle erleben nur menschliches Leid. Die älteren Herren, die in Putins Sicherheitsrat auf Stühlen ohne Armlehnen stocksteif saßen, begreifen das alles nicht mehr so richtig. Sie sehen aus wie aus der Zeit gefallen, unkalkulierbar und deshalb so armselig und gefährlich zugleich: Sprechpuppen Putins. ■

IN LIBERALER MISSION

Gerhart Baum zählt mit seinem Eintreten für Menschenrechte zu den markantesten Stimmen der deutschen Liberalen. Er ist ein Vorbild für einen ganzheitlichen Liberalismus.

Mit seinem Eintreten für Menschenrechte zählt er zu den markantesten Stimmen der deutschen Liberalen. Seit dem Ausbruch des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist er in den Medien häufig gefragt. So hat er im April dieses Jahres zusammen mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen gegen den russischen Präsidenten Putin eingereicht. In den letzten Jahren ist der gebürtige Dresdener Gerhart Baum zudem als unbestechlicher Beobachter und Kommentator der verfassungspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik und darüber hinaus aufgetreten. In dieser Rolle kamen und kommen ihm, der am 28. Oktober 2022 sein 90. Lebensjahr vollendete, die eigene Erfahrung als „Verfassungsminister“ in schwieriger Zeit zugute.

Herkunft und politische Karriere

Baum flüchtete mit seiner russischstämmigen Mutter unmittelbar nach dem verheerenden Bombenangriff im Februar 1945 aus Dresden nach Bayern. In Köln legte er das Abitur ab und studierte entsprechend der Familientradition Jura – Großvater und Vater waren Rechtsanwälte. 1954 trat er in die FDP ein und engagierte sich zunächst bei den Deutschen Jungdemokraten, deren Bundesvorsitzender er Mitte der 1960er Jahre war und über die er 1967 in den FDP-Bundesvorstand einzog. Er bekämpfte in Nordrhein-Westfalen vor allem die rechtsradikalen Tendenzen in der eigenen Partei. 1972 wurde er in den Bundestag gewählt und kurz darauf von Hans-Dietrich Genscher zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium ernannt. Als dessen Nachfolger Werner Maihofer 1978 das Innenministerium aufgab, wurde Baum sein Nachfolger an der Spitze dieses schwierigen Ressorts. Die größte Herausforderung

lag darin, beim Kampf gegen Radikalismus und den Linksterrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) die Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten zu bewahren.

Dies gelang Baum zweifellos, obwohl oder vielleicht gerade weil er diese Aufgabe aus einer dezidiert linksliberalen Position mit hoher Wertschätzung für rechtsstaatliche Prinzipien anging. Damit wurde er einerseits zur Leitfigur der Sozialliberalen in der FDP, andererseits zum bevorzugten Angriffsziel der CDU/CSU-Opposition. Diese erzwang nach dem Koalitionswechsel von 1982, gegen den sich Baum mit einer eindrucksvollen Rede im Deutschen Bundestag gewandt hatte, seinen Amtsverzicht. Fortan konzentrierte er sich auf seine Rolle als Bundestagsabgeordneter.

Gemeinsam mit Burkhard Hirsch verstand er sich als das rechtsstaatliche Gewissen in Fraktion und Partei und scheute auch vor dem mehrfachen Gang zum Bundesverfassungsgericht nicht zurück. Diesen Weg behielt er auch nach dem Ausscheiden aus dem Parlament Ende 1994 bei. Bis heute mischt er sich in wichtige rechtspolitische Debatten um Datenschutz und innere Sicherheit ein, wo sein Wort nach wie vor Gewicht besitzt.

Baums Menschenrechtsarbeit

Auch Baums Menschenrechtsarbeit im Ausland ist beeindruckend, spätestens seit er von 1992 bis 1998 Leiter der deutschen Delegation bei der UNO-Menschenrechtskommission in Genf war und Deutschland auf der Menschenrechtsweltkonferenz 1993 in Wien vertrat. Von 2001 bis 2003 arbeitete er zudem als UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Sudan. In den letzten Jahren hat er, organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,

unter anderem Reisen nach Russland unternommen, sich dort mit Menschenrechtsorganisationen wie „Memorial“ getroffen und sich für Alexej Nawalny eingesetzt.

Von Baums hohem Ansehen als Rechtsberater und -vertreter profitiert auch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit immer wieder. Ausdruck dieser Verbundenheit ist der zu Baums 90. Geburtstag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger herausgegebene Sammelband mit rund 50 Beiträgen von Zeitgenossen, Weggefährten und Freunden unter dem Titel „In liberaler Mission. Gerhart Baum und die deutsche Demokratie“. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit dankt für seine Unterstützung zur Stärkung der liberalen Bewegung. ■



Symposium zu Bürgerrechten am 10. November 2022: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger übergibt das Buch „In liberaler Mission“ an Gerhart Baum.



AUSWIRKUNGEN DES UKRAINE-KRIEGS AUF DIE ARBEIT DES BÜROS KIEW

Trotz widriger Umstände setzte die Stiftung ihre Arbeit in der Ukraine erfolgreich fort – dank des großartigen Einsatzes ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihrer Partner vor Ort.

Als Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine überfiel, lag die Priorität der Stiftung darin, das ukrainische Team in Sicherheit zu bringen und es in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Trotz dieser Umstände ruhte die Arbeit nur wenige Wochen: Die Leidenschaft und der Tatendrang unserer ukrainischen Kolleginnen und Kollegen und Partner, sich weiterhin und nun erst recht für liberale Werte einzusetzen, waren und sind unermüdlich. In den ersten Monaten der Invasion leistete die Stiftung mit Unterstützung ihrer Partnerorganisationen Nothilfe für Menschen vor Ort. Unsere Kolleginnen und Kollegen ließen warme Mahlzeiten an Flüchtlinge aus Mariupol verteilen und organisierten Lieferungen von Medikamenten und Waren des täglichen Bedarfs an Binnenvertriebene. Nach der Befreiung besetzter Gebiete rund um die Hauptstadt Kyjiw unterstützten wir die Ausräumaktionen unserer Partner mit der benötigten Ausstattung.

Die Stiftung setzte ihre Kernthemen mit liberalen Organisationen weiter um. Der Fokus lag dabei besonders auf Menschenrechten, der Förderung von unabhängigem Journalismus und der Arbeit auf lokaler Ebene. Die kommunalen Selbstverwaltungen spielen eine besonders wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine und bei der Stärkung der Resilienz des Landes im Krieg. Das von der Stiftung initiierte Netzwerk freier lokaler Kommunalpoli-

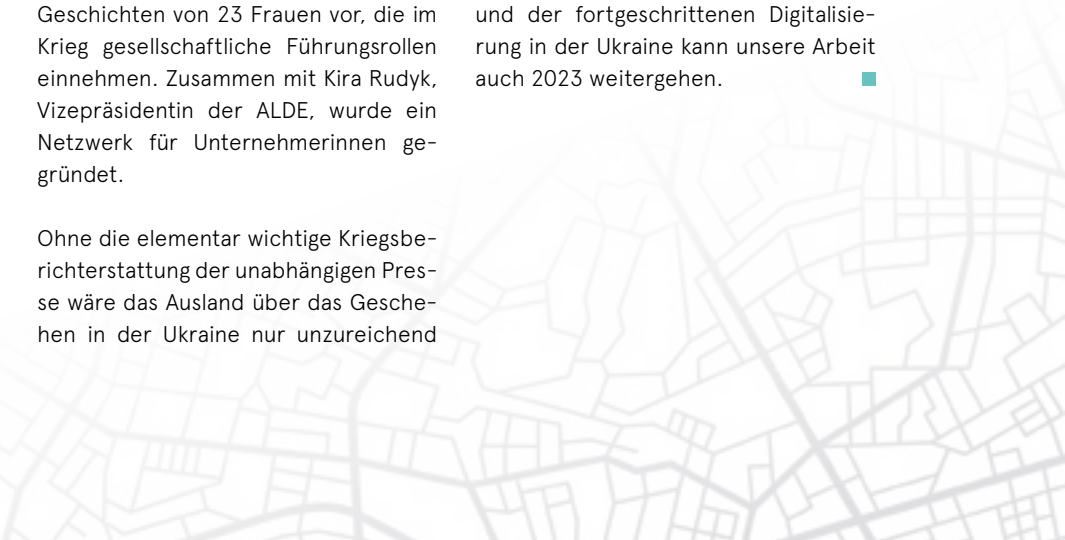
tiker vereinte Kommunalpolitiker aus dem ganzen Land und ermöglichte den Erfahrungsaustausch zur Bewältigung aktueller Herausforderungen, darunter auch die Integration Binnenvertriebener. Unsere Partner vom Krimtatarischen Ressourcenzentrum weiteten ihr Monitoring der Menschenrechtsverletzungen von der besetzten Halbinsel Krim auf die gesamte Ukraine aus – damit diese Verbrechen später verfolgt werden können.

Bildung als ein zentrales Menschenrecht war weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Unsere Partnerorganisation Smart Education unterstützten wir dabei, Online-Unterricht für ukrainische Kinder und Webinare zu psychosozialer Gesundheit zu organisieren. Die Leiterin der Organisation, Halyna Tytysh, wurde 2022 für ihr Engagement mit dem Walter-Scheel-Preis ausgezeichnet. Auch die Rolle der Frauen in der Ukraine wurde im Rahmen der Publikationsreihe „Unbreakable“ hervorgehoben. Sie stellt die persönlichen Geschichten von 23 Frauen vor, die im Krieg gesellschaftliche Führungsrollen einnehmen. Zusammen mit Kira Rudyk, Vizepräsidentin der ALDE, wurde ein Netzwerk für Unternehmerinnen gegründet.

Ohne die elementar wichtige Kriegsberichterstattung der unabhängigen Presse wäre das Ausland über das Geschehen in der Ukraine nur unzureichend

informiert. Unser Team organisierte daher Trainings für Journalistinnen und Journalisten vor Ort, bei denen den Medienschaffenden Standards journalistischer Arbeit sowie Grundlagen für die eigene Sicherheit im Kriegsgebiet vermittelt wurden. Im Rahmen unserer Ausstellung „Memorial“ wird der im Krieg gefallenen Journalistinnen und Journalisten gedacht. Sie wird seit November 2022 in mehreren Städten der Ukraine gezeigt. In Zusammenarbeit mit dem Präsidentenfonds der Ukraine richteten wir ein Informationsportal ein, auf dem Interessierte mehr über die Ukraine, ihre Kultur und Geschichte lernen können.

Insgesamt setzte die Stiftung 2022 140 Maßnahmen in der Ukraine um, darunter 95 Veranstaltungen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unsere Partner bewiesen, dass das Streben nach Freiheit in der Ukraine durch den Krieg nicht ausgelöscht werden kann – es wird nur stärker. Dank der modernen Arbeitsweise der Stiftung und der fortgeschrittenen Digitalisierung in der Ukraine kann unsere Arbeit auch 2023 weitergehen. ■



AUSWIRKUNGEN DES UKRAINE-KRIEGS AUF DIE ARBEIT DES BÜROS MOSKAU

Nach 30 Jahren werden das Moskauer Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ihre Partner ins Exil gezwungen. Sie müssen sich inhaltlich und organisatorisch neu aufstellen.

Das Jahr 2022 war das bislang bitterste Jahr der Stiftungsarbeit in Russland. Nach einer beispiellosen Zunahme der staatlichen Repression mit Mordanschlägen gegen Oppositionelle, der Schließung aller unabhängigen Medien, der faktischen Beseitigung der Meinungsfreiheit, manipulierten Wahlen und einer politischen Justiz waren die russischen liberalen Partner und die Stiftungsarbeit schon seit einigen Jahren einem großen Druck und vermehrten Einschränkungen ausgesetzt. Der Kriegsbeginn am 24. Februar, mit dem Ziel, die Ukraine auszulöschen, löste bei den russischen Partnern der Stiftung Entsetzen, Schock und Scham darüber aus, dass die russische Zivilgesellschaft diesen Krieg nicht hatte verhindern können. Man hatte mit stärkeren Kriegshandlungen seitens Russlands im Donbas gerechnet, aber nicht mit einem vollumfänglichen Überfall und Krieg gegen das gesamte Nachbarland. Einzelne Proteste wurden sofort brutal niedergeschlagen und so zogen sich unsere Partner und Menschen, die nicht mit dem Krieg einverstanden waren zurück oder gingen sofort ins Ausland ins Exil.

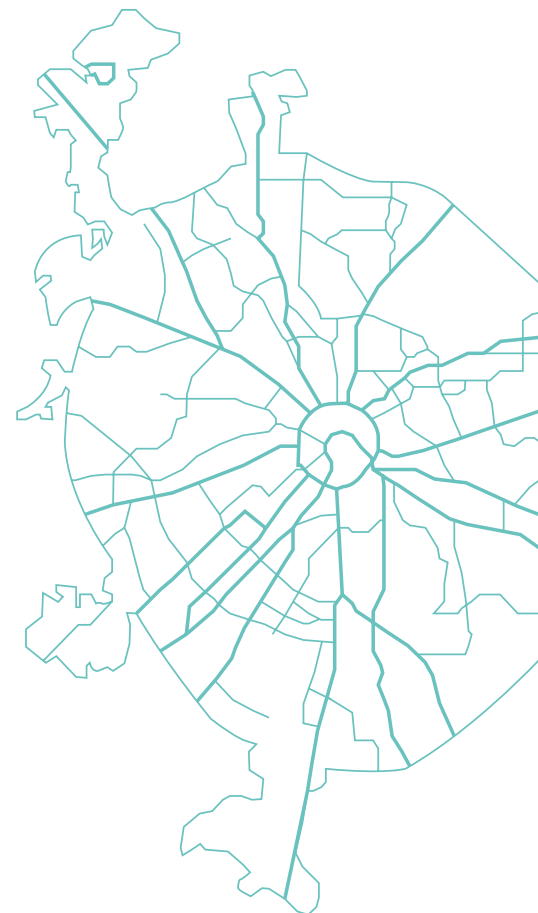
Politik hat aber auch eine menschliche Seite. Auch wir schickten unseren einzigen männlichen Mitarbeiter des Moskauer Stiftungsbüros umgehend nach Georgien, um ihn vor einer Einberufung in die Armee zu schützen. Für unsere lokalen Mitarbeiterinnen und ihre nächsten Angehörigen hatten wir aufgrund der zu-

gespitzten Lage bereits zuvor Schengen-Visa bei der deutschen Botschaft Moskau eingeholt. Mehrere Wochen lang befanden sich die Mitarbeitenden in einer Schwebelage, da sie nicht wussten, wie sie in Kriegszeiten agieren können. Am 8. April entnahmen sie der russischen Presse, dass das russische Justizministerium allen deutschen Politischen Stiftungen die Registrierung in Russland mit sofortiger Wirkung entzieht. Damit verlor das Stiftungsbüro Moskau seine rechtliche Arbeitsgrundlage: Das Büro musste abgewickelt und den lokalen Mitarbeiterinnen, die meist über 20 Jahre für die Stiftung tätig gewesen waren, gekündigt werden. Ein Team, das wie Pech und Schwefel unter sehr schwierigen Bedingungen zusammengehalten und außerordentlich geschätzte liberale Partnerarbeit über Jahrzehnte geleistet hatte, wurde von einem Tag auf den anderen auseinandergerissen.

Einige Mitarbeiterinnen entschieden sich aus familiären Gründen, in Russland zu bleiben. Andere gingen ins Ausland. Die Stiftungsleitung hat sich für Tbilisi/Georgien als Exilstandort entschieden. Das Stiftungsbüro hat ebenso wie seine russischen Partner begonnen, sich unter Exilbedingungen inhaltlich und organisatorisch neu aufzustellen und auszurichten.

Mit ihrer liberalen politischen Bildungs- und Projektarbeit wollen die Mitarbeitenden dazu beitragen, dass sich Russland zukünftig zu einem friedliebenden

und demokratischen Staat und Nachbarn entwickelt. Es wird kein Sprint, sondern ein Marathonlauf, für den ein langer Atem und liberaler Optimismus gebraucht werden. ■



RESHAPE EUROPE

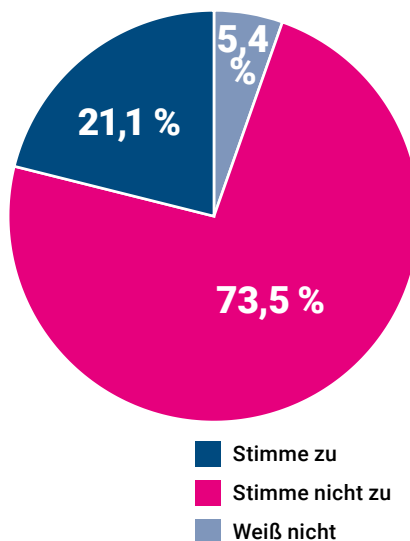
30 JAHRE

EU-BINNENMARKT

Die geopolitischen Spannungen in der Weltwirtschaft nehmen zu. Protektionistische Tendenzen und Populismus verstärken die schwierige Lage. Doch gerade in diesen stürmischen Zeiten bewährt sich der Europäische Binnenmarkt und erweist sich als wertvolle historische Errungenschaft. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von aktuell über 12 Billionen Euro ist der gemeinsame Binnenmarkt der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt. Im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung ist die EU sogar größer als die Volksrepublik China und liegt direkt hinter den Vereinigten Staaten. Für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger bedeutet dieses wirtschaftliche Gewicht mehr ökonomische Stabilität und größeren Einfluss auf das Weltgeschehen. Gerade in Krisenzeiten ist Europa weniger den Schwankungen der Weltkonjunktur unterworfen als einzelne kleine Länder.

Seit dem 1. Januar 1993 ist die Europäische Union (damals noch Europäische Gemeinschaft) ein gemeinsamer Markt ohne Binnengrenzen. Nachdem 1968 bereits die Zölle innerhalb der Gemeinschaft abgeschafft worden waren, gelten seit 1993 im Europäischen Binnenmarkt die sogenannten vier Freiheiten: freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Kapital- und Zahlungsverkehr, freier Dienstleistungsverkehr. Ein stabiler, länderübergreifender Binnenmarkt mit Institutionen jenseits des Nationalstaats schafft Verlässlichkeit und schützt Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen dabei vor von kurzfristigen Stimmungen getriebenem Protektionismus. Darüber hinaus ist dieser Binnenmarkt in der Lage, globale Standards zu setzen und sorgt dafür, dass Europäerinnen und Europäer auch im 21. Jahrhundert die Regeln ihres Zusammenlebens selbst bestimmen können.

„Der Europäische Binnenmarkt ist für mein tägliches Leben sehr wichtig.“



Der EU-Binnenmarkt als Freiheitsprojekt

Der Europäische Binnenmarkt hat den Menschen in Europa spürbar mehr Freiheiten in ihrem Alltag ermöglicht. Und gerade dafür wird der Europäische Binnenmarkt von einer breiten Bevölkerungsmehrheit geschätzt, wie die Ergebnisse einer Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigen. Der EU-Binnenmarkt ist ein Freiheitsprojekt. Er gehört zu den großen Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses. Mit dem Binnenmarkt haben die Mitgliedsstaaten einen Ordnungsrahmen jenseits des Nationalstaates geschaffen, der Verlässlichkeit und in stürmischen Zeiten auch Schutz vor ökonomischen Schocks bietet.

Wettbewerbsordnung stärken

Die Institutionalisierung der vier Binnenmarktfreiheiten verschafft dem Binnenmarkt eine große Resilienz in Krisenzei-

ten. Einerseits wird damit verhindert, dass politische Akteure aus kurzfristigen politischen Motiven Handelsbeschränkungen zulasten anderer Mitglieder erlassen. Andererseits erhöht die Größe des Marktes die Fähigkeit, die Folgen ökonomischer Schocks abzufedern und globale Entwicklungen mit den eigenen Standards zu prägen. Dafür ist eine strikte Durchsetzung seiner Regeln und Grundsätze notwendig. Das gilt zum Beispiel für den Verzicht auf innereuropäische Import- und Exportbeschränkungen in Krisenzeiten, wie sie in der Pandemie angewendet worden sind und Wertschöpfungsketten nachhaltig gestört haben. Das sogenannte „Gold-Plating“, also die Einführung von nicht-tarifären Handelshemmnissen durch nicht vorgeschriebene zusätzliche Regulierungen bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien, schafft zusätzliche bürokratische Belastungen und unterminiert die vier Binnenmarktfreiheiten. Die Kommission sollte dabei mit Vertragsverletzungsverfahren sowohl gegen mangelnde Umsetzung als auch gegen die Überfüllung von Richtlinien vorgehen, um divergierende nationale Rechtsrahmen im Binnenmarkt zu verhindern. Insgesamt müssen bestehende Hürden und Diskriminierungen abgebaut, Verwaltungsvorschriften vereinfacht und bürokratische Anforderungen verringert werden. Die Rückkehr der Industriepolitik und der Versuch, „nationale Champions“ durch staatliche Unterstützung aufzubauen, bergen die Gefahr, die Wettbewerbsregeln zu unterwandern. Dabei braucht Innovation Wettbewerb. Hier muss die Kommission konsequent gegen jegliches Aufweichen der europäischen Wettbewerbsordnung vorgehen. Das gilt auch für die Durchsetzung von Wettbewerbs- und Kartellrecht in digitalen Märkten. Nur so kann der Binnenmarkt sein Potenzial auch in Zukunft entfalten.

Freihandelsagenda für den Binnenmarkt

Nicht nur die Umfrageergebnisse, sondern auch die ökonomischen Daten zeigen, dass der Binnenmarkt aufgrund seiner Marktgröße und Institutionalisierung als sicherer Hafen Schutz bei globalen ökonomischen Schocks bieten kann. Gleichzeitig lebt der Binnenmarkt aber auch von weltweitem Austausch und Außenhandel. Europäische Unternehmen sind eingebunden in globale Wertschöpfungsketten und ziehen ihre Innovationsfähigkeit aus dem Wettbewerb und der Kooperation mit Firmen aus aller Welt. Mit seinem einheitlichen Zoll und gemeinsamen Standards ist der Binnenmarkt zudem ein guter Handelspartner. Statt mit 27 verschiedenen Einzelabkommen können Drittländer mit einem Freihandelsabkommen Zugang zu einem der größten Wirtschaftsräume der Welt erhalten. Gerade geopolitisch unsichere Zeiten sind der richtige Moment, um die Handelsbeziehungen mit verbündeten Staaten zu intensivieren und mit wirtschaftlicher Kooperation neue Verbündete unter liberalen Demokratien zu gewinnen. Die längst überfällige Ratifizierung des europäisch-kanadischen Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) vergangenes Jahr war ein wichtiger Schritt.

Als nächstes muss die Ratifizierung des bereits ausgehandelten EU-Mercosur-Freihandelsvertrages vorangebracht werden. Das Abkommen stärkt nicht nur die Beziehungen und den Austausch mit lateinamerikanischen Staaten, sondern bietet angesichts der großen Gasvorkommen in Argentinien auch Potenzial, um die Abhängigkeit von autokratischen Staaten zu reduzieren. Ähnliches gilt für Seltene Erden und die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Australien. Hinzu kommen die abgeschlossenen Abkommen mit Chile und Neuseeland sowie die Verhandlungen mit Mexiko und der neue Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit Indien. Eine Vertiefung dieser Handelsbeziehungen nützt nicht nur dem Binnenmarkt, sondern stärkt die geopolitische Position der EU. Neben bilateralen Freihandelsabkommen sollten natürlich auch wei-

Klassische Schritte wirtschaftlicher Integration



terhin die Reform der Welthandelsorganisation, die Stärkung der regelbasierten Weltwirtschaftsordnung und globaler Freihandel langfristige Ziele für die EU bleiben. Zunächst geht es aber darum, Standards zu setzen und dafür den Handel mit demokratischen Partnerländern zu intensivieren.

Transatlantischer Handel

Die größte demokratische Freihandelszone der Welt würde mit einem transatlantischen Freihandelsabkommen entstehen, und dieses Ziel sollte die EU auch weiterhin engagiert verfolgen. Nachdem die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, an irrationalen Vorbehalten gescheitert ist und die unter US-Präsident Donald Trump begonnenen Handelskonflikte zwischen der EU und den USA auch unter seinem Nachfolger in anderer Form andauern, kann der transatlantische Trade and Technology Council (TTC) die Grundlagen für eine Vertiefung der Handelsbeziehungen schaffen. Der im Juni 2021 auf dem US-EU-Gipfeltreffen gegründete TTC erfüllt bisher eine doppelte Rolle. Zum einen ist der Rat primär geschaffen worden, um ein gemeinsames transatlantisches Ver-

ständnis und gemeinsame Standards für neue Technologie auf Basis demokratischer Werte zu schaffen und die Kooperation beim Einsatz und der Entwicklung digitaler Technologien zu vertiefen. Gerade im Hinblick auf Standards, die von China und anderen autoritären Staaten geprägt sind, soll der TTC ein demokratisches Gegengewicht schaffen.

Die Stärkung der eigenen Wettbewerbsordnung und die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit demokratischen Partnern werden entscheidend für die Zukunft des Europäischen Binnenmarktes sein, der auch nach 30 Jahren in der Lage ist, den Wohlstand in Europa und darüber hinaus zu sichern. ■



Hier lesen Sie die Publikation
„30 Jahre Europäischer Binnenmarkt“.



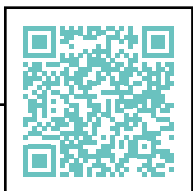
RESHAPE EUROPE

JAHRESKONFERENZ – WELTWEITER DIALOG ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Berlin, 11.10.2022

Die russische Invasion in die Ukraine hat einen entscheidenden Wendepunkt in der Weltpolitik markiert. Neben dem unvorstellbaren menschlichen Leid vor Ort hat der Krieg in der Ukraine auch tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Menschen im übrigen Europa und auf der ganzen Welt: rekordhohe Rohstoffpreise, unterbrochene Lieferketten und drohende Energieknappheit. Abgesehen von den wirtschaftlichen Auswirkungen stellt der russische Einmarsch in die Ukraine die internationale liberale Ordnung insgesamt in Frage. Die Reaktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf den russischen Angriffskrieg wird auch von autoritären Regimen in anderen Teilen der Welt genau beobachtet.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt die EU vor eine Vielzahl von Herausforderungen, die elementare Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen und bestehende Ordnungsstrukturen haben. Durch die Zeitenwende, die durch Putins Krieg mit brachialer Gewalt herbeigeführt wurde, erlebt der alte Eisernen Vorhang eine Renaissance und revitalisiert die geopolitische Blockbildung. Die Enthaltung einiger Staaten bei der Verurteilung des russischen Angriffskrieges im Rahmen der UN akzentuiert diese Entwicklung und macht deutlich, dass die EU an Einfluss und ihr freiheitlich-demokratisches Gesellschaftsmodell an Attraktivität in anderen Weltregionen eingebüßt hat. Im neuen Koordinatensystem der Weltpolitik, das geprägt ist von strategischer Rivalität zwischen autoritären Staaten einerseits und liberalen Demokratien andererseits, sind dies verheerende Signale.



Hier lesen Sie die Publikation „Global Europe – Global Expectations“.

Die Konferenz „Reshape Europe“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 11. Oktober 2022 markierte den Auftakt eines weltweiten Dialoges zur Zukunft Europas. Zusammen mit internationalen Expertinnen und Experten diskutierte die Stiftung die Herausforderungen der neuen Zeit in Bezug auf Wirtschaft, Sicherheit, Energie und die liberalen Werte der Demokratie. Die einst überwunden geglaubten Grenzen im Innern Europas wurden durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erneut gezogen. Die EU muss sich als Union gemeinsamer Werte und Lösungen verstehen und die brisanten Sicherheits- und Verteidigungsfragen, die Fragen zur Energie- und Versorgungssicherheit gemeinschaftlich beantworten.

Auf zwei Panels wurden die Konsequenzen und die Herausforderungen des Krieges in der Ukraine für Europa und die Welt diskutiert. Nicola Beer EP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Timmy Dooley, Senator im 26. Seanad Irland und Co-Vorsitzender der ALDE-Partei, sowie Aleška Simić, Kabinettschefin des EU-Kommissars für Krisenmanagement Janez Lenarčič, tauschten sich auf dem ersten Panel vor allem über die dringende Notwendigkeit aus, Europas Souveränität zu stärken. „Es ist wichtig, dass alle Mitglieder der EU jetzt ihre Hausaufgaben machen. Wir brauchen mehr multilaterale Abkommen, weil sie helfen, Lieferketten zu diversifizieren und in strategischer Hinsicht souveräner zu werden“, so Nicola Beer.

Aleška Simić betonte, dass die EU unbedingt eine starke Einheit bilden müsse. So sei es zwar richtig und wichtig, dass die einzelnen Mitgliedstaaten sich individuell auf eine Energiekrise vorbereiten, dennoch brauche die EU eine einheitliche Lösung hinsichtlich alternativer Energien. Während sich das erste Panel auf Reformen konzentrierte, die notwendig sind,

um die EU von innen heraus zu stärken, schaute das zweite Panel über die Grenzen der EU hinaus und beschäftigte sich mit den Erwartungen, die andere Teile der Welt an die EU stellen.

Vertreter aus Afrika, Taiwan und der Ukraine sowie der Koordinator der Bundesregierung für transatlantische Zusammenarbeit, Michael Link MdB, diskutierten, wie die EU in verschiedenen Weltregionen wahrgenommen wird (insbesondere im Vergleich zu anderen Global Playern wie China und Russland) und wie die EU eine stärkere Partnerin für ihre Verbündeten werden kann.

James Shikwati, Direktor des interregionalen Wirtschaftsnetzwerks IREN aus Kenia, hob hervor, dass vor allem Chinas Einfluss auf dem Kontinent stetig wächst und liberale Demokratien zunehmend herausfordert. Dieser Argumentation schloss sich Jhy-Wey Shieh, Taipei Repräsentanzbüro in der Bundesrepublik Deutschland, an und hob das gegenwärtige Beispiel Taiwan hervor. Taiwan sieht sich seit Langem den Aggressionen Chinas ausgesetzt. Die Reaktion der EU auf den russischen Angriffskrieg werde auch in China genauestens beobachtet und bewertet. Es ist daher von großer Bedeutung, wie die EU als Gemeinschaft auf die Aggressionen gegenüber einem demokratischen Land reagiert. Kira Rudik, Vorsitzende der Golos-Partei aus der Ukraine und Vizepräsidentin der ALDE-Partei, forderte, die eingefrorenen Gelder russischer Oligarchen und Russlands im Ausland zur Unterstützung und zum Wiederaufbau der Ukraine zu nutzen. Sie stieß damit beim Publikum auf große Zustimmung.

Auch die transatlantischen Beziehungen Europas werden durch den Krieg vor neue Herausforderungen gestellt. Zwar hat sich das Verhältnis zum Präsidenten der USA durch die Wahl Joe Bidens ver-



Kira Rudik, Vorsitzende der GoLos-Partei aus der Ukraine und Vizepräsidentin der ALDE-Partei



v. l.: James Shikwati, Direktor des interregionalen Wirtschaftsnetzwerks IREN aus Kenia; Jhy-Wey Shieh, Taipei Repräsentanzbüro in der Bundesrepublik Deutschland; Kira Rudik, Vorsitzende der GoLos-Partei aus der Ukraine und Vizepräsidentin der ALDE-Partei; Michael Link MdB, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt und europapolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag; Moderatorin Jennifer Gaspar

bessert, doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass Europa seine eigene Sicherheit in die Hand nehmen muss. Es sei essenziell, dass Europa innerhalb der NATO-Gemeinschaft geschlossen agiere, so Michael Link MdB, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt und europapolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag.

Eines hat die Konferenz sehr deutlich gemacht: Die EU muss handeln – sowohl innerhalb der eigenen Grenzen als auch auf der globalen Bühne. Vor allem muss Europa mehr Verantwortung bei der Verteidigung und Förderung seiner Werte übernehmen. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte sind

jene Werte, die die EU zu dem einzigartigen Friedensprojekt gemacht haben, das sie heute ist. Dafür gilt es einzustehen – nach innen wie nach außen.

In den weltweiten Veranstaltungen, Publikationen und Aktionen zu „Reshape Europe“, die auch 2023 weitergeführt werden, wurde diskutiert und analysiert, wie die EU in anderen Weltregionen wahrgenommen wird und was Länder von der EU erwarten. Um sich gegen autoritäre Regime durchzusetzen, muss das liberale Modell der demokratischen Gesellschaften der EU in der Welt wieder an Attraktivität gewinnen. Ausgehend von diesen Fragen wurden erste Handlungsempfehlungen in dem stiftungsweiten Policy Paper „Global Europe – Global Expectations“ erstellt. ■



Nicola Beer EP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments



Mehr Informationen zu „Reshape Europe“.



KLIMASCHUTZINNOVATION IN ZEITEN DER KRISE



Publikation:
„Klimaschutzinnovation“.

Selten wurde so viel über die deutsche Energiepolitik diskutiert wie in diesem Multikrisenjahr.

Die deutsche Energiepolitik musste sich in erster Linie mit der offensichtlichen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen befassen. Die Krux lag dabei allerdings nicht allein an den sehr einseitig gestalteten Handelsverhältnissen. Zusätzlich wurden in den vergangenen Jahrzehnten auch Elemente der kritischen Energieinfrastruktur an dubiose Akteure veräußert, wodurch die deutsche Energieversorgung besonders angreifbar wurde. Stiftungsseitig wurden die Entwicklungen in der deutschen Energiepolitik aufmerksam verfolgt und in Publikationen, Texten sowie unterschiedlichen Veranstaltungsformaten erklärt und analysiert.

Der russische Angriffskrieg hat aber auch andere Abhängigkeiten offensichtlicher gemacht: So stammen die in Europa verwendeten Seltenen Erden in erster Linie aus China. Dasselbe gilt auch für eine ganze Bandbreite an anderen kritischen Rohstoffen, ohne die wichtige

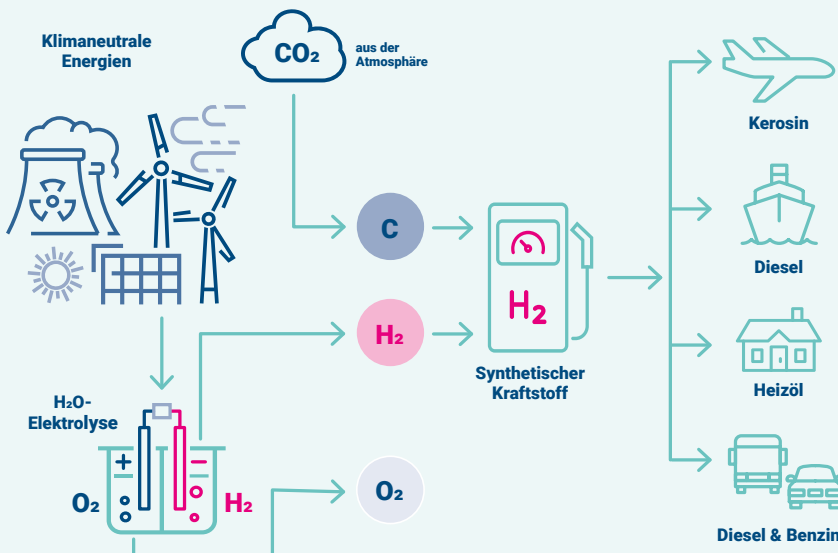
Zukunftstechnologien nicht umgesetzt werden können. Ergo: Ressourcensouveränität wird zu einem zunehmend entscheidenden Standortfaktor. Um dieser Rolle gerecht zu werden, haben sich das Brüsseler Büro und das Liberale Institut in einem gemeinsam beauftragten Gutachten mit unterschiedlichen Strategien zur Steigerung der Ressourcensouveränität auseinandergesetzt. Der Schwerpunkt des Gutachtens lag dabei insbesondere auf den Möglichkeiten, die die Kreislaufwirtschaft zur Reduktion des Ressourcenverbrauches bei gleichzeitiger Schonung des Ökosystems bieten kann. Die Veröffentlichung des Gutachtens wurde mit einer hochkarätigen Veranstaltung begleitet.

Allerdings sind kurzfristige Versorgungs-lücken bei Kraft- und Rohstoffen wohlge-merkt nur ein Problem gewesen, über das man sich im vergangenen Jahr den Kopf zerbrochen hat. Denn trotz der drohenden kurzfristigen Energieknappheit war

auch der Klimaschutz ein wichtiges Thema. Das sahen die sogenannten Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ im vergangenen Jahr auch so – im Namen des Klimaschutzes legten sie zuweilen das öffentliche Leben lahm. Damit trugen sie allerdings wenig Konstruktives zum Klimaschutz bei – viel eher störten sie in der zielorientierten Diskussion zulasten der Klimabewegung.

Dass solche Organisationen dennoch zu diesen Mitteln greifen, statt zielführende Klimaschutzmaßnahmen zu fordern, könnte auch an den Lehrinhalten in deutschen Schulen liegen. Ein Gutachten, das durch das Liberale Institut beauftragt wurde, kommt zu dem Schluss, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule nur wenig zu Themen wie dem Emissionshandel, der Ökosteuer oder anderen Markt- und Anreizlösungen erfahren. Auch die Perspektive von Verbrauchern und Unternehmen wird selten berücksichtigt. Für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist klar: Nur wenn diese Bildungslücke geschlossen wird, sind junge Menschen in der Lage, politische und ökonomische Lösungsvorschläge adäquat zu bewerten.

E-Fuels



Vor allem aber bedarf es innovativer und technologieoffener Ansätze, die Klimaschutz und wirtschaftliche Interessen nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander in Einklang bringen – insbesondere in Zeiten einer Energiekrise. Wie diese Ansätze aussehen könnten, wurde im vergangenen Jahr im Rahmen der Publikation „Klimaschutzinnovation“ des Liberalen Instituts aufgezeigt. ■

Publikation:
„Die Klima- und
Umweltproblematik
in Politik- und
Wirtschaftsschul-
büchern“.



KRIEG IN DER UKRAINE – EINE ZÄSUR FÜR DIE DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITIK

Der Krieg in der Ukraine hat empfindliche Defizite in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgedeckt. Russland gilt jetzt als klare Bedrohung und politisch geht es künftig um einen globalen Ansatz mit Augenmerk auf China.

Bundeskanzler Scholz rief eine Zeitenwende deutscher Sicherheitspolitik aus und kündigte ein 100-Milliarden-Euro-Sonderbudget für die Bundeswehr an. Als Folge trat Dänemark der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bei und Finnland und Schweden beantragten eine NATO-Mitgliedschaft. Waffenlieferungen an die Ukraine wurden erst einzeln, dann europäisch-gemeinschaftlich und mittlerweile über die sogenannte Ramstein-Gruppe koordiniert. Gegen Russland wurden Sanktionen verhängt und eine Neustrukturierung deutscher Energieversorgung vorgenommen, um unabhängiger von russischen Öl- und Gaslieferungen zu werden. Wie sieht eine neue und globale Sicherheitspolitik aus?



Lesen Sie hier unsere Publikation: „Afrika. Unterschätzt im Indopazifik. Wie Europa sich strategisch aufstellen kann: Chancen und Risiken“.

Dieser Frage hat sich der Global Security Hub der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2022 gewidmet. Europäische Verteidigungsexpertinnen und -experten liberaler Parteien nahmen

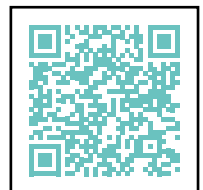
an politischen Studienreisen nach Washington D.C., Istanbul und Brüssel teil. Im thematischen Fokus des Austauschs standen das transatlantische Bündnis, die zukünftige Sicherheitsarchitektur in Europa, die neuen NATO-Beitritte und Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist dem zivil-militärischen Projekt „Common Effort 2022+“, dessen Federführung bei dem 1. Deutsch-Niederländische Corps in Münster liegt, offiziell als Mitglied beigetreten. In der Auftaktveranstaltung im Mai 2022 wurde die Zielsetzung der nächsten drei Jahre festgelegt. Die Resilienz in der Gesellschaft soll gefördert und der zivil-militärische Austausch gestärkt werden. Hybride Bedrohungen werden am Beispiel eines Angriffs auf kritische Infrastruktur erprobt. Hierzu wird extra eine Übung mit Messecharakter im November 2023 im Hamburger Hafen durchgeführt.

Neben der geopolitischen Neuordnung in Europa spielt auch Chinas Machtstreben eine immer größere Rolle in der deutschen Sicherheitspolitik – nicht nur im sogenannten indopazifischen Raum. Mit Unterstützung der Regional- und Projektbüros in Thailand, Indien, Sri Lanka, Indonesien, Taiwan und Südafrika ist es gelungen, Perspektiven auf die geopolitische Entwicklung mittels einer Policy-Paper-Reihe zu erfassen. Der Schwerpunkt lag auf der wachsenden

Einflussnahme Chinas. In Kooperation mit der Universität Kiel, dem Deutschen Maritimen Institut und dem Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien erfolgte eine hochrangige internationale Sicherheitskonferenz zum Indopazifik. Am Veranstaltungsort in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg trafen sich 120 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Militär. Sie waren aus drei Kontinenten ange-reist – aus Europa, den USA und Asien.

Auf dem Warschauer Sicherheitsforum, einer der führenden internationalen Sicherheitskonferenzen in Europa, konnte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einem Side Event das Thema Sicherheit im Indopazifik platzieren und ein besonderes Panel anbieten. Der Stadtrat Jiho Chang von Keelung City vertrat die taiwanische Perspektive. ■

Lesen Sie hier unsere Publikation: „Indo-Pacific Threats, Security and Cooperation“.



MENSCHEN- RECHTE UND INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

- MENSCHENRECHTE IM FOKUS
- FRAUENRECHTE WELTWEIT STÄRKEN!
- EUROPRIDE 2022 IN BELGRAD
- DER INNENHOF DER EUROPÄISCHEN UNION
- GLOBAL HUBS
- AUS DEN REGIONEN
- IM POLITISCHEN DIALOG IN ÜBER 60 LÄNDERN UND GEBIETEN DER ERDE



Anne Brasseur

Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

KATAR: DESASTER FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Erhalten die Menschenrechtsanliegen in Katar im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2022 jetzt nur einmalig Gehör? Schließlich erfuhren die vulnerablen Gruppen, allen voran die männlichen Wanderarbeiter auf Baustellen, erst nach der Wahl von Katar als Gastgeberland überhaupt eine breite Aufmerksamkeit. Doch Menschenrechtsarbeit erfordert einen langen Atem. Nur ein Ansatz ist dafür möglich.

Im „Global Gender Gap Report 2022“ wurde Katar auf Platz 137 von 146 Ländern weltweit eingestuft. Ein deutlicher Verweis auf die Diskriminierung von Frauen im Emirat, die noch immer so ausgeprägt ist, trotz des internationalen Drucks auf Katar. Journalistinnen und Journalisten und unabhängige Medien sowie Minderheiten sind Gewalt und Verfolgung ausgesetzt, sobald sie regierungskritische Meinungen äußern.

Die Verteidigung der Menschenrechte wird jedoch nur dann glaubwürdig sein, wenn die Universalität der Menschenrechte in den Vordergrund gestellt wird. Ein universeller Ansatz fehlt im Kampf der internationalen Akteure in Bezug auf Katar jedoch bisher.

Frauen und LGBTQI-Personen sind die am meisten gefährdeten Gruppen in Katar. Es mutet fast paradox an, dass sich im medialen internationalen Medienhype der Fokus nahezu ausschließlich auf die ausländischen (männlichen) Arbeitnehmer in Katar konzentriert. Vergessen werden die weiblichen ausländischen Arbeiterinnen, die versteckt in Haushalten tätig sind und häufig Diskriminierung und physischer und psychischer Folter durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt sind. Vergessen wird auch zu leicht die gesamte weibliche Bevölkerungsgruppe in Katar, die noch nie eine volle Achtung und Gewährleistung ihrer Menschenrechte erfahren hat.

Das gesellschaftliche Umfeld ist aus menschenrechtlicher Sicht brutal gegenüber Frauen. Die Familiengesetze beruhen auf einer systematischen Diskriminierung der Frauen. Nicht überraschend ist die Feststellung einer UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen nach ihrem Besuch in Katar 2018:

Die meisten Personen in den Gefängnissen von Katar sind Frauen – wegen des Verbrechens des Ehebruchs.

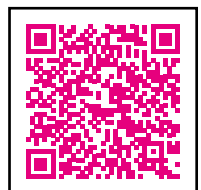
Die Gesetze und Praktiken diskriminieren besonders auch die LGBTQI-Gemeinschaft. Gesetze bestrafen eine einvernehmliche Beziehung zwischen zwei Männern. Das Problem wird verschärft, indem homosexuelle Menschen keine Stimme im öffentlichen Diskurs haben. Pride-Bewegungen und Organisationen von Aktivistinnen und Aktivisten gibt es nicht. Dies hat zur Folge, dass es kaum Daten über die Situation einer so gefährdeten Gruppe im Emirat Katar gibt.

Auf nationaler Ebene können nur ein Bottom-up-Ansatz und klare Änderungen im Familienrecht sowie Präventivmaßnahmen in der Praxis die Situation für beide Gruppen – LGBTQI und Frauen – verbessern. Einen ersten Schritt der Verbesserung hat Katar 2018 mit der Ratifizierung des Paktes über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) unternommen. An der Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen muss sich das Emirat künftig messen lassen.

Zu wenig Beachtung findet in der Debatte über die Menschenrechtssituation in Katar bisher die Sorgfaltspflicht (Due Diligence) der beteiligten Unternehmen. Doch gerade präventives Risikomanagement könnte eine wirkliche Verbesserung mit sich bringen.

Es ist unabdingbar, dass der Blick auf die Menschenrechte in Katar nach der WM nicht in Vergessenheit gerät und der Druck weiterhin erhalten bleibt. So würde diese WM, trotz aller mehr als berechtigten Kritik, doch noch nachhaltig etwas bewirken. Ich hoffe, dass dies nicht nur ein Wunsch bleibt. ■

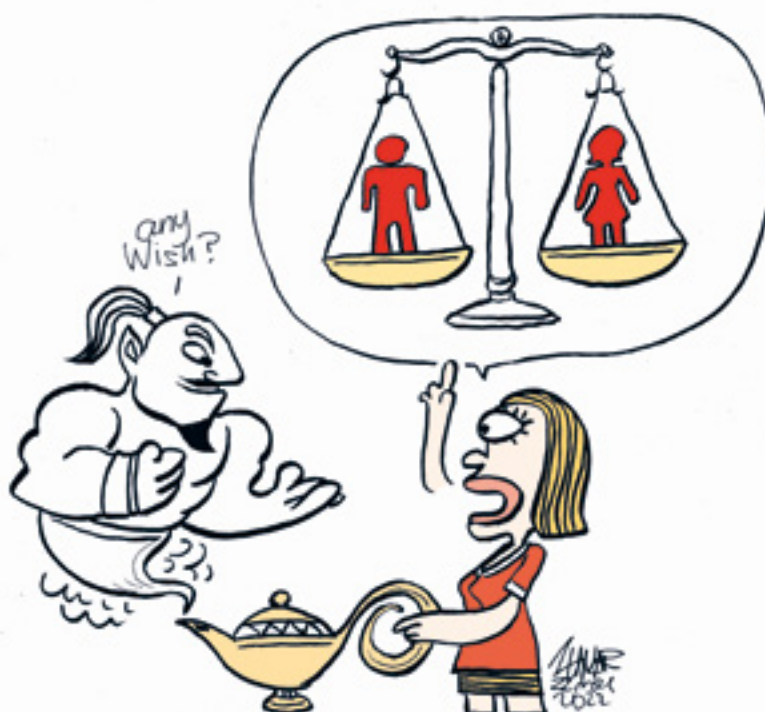
Den vollständigen Artikel, der im November 2022 auf freiheit.org erschien, lesen Sie hier.



MENSCHENRECHTE IM FOKUS

Menschenrechtsanwältinnen und Menschenrechtsanwälte sind die treibenden Kräfte bei der Beseitigung und Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen.

Menschenrechte und Grundfreiheiten sind Säulen der regelbasierten Weltordnung. Diese entstand nach dem Zweiten Weltkrieg zum Schutz der Opfer des Krieges und zur Förderung von demokratischen Werten, Frieden und Rechtsstaatsprinzipien. Das Jahr 2022 schlug eine Zäsur in diese Weltordnung. Der aggressive Krieg Russlands gegen die Ukraine stellt einen gravierenden Zivilisationsbruch mit dem internationalen Recht und den Vorstellungen eines friedlichen Miteinanders als politischen Urzustand dar. Autokratische Entwicklungen und Populismus verbreiten sich zudem rasant in allen Weltregionen. Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen und Minderheiten und Einschränkungen von Presse- und Meinungsfreiheit erodieren die Errungenschaften der universellen Menschenrechte.



Seit Beginn des aggressiven Krieges Russlands sind Ukrainerinnen und Ukrainer gefoltert, vergewaltigt und ermordet worden. Von nationalen und internationalen Ermittlungsbehörden werden Beweise über die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der russischen Armee gesammelt. Die internationale Gemeinschaft muss kollektiv wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen. Diese Maßnahmen sollen nicht nur der Ukraine helfen, ihre territoriale Integrität zu verteidigen. Sie sollen auch gravierende Verbrechen verhindern und die Täter zur Verantwortung ziehen. Bereits 2014,

als Russland die Krim annektierte, hat Anne Brasseur, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats die Debatte über verschärfte Sanktionen auf die Agenda gesetzt und darauf hingewirkt, diese auch tatsächlich umzusetzen.

Diktatoren und extremistische Gruppen wollen die Stimmen von Frauen weltweit zum Schweigen bringen – nicht erst, wenn diese für ihre Rechte und Freiheiten eintreten. In Ländern wie Afghanistan und im Iran werden Frauen



und Minderheiten täglich diskriminiert, vergewaltigt und sogar mit der Todesstrafe für ihren Aktivismus bestraft. Diese Entwicklungen sind ein Rückschritt für die Frauenrechte weltweit.

Eine Demokratie basiert auf dem Dreiklang von Achtung, Schutz und Durchsetzung von Menschenrechten. Auch in Europa werden inzwischen wieder Gesetze von parlamentarischen Mehrheiten verabschiedet, welche die Bürger- und Menschenrechte einschränken und der populistischen Machtsicherung nationalistischer Parteien dienen. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, die derartige gesetzgeberische Taktiken bekämpfen, werden nicht selten als ausländische Agentinnen und Agenten oder Terroristinnen und Terroristen im eigenen Land verfolgt. Eine Ordnung, die die Herrschaft eines Mannes an der Spitze gegen die Herrschaft der Rechte aller überlagert, bringt die Welt ins Ungleichgewicht.



Verstärkt wird dies durch Desinformationen und Propaganda, die Populistinnen und Populisten sowie Autokraten verwenden, um ihre politischen Agenden umzusetzen. Die politische Meinungsbildung wird durch eine eingeschränkte Medienfreiheit verengt. Gleichzeitig nimmt die Unterdrückung von Journalistinnen und Journalisten zu. Es ist mehr als enttäuschend zu sehen, dass unabhängige Medien aufgrund von Zensurpraktiken ihre Tätigkeiten einstellen müssen.

Doch trotz dieser niederschmetternden Berichte besteht immer Hoffnung für die Zukunft einer regelbasierten Welt. Auf der Basis von Menschenrechten, Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit ist die internationale Gemeinschaft in der Lage, Straftäter internationaler Verbrechen mit rechtlichen Mitteln anzuklagen und ihnen ein faires Verfahren zu gewährleisten. Dazu muss Menschenrechtsarbeit, wie die der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, vorausschauend agieren und den Schutz von Frauenrechten, Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern auf die internationalen Agenden multilateraler Gipfel setzen. Nur so schützt die internationale Gemeinschaft die Weltordnung, die erst nach den grausamen Erfahrungen der Menschheit möglich geworden ist. ■

In Interviews berichten
Human Rights Defenders von ihrer Arbeit
 und ihrem mutigen Kampf gegen
 freiheitsfeindliche und menschen-
 rechtsverachtende Regierungen.



Publikation:
 „Liberale Menschen-
 rechtsarbeit 2022“.



Publikation:
 „Human Rights Defenders“.

Menschenrechtsbericht 2022

In über 60 Ländern fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit NGOs sowie Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in ihren Menschenrechtsprojekten.

FRAUENRECHTE WELTWEIT STÄRKEN!

„Wir sehen immer mehr im
Energiesektor tätige Frauen.“

Carmen Urizar, ehemalige Energieministerin
und IMEC-Gründerin aus Guatemala

Ein europäisches Leuchtturmprojekt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Förderung von Frauen in der Politik ist die Alliance of Her (AoH). Das Projekt trainierte 2022 mehrere Dutzend Frauen in Kooperation mit der Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE) Party und dem European Liberal Forum (ELF). Der ungarische Ableger der AoH, die Hungarian Women's Academy, fand 2022 zum dritten Mal statt. Zudem ist 2022 erstmals eine Delegation der AoH zur UN-Generalversammlung gereist, um ihr Netzwerk um internationale Unterstützerinnen und Unterstützer zu erweitern. Die Stiftung freute sich zudem, mit Oleksandra Matviichuk eine besonders prominente Botschafterin für ihre #FemaleForward-Kampagne gewinnen zu können. Matviichuk ist Vorsitzende der mit dem Nobelpreis prämierten ukrainischen Menschenrechtsorganisation CCL.

In Indien sind auf kommunaler Ebene zahlreiche Mandate für Frauen reserviert. Der Stiftungspartner Praja organisiert seit einem Jahrzehnt Trainings für Frauen in Kommunalparlamenten und versetzt sie so in die Lage, selbstbestimmt am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen.

In Myanmar, wo die Situation seit dem Militärputsch von 2021 katastrophal ist,

organisierten die Stiftung und ihr Partner The Fifth Pillar drei Workshops. Dort konnten die Teilnehmerinnen Frauenrechte, die Rolle von Frauen in der Politik und berufliche Laufbahnen für Frauen diskutieren. Die Workshops fanden im Gebiet der Shan, der größten ethnischen Minderheit in Myanmar, statt und trugen somit gleichzeitig dazu bei, die Rechte von Minderheiten zu stärken.

Auch in Mali ist die Menschenrechtssituation desaströs. In Bamako organisierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit daher zusammen mit dem Frauennetzwerk RECOPA eine Fortbildung zum Thema „Die Rolle der Frauen als Mediatoren im Transitionsprozess in Mali“. Durch die nahezu völlige Abwesenheit staatlicher Institutionen in großen Teilen des Landes sind es oft zivilgesellschaftliche Gruppen, insbesondere Frauenorganisationen, die in den betroffenen Regionen deeskalierend wirken. Auf der von Christoph Hoffmann MdB eröffneten Fortbildung wurden 40 Teilnehmerinnen in Konfliktprävention, Mediation, Rhetorik und Menschenrechten geschult.

Im Libanon und in den palästinensischen Gebieten entwickelten die Projektbüros Workshops zur Unterstützung von Journalistinnen. Dabei wurden insbesondere Cybersicherheit, Umgang mit Gewalt und

Cybermobbing sowie Schutzmechanismen für Journalistinnen thematisiert. In den palästinensischen Gebieten wurden diese Themen abschließend in einer Radio-Sensibilisierungskampagne einem breiten Publikum zugänglich gemacht.

Die auf Networking und Mentoring konzentrierte Iniciativa Mujeres en Energía de Centroamérica (IMEC) beleuchtet die Rolle der Frau in Führungspositionen im Energiesektor Zentralamerikas. Zudem unterstützt die IMEC die Aus- und Fortbildung von Führungsnachwuchskräften. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit veranstaltet in Zentralamerika jährlich gemeinsam mit der IMEC und dem Energy and Infrastructure Analysis Center eine Konferenz. Ziel der Konferenz ist es, mit herausragenden Frauen, aber auch mit männlichen Experten, Themen der für Zentralamerika äußerst relevanten Energiemarktliberalisierung zu diskutieren. Mit dem diesjährigen Forum wurde der fünfte Jahrestag der IMEC begangen. „Wir sehen immer mehr im Energiesektor tätige Frauen“, sagt die ehemalige guatemaltekeische Energieministerin und IMEC-Gründerin, Carmen Urizar, stolz. ■



EUROPRIDE 2022 IN BELGRAD

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hatte die geplante EuroPride-Parade in Belgrad abgesagt. Serbien habe mit dem Kosovo-Konflikt, mit Nahrungsmittelknappheit, Dürre und Energieproblemen genug am Hals und könne sich nicht um alles kümmern. In Wahrheit dürften andere Gründe dahinterstehen, wie Stefan Šparavalo vom LGBTQI-Stiftungspartner „Da se zna!“ (deutsch: „Mach es bekannt!“) im Interview im September 2022 berichtete.

Was sind die wahren Gründe hinter der Einschränkung von Grundrechten für LGBTQI-Personen?

Šparavalo: Ich glaube, dass der wahre Grund für das politische Ränkespiel mit der EuroPride der Versuch ist, die immer stärker werdende extreme Rechte in Serbien einzuhegen – also die extremen Rechten, die nicht unter Vucic's Kontrolle stehen. Gleichzeitig tut er dies, um dem rechtsorientierten Teil seiner Wählerschaft zu gefallen. Letztendlich glaube ich, dass das versuchte Verbot auch als medienwirksames Spektakel inszeniert wird, um von einem jüngst erzielten Kompromiss mit dem Kosovo hinsichtlich der Anerkennung kosovarischer Ausweise abzulenken.

Wie sind die Reaktionen der serbischen LGBTQI-Community auf die Absage? Ist man entsetzt oder resigniert man, weil diskriminierendes Verhalten von Seiten des Staatsapparates zur Gewohnheit geworden ist?

Šparavalo: Die Reaktion der Organisatoren der EuroPride war entschlossen und verantwortungsvoll – der Präsident der Republik kann die EuroPride nicht absagen, weil er sie nicht organisiert. Die Pride-Parade kann nicht durch ein verbales Dekret des Präsidenten, sondern nur durch eine Entscheidung des Innenministeriums verboten werden. Die Organisationen und Unterstützer haben unmissverständlich erklärt, dass die Parade stattfinden wird, unabhängig

von der Entscheidung der Behörden. Ich halte dies für eine mutige und richtige Entscheidung, denn dadurch wird die EuroPride zu einem echten Protest und nicht nur zu einem feierlichen Marsch.

Gibt es Mittel und Wege, aus der EU und ihren Mitgliedstaaten heraus die serbische LGBTQI-Community in ihrem Kampf um Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen?

Šparavalo: Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten so viel Druck wie möglich auf die Regierungskoalition von Präsident Vucic und Premierministerin Brnabic ausüben, denn diese Art von „Druck von außen“ ist das Einzige, dem sie Beachtung schenken. Wenn dies der einzige Weg ist, die verfassungsmäßigen Rechte von LGBTQI-Personen in Serbien durchzusetzen, dann soll es so sein. Alle Appelle oder Proteste, die von inländischen Akteuren kommen, sind fruchtlos, da die Regierung die EuroPride nicht als ein Thema ansieht, das in der nationalen Debatte von Bedeutung ist.

Nach der Verwirrung über das präsidiale Verbot der Pride-Parade, das angebliche Verbot der Streckenführung und die nur Stunden vor Beginn neu genehmigte Route fand die Parade der EuroPride letztlich doch statt – auch aufgrund etlicher Appelle der internationalen Gemeinschaft, der Botschafterinnen und Botschafter von über zwanzig EU-Mitgliedstaaten und zahlreicher Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus ganz Europa.

Nach Angaben der Organisatoren nahmen ca. 10.000 Menschen aus ganz Europa an der EuroPride 2022 teil. Serbien ging als das erste südosteuropäische Land in die Geschichte ein, das Gastgeber einer europäischen LGBTQI-Parade war. Dennoch wurde deutlich, dass die serbische Gesellschaft nur teilweise offen gegenüber abweichenden Lebensentwürfen zu sein scheint. Allein internationaler Druck sorgte dafür, dass sich Ängste und absichtlich geschürte Vorurteile nicht durchsetzen konnten. Trotz der EuroPride 2022 hat Serbien noch einen langen Weg hin zu einer diversen und toleranten Gesellschaft vor sich. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihren Partnerorganisationen arbeitet daran, dass dies irgendwann auch ohne Druck von außen möglich sein wird. ■

VIELFALT IST FREIHEIT

Informieren Sie sich über die Stiftungsaktivitäten im Fokus Diversity.



Ein Teilnehmer der EuroPride wird von der Bereitschaftspolizei aufgefordert, während der Pride-Parade am 17. September 2022 weiterzumarschieren.

DER INNENHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Westbalkan steht wieder verstärkt im Fokus europäischer Politik.

Berlin, 10.06.2022

Insbesondere durch den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind Befürchtungen verstärkt worden, dass dies auch Auswirkungen auf die nach wie vor instabile Westbalkanregion haben könnte. Denn bereits in den vergangenen Jahren hat der Einfluss autoritärer Mächte – insbesondere von Russland und China – ständig zugenommen. Beobachterinnen und Beobachter warnen daher schon länger vor einem Abdriften Südosteuropas hin zu autoritären Bündnispartnern.

Wie aber soll diesen Herausforderungen und Gefahren angemessen begegnet werden? Ist eine EU-Beitrittsperspektive noch ein realistisches Ziel für alle Länder? Sollte die Integration dieser Länder vor dem Hintergrund der genannten Entwicklungen gar beschleunigt werden, wie manche fordern? Darüber diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft ver-

gangenen Juni auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Belgrad. Das Thema der Paneldiskussion lautete: „Der Innenhof der Europäischen Union – der Westbalkan im Spannungsfeld von Krisen und Konflikten“.

Manfred Richter, Schatzmeister der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, und die aus Leipzig zugeschaltete Südosteuropa-Expertin Prof. Solveig Richter wiesen darauf hin, dass gerade diese von EU-Mitgliedstaaten umgebene Region für die Sicherheit und Stabilität der Europäischen Union von besonderer Bedeutung sei. Die „europäische Perspektive“ samt späterer EU-Vollmitgliedschaft wird den Ländern des Westbalkans seit fast 20 Jahren bei vielerlei Anlässen immer wieder zugesichert. Sie rückt aber offensichtlich in immer weitere Ferne. „Erweiterungsmüdigkeit“ und „Erweiterungsskepsis“ der EU auf der einen Seite korrespondieren mit mangelnder beziehungsweise nachlassender Reformbereitschaft wie auch Enttäuschung auf der Seite der Beitrittskandidaten.

Was könnten vor diesem Hintergrund realistische Zwischenschritte unterhalb einer Vollmitgliedschaft sein? Zwischenschritte, die einen motivierenden Schub auslösen könnten, für beide Seiten akzeptabel und den neuen geopolitischen Herausforderungen gewachsen wären? Der Südosteuropa-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Michael Martens, schlug eine Zwischenlösung vor, die nicht als Verzicht auf eine spätere Vollmitgliedschaft missverstanden werden sollte. Der Fokus müsse auf den europäischen Binnenmarkt mit seinen



Michael Martens, Alexandra Tomanić, Adelheid Wölfel und Jelena Spasović

vier Säulen gerichtet werden: freier Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen. Diesem Ansatz konnte die Direktorin des European Fund for the Balkans, Aleksandra Tomanic, wenig abgewinnen. Wenn die politischen Kriterien an Bedeutung verlören, gebe es für die politischen Eliten des Balkans gar keine Veranlassung mehr, rechtsstaatliche Reformen tatsächlich und wirksam anzugehen. Die ganze paternalistisch-nationalistische Politik, die für diese Region typisch sei, könnte dann ungehindert fortgesetzt werden. So werde beispielsweise immer nur vom „Volk“, aber nie vom mündigen „Bürger“ gesprochen.

Einig war man sich auf dem Podium bezüglich der Gefahreinschätzung Russlands: Es unterstützt jede Initiative, die geeignet erscheint, die angestrebte EU-Integration der Westbalkanländer zu untergraben, und nutzt sie für seine Ziele. Viel stärker als bisher müsse die EU deshalb auch die Entwicklung in Bosnien-Herzegowina in den Blick nehmen, wo seit Jahren an der Auflösung zentralstaatlicher Institutionen gearbeitet werde. Die Abspaltung der serbischen Teilrepublik etwa betreibe der bosnische Serbenführer Milorad Dodik mit großer Energie und tatkräftiger Unterstützung Russlands. ■



Manfred Richter, Schatzmeister der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ehemaliges MdB, ehemaliges MdBB, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Bremerhaven.

GLOBAL HUBS

Labore des Fortschritts für die Freiheit

Die Expertise-Hubs bereichern das internationale Profil der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie ermöglichen ein gemeinsames Arbeiten über die Regionen hinweg durch ihren Fokus auf global relevante fachpolitische Fragen. Dazu gehören Fragen der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Digitalpolitik, der Sicherheits-, der Entwicklungs- und der Menschenrechtspolitik.

Gezielt wurden die Hubs seit 2017 an Orten eingerichtet, die Standortvorteile für die politische Thinktank-Arbeit mit sich bringen. So war der Global Innovation Hub zunächst in Hongkong angesiedelt und ist seit der Schließung in Taipeh beheimatet. Mit diesem Projektbüro hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Standortvorteil unter den Politischen Stiftungen. Davon profitiert jetzt schon eine unabhängige Arbeit zu China und dem Systemwettbewerb. Gleichzeitig bietet Taipeh die Anbindung an innovative demokratie- und digitalpolitische Politikinhalt der taiwanesischen Regierung.

Der Global Security Hub ist in Brüssel verortet, am Hauptsitz der NATO und nah bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern der EU. Der World Order Globalization Hub nutzt an seinem Sitz in Washington die Nähe zu Internationalem Währungsfonds und Weltbank, während der Global Partnership Hub künftig auch vom Standort der Vereinten Nationen in Nairobi profitieren wird. Schließlich bringen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger an diesen Orten ihr fachpolitisches Know-how in die multilaterale Zusammenarbeit ein.

2022 wurde die Einrichtung eines fünften Hubs mit dem Schwerpunkt Menschenrechte und internationale Rechtsstaatsfragen in Genf vorbereitet. Er wird als

Human Rights Hub ab 2023 aufgebaut. Genf ist durch den UN-Menschenrechtsrat, das Hochkommissariat für Menschenrechte und die entsprechenden UN-Ausschüsse nicht nur Welthauptstadt für Menschenrechte, sondern auch Hauptsitz der Welthandelsorganisation sowie der Internationalen Arbeitsorganisation. Gerade diese internationalen Organisationen beeinflussen die weltweite Regulierungsarchitektur maßgeblich mit.

Für die Hubs entsteht durch die Standortwahl die Möglichkeit, in einen direkten fachlichen Dialog mit internationalen Expertinnen und Experten einzutreten. Das Expertise-Netzwerk wird so kontinuierlich ausgebaut. Gemeinsam mit Partnern der Stiftung sollen Side-Events bei großen Tagungen durchgeführt werden. Durch Stellungnahmen bei internationalen Gremien und der Teilnahme an Konferenzen wird der Bekanntheitsgrad der Stiftung gesteigert. Die jeweiligen Themenmanagerinnen und -manager in den Hubs und in der Abteilung Globale Themen moderieren Roundtables und sind als Fachexperten und Fachexpertinnen gefragt.

Die Abteilung Globale Themen hat eine besondere steuernde und koordinierende Brückenfunktion im neu errichteten Fachbereich Wissenschaft und politische Strategie übernommen. Durch sie erfolgt die Anbindung an die Politik und die Stiftungsarbeit in Deutschland. Erstmals wurden globale Produkte in Form von hochwertigen Studien, Gutachten und Policy Analysen sowie Study Tours auf- und umgesetzt. Aktiv haben die Projektleiterinnen und Projektleiter in den Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weltweit Autorinnen und Autoren gewonnen. ■



Washington
World Order
and
Globalization
Hub



Taipeh
Global
Innovation
Hub



Nairobi
Global
Partnership
Hub



Brüssel
Global
Security
Hub



Genf (ab 2023)
Human
Rights
Hub

AUS DEN REGIONEN

Europäischer Dialog

Der Europäische Dialog der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat Büros in Brüssel, Madrid und Prag. Durch die Vernetzung von EU-Expertinnen und -Experten, der Zivilgesellschaft und Entscheidungsträgern fördert die Stiftung einen offenen Dialog und entwickelt liberale politische Lösungen für europäische Herausforderungen. Gemeinsam mit ihren liberalen Partnern entwickelt die Stiftung Formate und Kampagnen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, freien Märkten und Menschenrechten.

Die Projektarbeit in der Region war 2022 ebenfalls vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dessen Folgen geprägt.

Das Regionalbüro in Brüssel unterstützte die hochrangige Konferenz „Conversations Tocqueville“, die zivilgesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Akteure aus den USA, Frankreich und weiteren EU-Ländern zusammenbringt. In einer Reihe von Expertenrunden wurde diskutiert, wie die USA und die EU in den komplexen geopolitischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen des Ukraine-Kriegs navigieren können – vor allem, welche Rolle sie gegenüber Russland einnehmen sollten.

Vor dem Nato-Gipfel im Juli organisierte das Projektbüro in Madrid eine Roundtable-Veranstaltung zur Stärkung der Südflanke der Allianz mit Militärs, Diplomaten und Thinktanks. Im Rahmen

des Mittelmeerprojektes wurde mit der führenden portugiesischen Denkfabrik für Außenpolitik IPDAL als Partner eine hochrangige Afrika-Konferenz zur Frage der Lebensmittelsicherheit als Folge des Ukraine-Kriegs veranstaltet.

Das Stiftungsbüro in Prag organisierte mit den Jungen Liberalen den „3. Eastern European Summit“ mit Vertreterinnen und Vertretern liberaler Jugendorganisationen aus Mittel- und Osteuropa. Darunter befanden sich erstmals drei aus der Ukraine. Das Ergebnis war ein Manifest. Unter anderem fordert es mehr militärische Hilfe für die Ukraine, eine stärkere militärische Zusammenarbeit der EU-Staaten und die gerichtliche Belangung der Verantwortlichen in Russland.



Ost- und Südosteuropa

Die Arbeit des Regionalbüros Südost- und Osteuropa stand mit seinen sieben Projektbüros 2022 ganz im Zeichen des völkerrechtswidrigen und brutalen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Die Region, die mehrere direkte Nachbarländer Russlands – einschließlich der Ukraine – umfasst, war unmittelbar von den Folgen des Krieges betroffen. Trotz widrigster Umstände hat das Ukraine-Projekt nur wenige Wochen nach dem 24. Februar seine Arbeit wiederaufgenommen.

Das Russland-Projekt setzte die Arbeit im Exil in Georgien fort. Im April war der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und anderen deutschen politischen Stiftungen die Registrierung in Moskau vom russischen Justizministerium entzogen worden.

Im Frühsommer trafen sich Vertreterinnen und Vertreter des Liberal Defence Expert Network zu ihrem halbjährlich stattfindenden Austausch in Istanbul. Initiiert wurde es vom Security Hub der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Gemeinsam mit türkischen Sicherheits- und Verteidigungsexperten diskutierten sie die Rolle der Türkei in

der neuen Sicherheitsarchitektur Europas seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Auch ihre Rolle als NATO-Mitglied und Nachbar der EU war Thema. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den Kräfteverhältnissen und Konfliktpotenzialen im Schwarzen Meer und im Mittelmeer.

Die jährliche Sicherheitskonferenz in der Schwarzmeerregion fand mit hochrangigen Rednerinnen und Rednern in Bukarest statt. Die Schwarzmeerregion wird für die Sicherheit ganz Europas in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Der Austausch unter den demokratischen Kräften der Anrainerstaaten rückt deshalb noch stärker in den Fokus. In Georgien begleitete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Sicherheitskonferenz mit einem Fellowship-Programm für Studierende.



Naher Osten und Nordafrika

Von Nordafrika bis zur Levante fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit mehr als fünf Jahrzehnten durch zahlreiche Projekte die demokratische Entwicklung dieser Nachbarregion Europas. Die Bandbreite der Projekte und Partner ist hierbei so vielfältig wie die geschichtsträchtigen Länder am südlichen und östlichen Rand des Mittelmeers.

„Chkoun Ana“ („Wer bin ich?“) war die zentrale Frage im „Bayt Al Fenn“ (Haus der Kunst). Das Projekt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Marokko und der Kulturstiftung Hiba befasste sich mit der kulturellen Identität Marokkos – einem Land an der Schnittstelle von Afrika, Europa und der arabischen Welt.

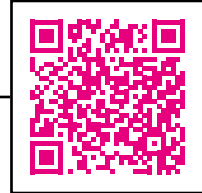
Das Projekt „Arkam“ („Ziffern“) wurde von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Tunesien gemeinsam mit dem Startup Idaraty umgesetzt. Es nutzte Künstliche Intelligenz, um Daten aus mehr als 100 nationalen und internationalen Quellen zu sammeln und für journalistische Recherchen aufzubereiten. Ziel des Projektes ist, die Qualität

des Journalismus zu verbessern und Desinformation entgegenzutreten.

Im Libanon setzt die Stiftung das Programm „Sprout“ um. Es verfolgt das Ziel, junge Unternehmerinnen zu befähigen, ihre Geschäftsideen zur Marktreife zu bringen und hierdurch wirtschaftliche Perspektiven in dem von multiplen Krisen gebeutelten Zedernstaat zu generieren.

Die Parlamentssimulation „NauSim“ brachte in Jordanien 70 junge Menschen zusammen, die ihr Verständnis für den Parlamentarismus spielerisch vertieften. Auf dem Programm standen unter anderem simulierte Ausschussdiskussionen, Gesetzesänderungen und die Wahl einer Parlamentspräsidentin beziehungsweise eines Parlamentspräsidenten.

Während zweier „Future of Freedom Consultations“ wurden neue Ideen zur Verteidigung der Freiheit in Israel und den Palästinensischen Gebieten entwickelt. Alle Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Jerusalem wurden gemeinsam mit einem breiten liberalen Umfeld zusammengebracht, ein Novum.



Subsahara-Afrika

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Interesse Europas an Afrika verstärkt. Der von der deutschen Außenpolitik lange vernachlässigte Nachbarkontinent soll ein strategischer Partner in den Bereichen Energieversorgung, Sicherheitspolitik und Handel werden.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit Jahrzehnten für ein besseres Verhältnis und einen regen Austausch zwischen Deutschland und Afrika ein – er ist angesichts von Krieg, Pandemie und Wirtschaftskrise heute wichtiger denn je.

Um diesen Dialog zu fördern, organisierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Republik Côte d'Ivoire ein Forum zum neuen Partnerschaftsabkom-

men zwischen der EU und der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS). Dr. Christoph Hoffmann MdB betonte dabei vor mehr als 230 hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass die Partnerschaft künftig auch am Entstehen für gemeinsame Werte gemessen werde.

Der Ukraine-Krieg polarisiert die Politik und Gesellschaften vieler afrikanischer Länder in hohem Maße – und einige Regierungen nehmen Positionen ein, die im Westen auf Unverständnis stoßen. Die Stiftung organisierte daher während der Generalversammlung des African Liberal Networks eine Veranstaltung. Hier konnten Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten liberalen Parteien Afrikas offen und in vertraulichem Umfeld

über die Haltungen ihrer Parteien zum Ukraine-Krieg und über dessen politische Konsequenzen diskutieren.

Im Systemwettbewerb zwischen Autokratien und Demokratien definiert auch Afrika seine Rolle neu: Um die Positionen der verschiedenen Akteure aus afrikanischer Sicht zu identifizieren, hat der Global Partnership Hub in Nairobi eine umfassende Studie („Warum ist China in Afrika so erfolgreich?“) veröffentlicht. Mehr als 1.600 afrikanische Entscheidungsträger wurden zum Wettbewerb zwischen Europa und China in Afrika befragt. Die Ergebnisse trafen auf ein enormes Medienecho und werden regelmäßig in Artikeln, Studien und Interviews zitiert.

Lateinamerika

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat auch in Lateinamerika tiefe Spuren hinterlassen. Die Arbeit der Stiftung hat sich deshalb 2022 vor allem mit der Frage befasst, wie die internationalen Beziehungen Lateinamerikas, insbesondere zu Europa, zukunftsfähig gestaltet werden können. Dabei ging es um ein breites Spektrum von Fragen, das von Cybersicherheit über Gestaltung der globalen Lieferketten bis hin zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika reichte.

Wenige Wochen nach dem russischen Überfall hat RELIAL, das Netzwerk liberaler Institutionen aus Lateinamerika, ein Interview mit Konstantin Kuhle MdB veröffentlicht. Darin bewertet er die Auswir-

kungen auf das internationale System aus liberaler Perspektive. RELIAL organisierte außerdem, unterstützt von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die internationale Konferenz „OnEuropeLatam“. Hauptredner war Michael Link MdB, Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit. Er setzte sich für eine Vertiefung der Beziehungen auf der Basis gemeinsamer Werte und Interessen ein.

In den Andenländern wurde eine Studie zur Cybersicherheit in Peru im Vergleich mit Ecuador veröffentlicht. Sie zeigt exemplarisch den kontinuierlich wachsenden Einfluss Russlands und Chinas. Bei der Diskussion von Gegenstrategien zeigt sich, dass angesichts der intensi-

ven Vernetzung nationale Lösungsansätze zu kurz greifen. Eine größere Zusammenarbeit auf regionaler Ebene ist daher unverzichtbar.

Der Krieg in der Ukraine hat auch gravierende Auswirkungen auf die globalen Lieferketten. Mexiko ist dadurch als Investitionsstandort im Vergleich zu China interessanter geworden. Gemeinsam mit dem Institut für Unternehmertum und Innovation führte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Europa-Mexiko-Forum durch. Dabei wurden mit der deutsch-mexikanischen Handelskammer CAMEXA und der EU-Delegation in Mexiko die Chancen für Mexiko in dieser neuen Weltordnung analysiert.

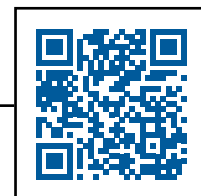
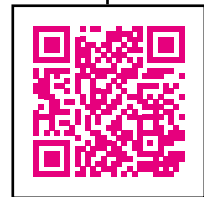
Nordamerika

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Nordamerika ist auf zwei Schwerpunkte fokussiert: Der erste ist der intensive Austausch zwischen politischen Akteuren auf beiden Seiten des Atlantiks im Transatlantischen Dialogprogramm. Der zweite Schwerpunkt ist die Debatte zu brennenden Fragen der institutionellen Ordnung der Weltwirtschaft im Rahmen des Hubs „World Order and Globalization“.

Auf der Konferenz zum Thema „The Current State of Transatlantic Relations: An Assessment“ in New Orleans wurde eine Vielzahl von Themen diskutiert, die die transatlantischen Beziehungen beeinflussen. Dazu gehören die Zukunft der NATO und der Krieg in der Ukraine, die institutionelle Kooperation zwischen den USA und der EU, neue Entwicklungen bei den Handelsbeziehungen sowie die aktuelle politische Lage in den USA, Kanada und Deutschland. An der Konferenz nahmen unter anderem der Koordinator für Transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Michael Link MdB, und der Abgeordnete im kanadischen Parlament, Greg Fergus, teil.

Eine Studienreise brachte zwölf US-amerikanische und kanadische Politikberaterinnen und -berater nach Kiel, Lübeck und Berlin. Die Teilnehmenden knüpften zahlreiche wertvolle Kontakte zu politischen Fachleuten und erhielten Einblicke in die öffentliche Debatte in Deutschland. Besonders interessant war für sie, wie die Entscheidungsprozesse in Kommunen, in den einzelnen Bundesländern und auf Bundesebene miteinander verschränkt sind.

Auf der Alumni-Konferenz des Hubs „World Order and Globalization“ in Boston ging es um Themen, die für die Zukunft der globalen Ordnung von herausragender Bedeutung sind. Dazu gehörten unter anderem das Verhältnis zu China, die Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen und die Regulierung der Digital- und Netzwerkökonomie. Die Teilnehmenden kamen aus 28 Ländern – ein Beleg für die große Strahlkraft der Programme des Hubs im weltweiten Partnerspektrum der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Südasi en

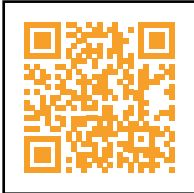
Die Region Südasi en mit ihren zwei Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern ist kulturell, sprachlich, ethnisch und religiös eine der vielfältigsten der Welt. Die Länder der Region entwickeln sich wirtschaftlich dynamisch, viele Herausforderungen bleiben jedoch.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet mit vier Büros und über 50 Partnern in der Region. Ihre Hauptaufgabe ist es, liberale Lösungsansätze zu entwickeln – für Herausforderungen in den Bereichen Marktwirtschaft, Menschen- und Bürgerrechte, Regierungsführung und Bildung.

Auch die Arbeit in der Region Südasi en stand im Jahr 2022 im Zeichen des Krieges in der Ukraine und seinen Folgen. Die hohen Lebensmittel- und Energiepreise haben die Länder der Region destabilisiert. Bangladesch, Pakistan und Sri Lanka befinden sich in Gesprächen mit dem Internationalen Währungsfonds. In Sri Lanka spitzte sich die Krise dramatisch zu und der Präsident floh aus dem Land.

Im März 2022 erörterten Expertinnen und Experten in einer Online-Veranstaltung die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges auf die Schwergewichte in der Region: Indien, Bangladesch und Pakistan. In einer Reihe weiterer Veranstaltungen wurden die Auswirkungen des Krieges aus Perspektive der kleineren Länder, aber auch mit Blick auf Themen wie Ernährungssicherheit und Energiewirtschaft beleuchtet. Diese Maßnahmen gipfelten in einer internationalen Sicherheitskonferenz Ende November im südindischen Kochi.

Die Projektarbeit zu anderen Themen und Fragestellungen wurde fortgesetzt. Eines der Highlights war die Konferenz „Born with Pride“ im September in Kathmandu. Mehr als 30 Aktivistinnen und Aktivisten tauschten sich an zwei Tagen aus zur Sichtbarkeit von LGBTQI-Personen in Politik, Wirtschaft und Medien. Parallel zur Konferenz wurden Werke von LGBTQI-Kunstschaffenden aus der gesamten Region ausgestellt.



Südost- und Ostasi en

In Südostasi en hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Büros in den meisten großen Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). Zudem ist die Stiftung mit den Standorten Taipei und Seoul in Ostasi en vertreten. Auch in Nordkorea die Stiftung. In den ASEAN-Staaten sind Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft Schwerpunkte. Das Büro Seoul koordiniert die Smart-City-Aktivitäten, das Büro Taipei ist der Global Innovation Hub der Stiftung. Von dort schaut die Stiftungs-Publikation „China Bulletin“ vierteljährlich auf Festland-China, Hongkong und Taiwan.

Der Krieg in der Ukraine war auch Thema in Südost- und Ostasi en. In Bangkok veranstaltete die Stiftung die Konferenz

„ASEAN-EU Relations in Light of the War in Ukraine“ mit 200 Teilnehmenden. Thailands Ex-Premier Abhisit Vejjajiva, Deutschlands Botschafter Georg Schmidt, BBC-Korrespondent Jonathan Head, Felix Heiduk von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Tricia Yeoh vom Institute for Democracy and Economic Affairs (IDEAS) und viele andere Expertinnen und Experten diskutierten über Geo- und Sicherheitspolitik, regionale Integration und Handel. Die ASEAN und die EU hatten 2020 eine „Strategische Partnerschaft“ geschlossen. „Ein weiterer Schub wäre ein ASEAN-EU-Freihandelsabkommen. Es würde Wohlstand schaffen und den strategischen Interessen beider Blöcke dienen“, sagte James Gomez, der Direktor des Asia Centre, das die Konferenz mit organi-

sierte. Der Freihandel würde zwei Giganten zusammenbringen: Die EU hat das drittgrößte Bruttosozialprodukt der Welt, ASEAN das fünftgrößte.

Auch auf den Philippinen wurde der Krieg in der Ukraine thematisiert. Unsere Partner Council of Asian Liberals and Democrats und das Center for Liberalism and Democracy diskutierten mit Gästen zum Thema „Ukraine und Russland: Folgen für die politische und wirtschaftliche Ordnung Asiens“. Die Verletzung nationaler Integrität und der Angriff auf eine Demokratie sorgen in Asien für Beunruhigung. Hintergründe sind territoriale Streitigkeiten im Südchinesischen Meer sowie die Befürchtung, Peking könne Taiwan angreifen – so wie Russland die Ukraine.

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Zusammenfassung der Erklärung

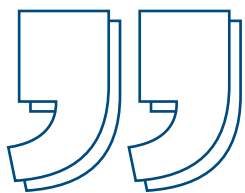
Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahestehenden Politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;

- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen über-eingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



Die gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftungen basiert auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

PRESSESCHAU

Im Bereich der Pressearbeit konnte die Brutto-Presse-reichweite zum Vorjahr auf 1,6 Milliarden Kontakte nochmals gesteigert werden. Mit knapp 550 Gastbeiträgen, Interviews und Zitaten waren Vorstand, Stiftungsexpertinnen und -experten in den Medien präsent.

Menschen in Deutschland fühlen sich durch Corona-Maßnahmen zunehmend überwacht
Umfrage Corona-Maßnahmen und Überwachung
04.1.2022 Handelsblatt

Die Deutschen fühlten sich im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz bislang kaum überwacht. Durch die Coronamaßnahmen entsteht nun aber zunehmend ein Gefühl des Überwachtseins. Das legen die Befunde einer Befragung nahe, die die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Yougov zum Jahreswechsel durchgeführt hat.

Energiepolitik mit Pragmatik statt Ideologie
Gastbeitrag von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué zur Energiepolitik
14.3.2022 WirtschaftsWoche

Die Energiepolitik ist damit in Europa und Deutschland zur Staatsräson geworden. Sie behindert die Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss sich ändern. Merkwürdig ist allerdings wie zaghaft und zögerlich diese Diskussion einsetzt, ganz anders als der schwungvolle Weg hin zu den erneuerbaren Energien in den letzten Jahren. (...) Vieles ist dabei mit gutem Willen machbar, auch wenn es überall Engpässe gibt – von den Uranlieferungen für die drei am Netz befindlichen Atomkraftwerken bis hin zum Rückgriff auf die Betriebsbereitschaft bei der Kohleverstromung. Es gilt, pragmatisch vorzugehen. Die Zeit von „gut“ und „böse“ in der Energiepolitik ist vorbei. Es gilt jetzt, die Grenzen der Möglichkeiten einer verantwortbaren Energiepolitik auszuleuchten, fernab jeder Ideologie.

Wenig Vorbilder, viele Vorurteile: Das sind die Probleme von Migranten in der Start-up-Welt
Gutachten Migrant Founders Monitor
05.05.2022 Handelsblatt

Der „Migrant Founders Monitor“ des Startup-Verbands wirft nun ein statistisches Licht auf die Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in diese Welt hineinwagen wollen und ein Unternehmen gegründet haben. Die Zahlen zeigen, dass fehlender Zugang zu Kapital und Netzwerken, aber auch rassistische Erfahrungen unter den Gründerinnen und Gründern immer noch weitverbreitet sind.

Kampf gegen Kindesmissbrauch: Angriff auf das digitale Briefgeheimnis
Gastbeitrag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum digitalen Briefgeheimnis
16.05.2022

„Die Rückkehr der Uploadfilter und das Ende der Verschlüsselung“ ist kein Titel eines dystopischen Romans von George Orwell. Die EU-Kommission scheint ihre Vorschläge durchaus ernst zu meinen. Wenn sich Deutschland im Rat und in den anstehenden Verhandlungen nicht vehement für die Bürgerrechte auf europäischer Ebene einsetzt, könnte eine ähnliche Zwickmühle wie bei den Uploadfiltern in der Urheberrechtsdebatte drohen. Ein Recht auf Verschlüsselung, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart ist, wäre nicht mehr umsetzbar, wenn die Kommission sich mit ihren Vorschlägen durchsetzt.

Was bleibt vom NetzDG?
Gutachten Mehr Freiheit und Sicherheit im Netz
17.02.2022 Tagesspiegel Background

Die Frage, wie es mit dem NetzDG nach Inkrafttreten des Digital Services Acts (DSA) weitergeht, ist unklar. Laut eines Rechtsgutachtens im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird das NetzDG durch den DSA faktisch abgeschafft. Andere halten das für noch längst nicht ausgemacht.

Freiheitspreis an slowakische Präsidentin verliehen
Beitrag zur Verleihung des Freiheitspreises an Zuzana Caputova
5.11.2022 Hessenschau

Die slowakische Präsidentin Zuzana Caputova hat am Samstag in Frankfurt vor den Herausforderungen für liberale Demokratien und vor den Gefahren von Hass und Hetze gewarnt. In der Frankfurter Paulskirche, wo die 49-Jährige mit dem Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ausgezeichnet wurde, sprach sie unter anderem über den russischen Krieg gegen die Ukraine in direkter Nachbarschaft zur Slowakei.

„Jeder muss wissen, dass er sich schuldig macht.“
Beitrag zur Strafanzeige gegen Putin
05.4.2022 Spiegel

Die Ex-Minister Baum und Leutheusser-Schnarrenberger stellen beim Generalbundesanwalt Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen. Im Visier: Präsident Putin und die russische Führung – vor allem aber Kommandeure und Soldaten.

Putins Propaganda versagt: Die Russen trüben die Kreml-Zensur aus
Gastbeitrag zu Gutachten Russland – Youtube und globale Plattformen
02.07.2022 focus.de

YouTube als beliebtestes russisches Medium stellte den Kreml vor die Herausforderung, eine funktionierende, staatlich-kontrollierte Alternative zu schaffen. Trotz der Hoffnung in „RuTube“ zeigt sich, dass der Zugriff zu globalen und nicht-kontrollierten Plattformen für die Russen entscheidend ist.

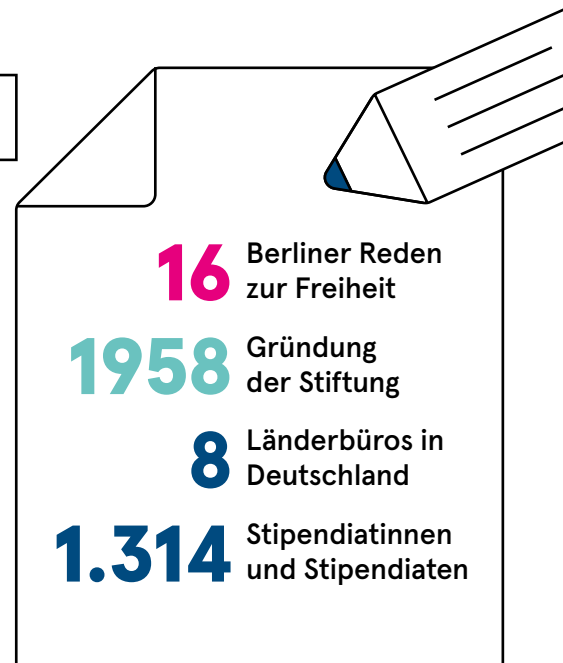
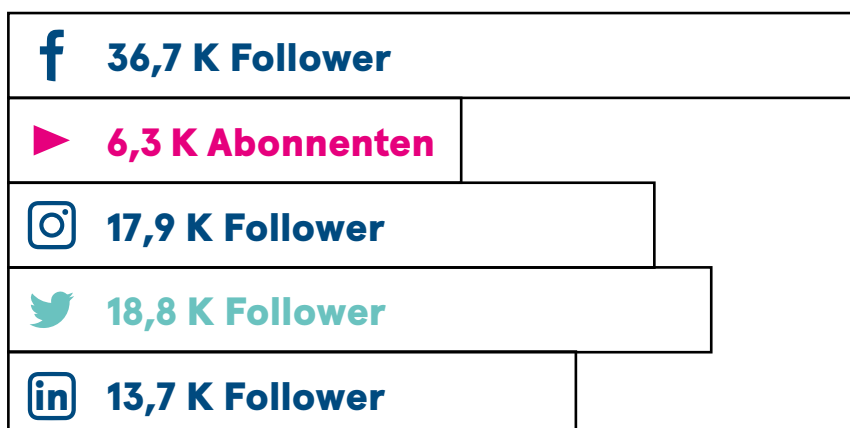
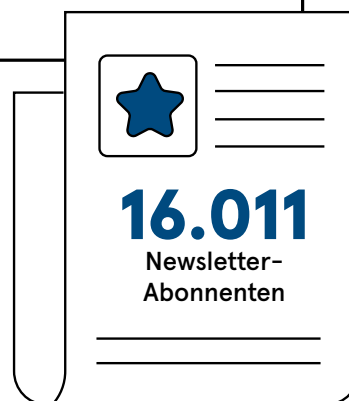
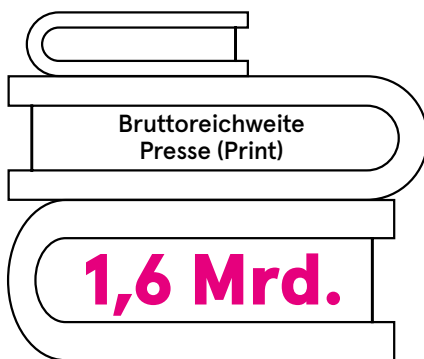
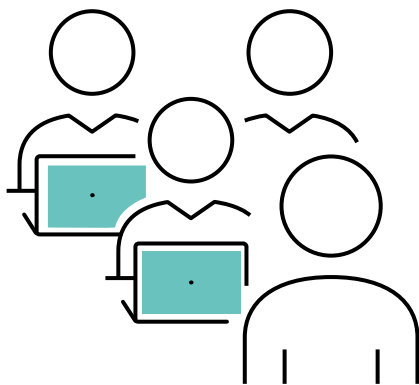
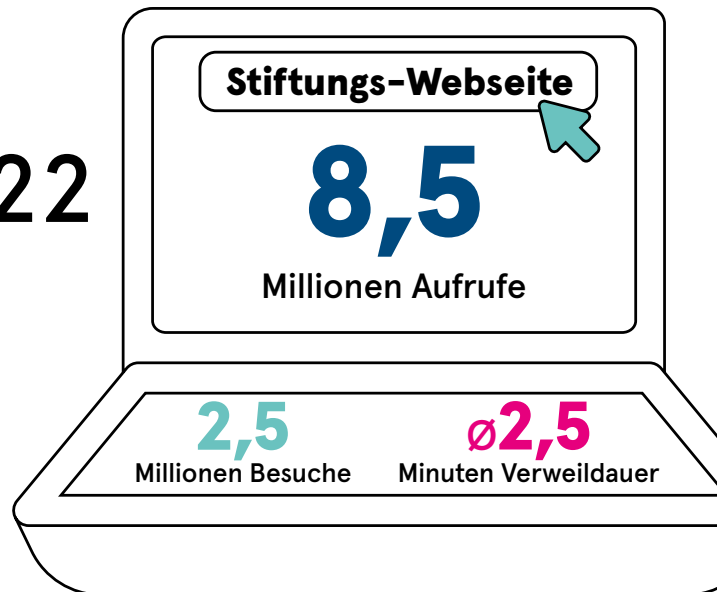
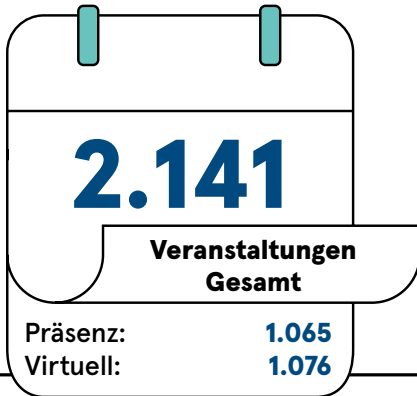
Afrika: China baut Straßen – Europa zählt Insekten
Studie Clash of Systems
20.07.2022 Deutsche Welle

Nicht Partner auf Augenhöhe, sondern bloße Hilfspfänger: So erleben sich afrikanische Entscheidungsträger in der Zusammenarbeit mit Europa. Das ergibt eine Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Unsere Expertinnen und Experten der Stiftung werden von vielen Medien zitiert, erwähnt und in Interviews befragt. Lesen Sie hier eine Auswahl an aktuellen Pressestimmen:



DIE STIFTUNG IN ZAHLEN 2022



PUBLIKATIONEN 2022



ADL: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 34/2022 // In liberaler Mission. Gerhart Baum und die deutsche Demokratie. Basel 2022 | Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Hrsg.) // Liselotte Funcke – Streiterin für Gleichberechtigung, solide Finanzen und Integration | Prof. Dr. Ewald Grothe // Der lange Weg zur Republik. Eine kleine badische Verfassungsgeschichte 1818-1919 | Prof. Dr. Ewald Grothe // Walther Rathenau – Liberaler Außenpolitiker und Wegbereiter der Demokratie | Dr. Wolther von Kieseritzky // Einheit und Freiheit – Die liberale Deutschland- und Entspannungspolitik 1945-1990/91 | Dr. Jürgen Frölich

LI: Überwachungsbarometer für Deutschland. Ein Modellkonzept | Teresa Widlok // Internationale Verkehrsinfrastruktur. Was Deutschland von anderen Ländern lernen kann | Dirk Assmann // Forschung & Innovation. Ideen für Ideen | Dr. Thomas Clausen // Mehr Freiheit und Sicherheit im Netz. Gutachten zum Entwurf des Digital Services Act | Teresa Widlok (in Zusammenarbeit mit Ann Cathrin Riedel) // Future of City Centers. Innovation potential in the development of sustainable inner-city concepts | Dirk Assmann // Wahlprogramm-Synopse Saarland | Thomas Volkmann // Praxisleitfaden Landespolitik NRW | Dirk Assmann // Subjektive Freiheit. Persönliche Erwartung und Wahrnehmung. Eine Studie | Thomas Volkmann // Wahlprogramm-Synopse Schleswig-Holstein | Thomas Volkmann // Wahlprogramm-Synopse Nordrhein-Westfalen | Thomas Volkmann // Digitalisierung in Schulen. Wie Schulen, Politik und Verwaltung effektiver zusammenarbeiten können | Dr. Thomas Clausen // Energiesicherheit | Maximilian Reinhardt // Migrant Founders Monitor 2022. Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund | Justus Lenz // Was ist Demokratie? Chancen und Gefahren des Demokratieverständnisses in „Nach“kriegszeiten | Dr. Thomas Clausen // Economic concepts in children's and young adult literature | Dr. Thomas Clausen // Digitalisierung in Niedersachsen. Chancen und Herausforderungen | Thomas Volkmann // Migrant Founders Monitor 2022. Founders with a migration background | Justus Lenz // Wird Wohneigentum unerreichbar? | Dirk Assmann // Landwirtschaft. Liberale Ideen für eine moderne Agrarpolitik | Maximilian Reinhardt // Wahlprogramm-Synopse Niedersachsen | Thomas Volkmann // Öffentliche Unternehmen in Deutschland | Dirk Assmann // Die Klima- und Umweltproblematik in Politik- und Wirtschaftsschulbüchern | Dr. Thomas Clausen // Führung im Wandel. Führungskräfteumfrage 2021 | Justus Lenz, Thomas Volkmann //

Klimaschutzinnovation | Maximilian Reinhardt // Europäische Ressourcenouveränität. Seltene Erden und das Potenzial der Kreislaufwirtschaft | Maximilian Reinhardt (in Zusammenarbeit mit dem Hub Brüssel) // Tackling the EU's dependency on raw materials. A Study on rare earth elements | Maximilian Reinhardt (in Zusammenarbeit mit dem Hub Brüssel)

GT: Russische Medien auf dem Balkan | Peter Cichon // Mehr Freiheit und Sicherheit im Netz | Ann Cathrin Riedel, Theresa Widlok // Cyber-Kapazitätsaufbau und strategisches Engagement in Afrika | Ann Cathrin Riedel // Chinas unsichtbare Macht technischer Standards | Ann Cathrin Riedel // Allianzen für Demokratie Liberale Ansätze für den neuen Systemwettbewerb | Dr. Michaela Lissowsky, Sven Hilgers, Riedel, Winter // Human Rights Defenders - Anwältinnen und Anwälte | Salim Amin, Dr. Michaela Lissowsky // Liberale Menschenrechtsarbeit | Salim Amin // Richterschaft in Afghanistan | Salim Amin // Russische Medien in Deutschland | Peter Cichon // Russland - Youtube und globale Plattformen | Peter Cichon // Russlands unabhängiger Journalismus | Peter Cichon // Vier Wellen digitaler Währungen und die Zukunft des Geldes | Sven Hilgers // Subjektive Freiheit | Sven Hilgers /Dr. Michaela Lissowsky // Organisierte Resilienz Weltbank und IWF im geökonomischen Zeitalter | Sven Hilgers /Dr. Michaela Lissowsky // Krypto Regeln Welche Regulierung brauchen digitale Währungen? | Sven Hilgers // Dark Krypto Nutzung von Kryptowährungen für illegale Zwecke | Sven Hilgers // China's influence in Africa - The Case of Zambia and Zimbabwe | Ann Cathrin Riedel // Because Private Property Matters - Innovative methods to secure land rights in Cote d'Ivoire | Ann Cathrin Riedel // Sri Lanka's Personal Data Protection Act No.9 of 2022 | Ann Cathrin Riedel // Disruptive technologies and digital transformation for modern EU society | Ann Cathrin Riedel // Afrika. Unterschätzt im Indopazifik Wie Europa sich strategisch aufstellen kann: Chancen und Risiken | Theresa Winter // Ein Neues Klima: Die Auswirkungen des Russischen Krieges auf die Schmelzende Arktis | Theresa Winter // Indo-Pacific Threats, Security and Cooperation Paper based on the findings of the Indo-Pacific Security Conference'22 | Theresa Winter // New Money Bitcoin and cryptoassets in Central America - The case of El Salvador | Sven Hilgers // Die Neuerfindung der Arbeitswelt Das Wachstum und die Chancen der Gig Economy | Sven Hilgers

STRATEGISCHE ZIELE 2026

1

WIR WACHSEN DURCH POLITISCHE RELEVANZ

... indem wir durch Angebote von hoher Qualität und Attraktivität unsere Wirkung verstärken und insbesondere junge Menschen und Frauen für uns begeistern.

2

WIR WERDEN ALS MODERNE DENKFABRIK WAHrgENOMMEN

... indem wir politische Diskurse und liberale Ideen mit Expertise aus Politikberatung und Wissenschaft mitgestalten und unsere Zusammenarbeit mit profilierten Partnern auf inhaltliche Schwerpunkte fokussieren.

3

WIR INSPIRIEREN ZUKUNFTSGESTALTER

... indem wir leistungsbereite, liberale Menschen als unser Zukunftsprojekt für einen starken Liberalismus fördern und sie durch Weiterentwicklung und internationale Erfahrungen langfristig an wertebundene Netzwerke binden.

4

WIR SETZEN UNS AKTIV FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG EIN

... indem wir das Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltiger innovativer Lösungen stärken und unseren Stiftungsbetrieb konsequent auch unter ökologischen Aspekten aufstellen.

5

WIR ARBEITEN ERGEBNISORIENTIERT IN SCHLANKEN PROZESSEN

... indem wir innovative Methoden, Wissen und Digitalisierung verknüpfen und Freiräume für effiziente ineinandergreifende Arbeitsabläufe mit kurzen Entscheidungswegen schaffen.

6

WIR SIND EINE ATTRAKTIVE UND MODERNE ARBEITGEBERIN

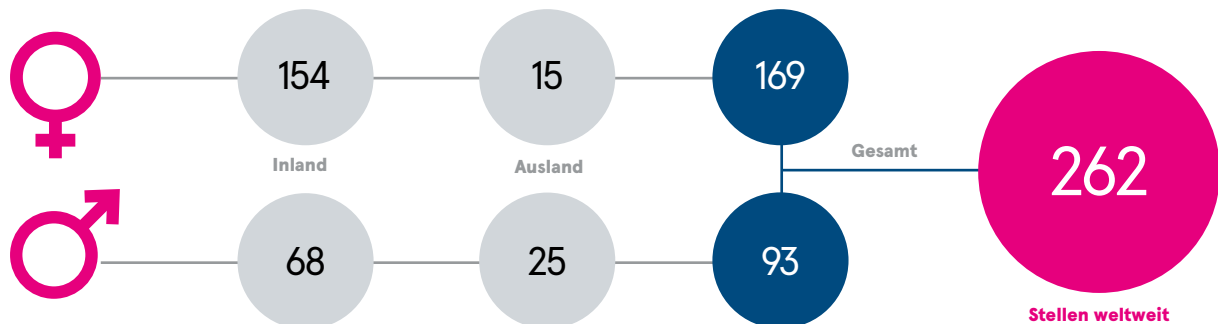
... indem wir Diversität, New Work und Teamspirit leben und spannende Karrieren im liberalen politischen Umfeld bieten.

MITARBEITENDE

ANZAHL DER STELLEN IM IN- UND AUSLAND 2022

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist eine attraktive Arbeitgeberin. Verteilt auf 262 Stellen im In- und Ausland arbeiten wir für die Freiheit. Dazu kommen noch viele Projektmitarbeitende in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter www.freiheit.org/jobs.

Stellen von Frauen besetzt



Stellen von Männern besetzt

BEGABTENFÖRDERUNG

Die Begabtenförderung erhielt 2022 rund 10,2 Millionen Euro für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

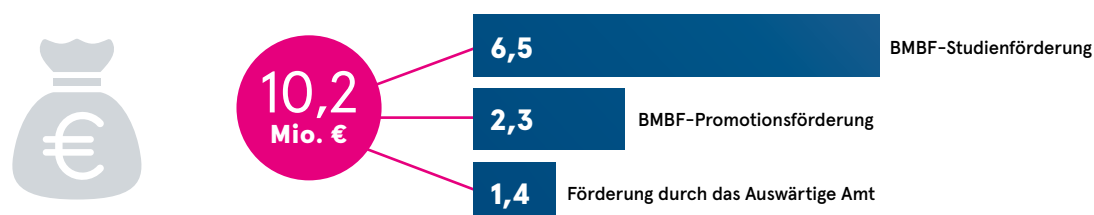
Insgesamt wurden 1.314 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Auswärtigen Amtes (AA) gefördert.

Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten 2022



Verteilung der Mittel 2022

Angaben in Mio. €



DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

AKTIVA		
	Stand am 31.12.2021 €	Stand am 31.12.2020 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	161.671,00	214.980,00
Sachanlagen	16.141.596,40	12.649.998,21
Finanzanlagen	968.858,70	969.358,70
Gesamt	17.272.126,10	13.834.336,91
Umlaufvermögen		
Vorräte	8.800,00	10.700,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.493.716,18	1.829.268,75
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	13.860.637,99	10.843.798,97
Gesamt	17.363.154,17	12.683.767,72
Rechnungsabgrenzungsposten	29.870,84	80.489,07
Gesamt	34.665.151,11	26.598.593,70

AUFWENDUNGEN		
	2021 €	2020 €
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	49.780.606,88	45.376.507,86
Personalaufwand für Inlandsmitarbeitende	13.430.134,40	13.886.831,34
Sachaufwendungen	7.726.853,66	7.725.674,63
Sonstige Aufwendungen	3.947.340,04	232.413,89
Außerordentliche Ausgaben und Aufwendungen	3.516,00	276,09
Gesamt	74.888.450,98	67.221.703,81
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	453.397,97	-33.716,92
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.236.626,28	8.270.670,80
Einstellung in die Ergebnisrücklagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-430,46	-327,60
Ergebnisvortrag	8.689.593,79	8.236.626,28

PASSIVA		
	Stand am 31.12.2021 €	Stand am 31.12.2020 €
Eigenkapital		
Stiftungskapital	240.050,00	230.050,00
Rücklagen	6.592,72	6.162,26
Umschichtungsergebnisse	-4.495,22	-4.495,22
Ergebnisvortrag	8.689.593,79	8.236.626,28
Gesamt	8.931.741,29	8.468.343,32
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	6.457.189,50	2.845.515,31
Rückstellungen	10.477.334,28	7.139.806,55
Verbindlichkeiten	4.012.656,08	4.310.423,24
Rechnungsabgrenzungsposten	4.786.229,96	3.834.505,28
Gesamt	34.665.151,11	26.598.593,70

ERTRÄGE		
	2021 €	2020 €
Zuwendungen und Zuschüsse	78.510.470,31	65.397.502,22
Einnahmen aus Spenden	6.908,95	3.518,49
Teilnehmerbeiträge	197.640,35	230.303,08
Sonstige Einnahmen und Erträge	992.573,60	1.033.232,61
Außerordentliche Einnahmen und Erträge	10.771,07	1.811.686,39
Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-4.376.515,33	-1.288.255,90
Gesamt	75.341.848,95	67.187.986,89



Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss 2021 nebst ergänzenden Angaben am 24. November 2022 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

GESAMTÜBERSICHT

ALLER IM HAUSHALTSJAHR 2023 ZU ERWARTENDEN
EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

I. EINNAHMEN		
	2023 (Plan)	2022 (Plan)
	€	€
1. Zuwendungen und Zuschüsse		
Zuwendungen des Bundes	84.567.019,00	81.660.809,00
Zuwendungen der Länder	1.279.621,00	1.229.657,00
Sonstige	260.800,00	382.000,00
2. Spenden	5.700,00	12.000,00
3. Teilnehmergebühren	473.556,00	336.584,00
4. Sonstige Einnahmen	526.452,00	589.866,00
Gesamt	87.113.148,00	84.210.916,00

II. AUSGABEN		
	€	€
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben		
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-11.466.420,00	-10.137.913,00
Förderung von Studierenden und Graduierten	-10.125.204,00	-8.601.550,00
Internationale Zusammenarbeit ¹	-40.515.876,00	-41.237.168,00
Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Archivierung	-3.052.380,00	-2.875.975,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeitende	-14.853.705,00	-14.271.285,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung	-6.504.063,00	-6.424.025,00
4. Ausgaben für Investitionen	-595.500,00	-663.000,00
Gesamt	-87.113.148,00	-84.210.916,00

III. VORAUSSICHTLICHES JAHRESERGEBNIS		
	€	€
Gesamt	0,00	0,00



¹inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten
für Auslandsmitarbeitende

BERICHT DES KURATORIUMS ZUR GREMIENARBEIT 2022

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,
Vorsitzender des Kuratoriums
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Die Auswirkungen der Pandemie beherrschten noch das Weltgeschehen, als eine der größten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg über Europa hereinbrach: Mit dem 24. Februar 2022 und dem russischen Angriff auf die Ukraine herrscht wieder Krieg in Europa. Die Menschen erleben unendliches Leid, geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer suchen Schutz und Hilfe in Nachbarländern. Die Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung in Butscha und in anderen Teilen der Ukraine sind unmenschliche Verbrechen, die zutiefst schockieren. Auch das ukrainische Gesundheitssystem ist in Mitleidenschaft gezogen worden. Eine menschliche Katastrophe, die auch nach Ende der Kämpfe physische und psychische Wunden hinterlassen wird.

Angesichts der geopolitischen Zeitenwende ist es umso wichtiger, neue Partner für europäische Allianzen zu gewinnen, die freiheitliche, demokratische Werte gegenüber Autokratie und staatlicher Willkür im Bündnis unterstützen und verteidigen. Die größten Gefahren für die internationale Wertegemeinschaft sind Deglobalisierung und Spaltung. Die derzeitigen Multi-Krisen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Die weltwirtschaftliche Integration darf nicht stagnieren. Innovationen, auch im Hinblick auf die Klimapolitik, müssen technologieoffen sein und im Wettbewerb um die besten Ideen vorangetrieben werden. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat mit Veranstaltungen, Publikationen und Analysen den Diskurs angestoßen, liberale Lösungen aufgezeigt und engagiert sich tagtäglich für eine offene Gesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Dabei gilt, die Ukraine so gut wie möglich zu unterstützen. Die Ukraine kämpft für Europa und seine liberalen Werte, sie verteidigt Demokratie und Freiheit. Dafür steht auch die Stiftung.

Der Beginn des Ukraine-Kriegs war auch für die Arbeit der Mitarbeitenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Zäsur. Die Sicherheit und Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kiew und Moskau standen an erster Stelle. Unsere Expertinnen und Experten berichteten und analysierten die Lage und gaben Hintergrundinformationen, auch in Live-Schalten und Diskussionsrunden – Einblicke, die die immensen Herausforderungen des Alltags der Ukrainerinnen und Ukrainer deutlich machten. Solidarität ist das Gebot der Stunde. Das Thema „Krieg in Europa“ stand im Fokus der gesamten Stiftungsarbeit. Auch die Stipendiatenschaft der Friedrich-Nau-

mann-Stiftung für die Freiheit engagierte sich in beeindruckender Weise mit Aktionen für die Menschen in der Ukraine.

Im September 2022 wurde Anne Brasseur neu in den Vorstand gewählt. Anne Brasseur wird mit ihrer internationalen Erfahrung das Profil der Stiftung in der Außen-, Europa- und Menschenrechtsarbeit weiter schärfen. Brasseur ist eine exzellent vernetzte Europäerin, die Leidenschaft und jahrelange Kompetenz miteinander verbindet. Für ihr langjähriges Mitwirken im Kuratorium dankt ihr das Kuratorium sehr herzlich und freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit in ihrer neuen Funktion. Bettina Stark-Watzinger MdB, die als Bundesbildungsministerin aus dem Vorstand ausgeschieden ist, wurde im Dezember 2022 neu ins Kuratorium gewählt. Ebenso ist es dem Kuratorium eine Freude, Michael Link MdB als gewähltes Mitglied begrüßen zu können. Des Weiteren freuen wir uns über die Neubesetzung von Ellen Madeker, Barbie Kornelia Haller und Sarah Bäumchen. Auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!

Das Kuratorium blickt optimistisch in die Zukunft und ist überzeugt, dass die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gerade in diesen bewegenden Zeiten weiterhin einen wertvollen Beitrag für Demokratie und Freiheit leisten wird.

Das Kuratorium

Vorsitzender:

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss

Stellvertretende Vorsitzende:

Liane Knüppel und Florian Rentsch

Ehrenvorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Jürgen Morlok

Mitglieder:

Sarah Bäumchen

Dr. Hinrich Enderlein

Barbie Kornelia Haller

Prof. Dr. Helmut Haussmann

Dr. Peter Jeutter

Stefan Kapferer

Alexander Graf Lambsdorff MdB

Christian Lindner MdB

Michael Link MdB

Dr. Anita Maaß

Dr. Ellen Madeker

Gisela Piltz

Judith Pirscher

Dr. Stefan Ruppert

Dr. Hermann Otto Solms MdB

Bettina Stark-Watzinger MdB

Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Joachim Werren

BERICHT DES VORSTANDES 2022



Prof. Dr.
Karl-Heinz
Paqué



Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger



Anne
Brasseur



Dr. Maren
Jasper-Winter



Manfred
Richter

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende für Europa und die Welt. Der russische Überfall auf die Ukraine hat die europäische Friedensordnung zerrüttet und für einen raschen und disruptiven Wandel in der europäischen Sicherheitspolitik gesorgt. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist aber nicht nur eine geopolitische und militärische Zäsur. Er trifft die globale Wirtschaft, Märkte und Wertschöpfungsketten im Kern.

Ökonomische Sanktionen wurden in einem Tempo auf den Weg gebracht, die den Aggressor Putin, sein Regime und dessen Profiteure überrascht haben. Unter Führung der USA ist eine Einigkeit entstanden, die es in dieser Breite seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. Doch nun geht der Subventionswettbewerb der USA und der EU in die völlig falsche Richtung.

Die größte Gefahr für Europa besteht in der Deglobalisierung. Wir brauchen eine offensive Standortpolitik in Deutschland und der Europäischen Union, die im fairen Wettbewerb mit der außereuropäischen Welt die Modernisierung Europas voranbringt. Dafür bedarf es keiner massiven Finanzierung über zusätzliche Subventionen und Schulden.

Deutschland befindet sich in einer Multi-Krise. Nach der Pandemie folgte die Energiekrise und Deutschland braucht keine De-Globalisierung, sondern eine bessere Globalisierung. Für Deutschland wichtig: eine wirtschaftsfreundliche Politik, die auch das Gründungsklima verbessert: niedrigere Steuern, weniger Bürokratie, bessere Infrastruktur.

Im November hat sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Expertinnen und Experten auf dem Zukunftsforum 23 zum Thema „Marktwirtschaftliche Agenda oder noch mehr Staat?“ ausgetauscht. Die deutsche Wirtschaft wird nicht resilienter, indem sie restriktiver wird. Gerade wegen ihrer Verflechtungen ist die Weltwirtschaft so gut durch die Pandemie gekommen. Aus Krisen erwachsen Innovationen und Chancen. Chancen für Deutschland, um die digitale Transformation voranzubringen. Die weltwirtschaftliche Integration muss weitergehen.

Mehr als ein Jahr Ukrainekrieg ist eines der einschneidendsten Ereignisse in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine halten auch 2023 an. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat mit der Themenagenda „Krieg in Europa“ mit Veranstaltungen, Publikationen und Analysen die aktuellen Entwicklungen begleitet.

Die Folgen des Ukrainekriegs sind in Deutschland und weltweit spürbar. Doch mittlerweile hat sich der Energiemarkt ein Stück weit entspannt – neue Flüssiggasterminals, Gas aus Norwegen und gut gefüllte Gasspeicher machen Deutschland unabhängig vom russischen Energiemarkt. Sobald die kriegerischen Auseinandersetzungen beendet sind, wird es darum gehen, der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen und den Ost-West-Dialog in neuer Form zu beleben. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird die Perspektiven und Entwicklungen weiter aufgreifen, diskutieren und analytisch begleiten.

In diesem Jahr werden es 65 Jahre sein, in denen sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Werte des Liberalismus einsetzt. Angesichts der globalen Entwicklungen ist es die Aufgabe der Stiftung, nicht nachzulassen und für Liberalismus einzustehen. Demokratie festigen, globalen Wohlstand fördern, gleichberechtigte Teilhabe von Minderheiten, die Einhaltung von Menschenrechten in der analogen und digitalen Welt: In außergewöhnlichen Zeiten leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung und die lokalen Partner im In- und Ausland eine großartige Arbeit, die wir als Vorstand würdigen und unterstützen.

Der Vorstand

Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretende Vorsitzende:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Schatzmeister:

Manfred Richter

Mitglieder:

Anne Brasseur, Dr. Maren Jasper-Winter

Ehrevorsitzender:

Dr. Wolfgang Gerhardt

ÜBER DIE STIFTUNG

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich zum Ziel gesetzt, die Freiheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu stärken. Mit Veranstaltungen, Bildungsangeboten, Partnerschaften und Publikationen motivieren wir Menschen in über 60 Ländern weltweit, Demokratie aktiv zu gestalten. Wir beraten, inspirieren und motivieren gesell-

schaftliche Akteure und kreieren liberale Themen für morgen und übermorgen. Vielfalt, Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit, internationale Verständigung, Teilhabe und Persönlichkeitsentwicklung jeder und jedes Einzelnen, Wettbewerb und soziale Sicherheit sowie Toleranz und Respekt und Chancengleichheit bilden den Wertesrahmen unseres Handelns.

FÜR EINEN MODERNEN LIBERALISMUS

Individuelle Freiheit, Demokratie, Welttoffenheit und Vielfalt stehen weltweit unter Druck. In einer Zeit des grundlegenden Wandels möchte die Stiftung einen gesellschaftlichen und politischen Diskurs für einen modernen Liberalismus gestalten. Krisen, Populismus, Klimawandel und digitale Transformation stellen Politik und Gesellschaft vor viele Herausforderungen – wir müssen den Liberalismus neu denken, um ihn für die Zukunft zu wappnen. Mit Expertise aus Politikberatung und Wissenschaft findet die Stiftung Antworten zu einem weiten Themenspektrum von Gesellschaft, internationaler Politik, Sozialer Marktwirtschaft, Wohlstand, Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

ZUKUNFT WAGEN

Als Stiftung für die Freiheit sind wir thematischer Impulsgeber und zugleich freiheitspolitische Plattform für alle Liberalen in Deutschland. Wir setzen uns ein für eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft, die möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen eröffnet. Mit Veranstaltungen, Studien, Gutachten und Publikationen vermittelt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit liberale Ideen, Fähigkeiten und stärkt das zivilgesellschaftliche Engagement, das unsere Demokratie lebendig hält. Wir fördern leistungsbereite, liberale Persönlichkeiten als unser Zukunftsprojekt für einen starken Liberalismus.

Mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten jeden Tag in mehr als 60 Ländern weltweit, um mit Stiftungspartnern liberale Ideen auszutauschen und individuelle Lösungen zu finden. Die Stärkung demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen ist das gemeinsame Ziel. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit engagiert sich für nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab. Mit Partnern und Multiplikatoren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, die unsere Werte teilen, streben wir langfristige Kooperationen an. Mit unserer Arbeit stärken wir das Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltiger, innovativer Lösungen und richten auch den Stiftungsbetrieb konsequent nach ökologischen Gesichtspunkten aus. Mit der Initiative Planet F hat die Stiftung ein globales Programm initiiert, um ihre Arbeit ökologisch nachhaltiger zu gestalten.

GRÜNDUNG

Gestiftet durch Bundespräsident Theodor Heuss, bietet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit 1958 auf der Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt an. Im Verständnis unseres Namensgebers Friedrich Naumann stehen wir für liberale Ideen, liberale Projekte und liberale Politikansätze in einem ganzheitlichen Ansatz.

EINE STIFTUNG. EIN ZIEL.

Innovative Ideen brauchen Freiräume. Unsere Arbeit in der Stiftung basiert auf Professionalität, Kompetenz, Vertrauen und Zuverlässigkeit. Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Überzeugung, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind für die Stiftung selbstverständlich. Kreativität und Innovationsfähigkeit sind die Merkmale der Arbeit der Stiftung im In- und Ausland. Wir leben Vielfalt, New Work und Teamgeist und bieten spannende Karrieremöglichkeiten in einem liberalen politischen Umfeld.

Hier finden Sie Informationen zu unserem Code of Conduct.



UNSER LEITBILD UND UNSERE MISSION

UNSERE VISION

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist die kreative Innovationsplattform zur gesellschaftlichen Vermittlung der Freiheit.

UNSERE MISSION

Unsere Arbeit wendet sich in Deutschland und weltweit an alle an liberaler Politik interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Grundwerte der Stiftung teilen.

Wir beraten, inspirieren wie motivieren gesellschaftliche Verantwortungsträger und schaffen, gestalten und vermarkten innovative Freiheitsthemen für morgen und übermorgen.

Entdecken Sie
die Stiftung.



UNSER LEITBILD

- Wir sind Teil einer weltweiten Bewegung, die für freiheitliche Werte eintritt: für Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit und Demokratie.
- Wir sind stolz auf unsere vielfältige Partnerstruktur und unser internationales Netzwerk mit 14 Standorten in Deutschland und 46 Standorten weltweit.
- Wir schaffen Orte, in denen weltoffene, reflektierte und mutige Menschen aktiv Freiheit mitgestalten – indem sie lernen, trainieren, diskutieren, partizipieren.
- Mit unseren Partnern entwickeln wir unser politisches Know-how beständig weiter.
- Mit unseren Bildungsangeboten wollen wir Menschen dabei unterstützen, sich aktiv im politischen Geschehen einzumischen.
- Begabte junge Menschen fördern wir durch Stipendien und bieten ihnen die Chance, die Stiftungsarbeit aktiv mitzugestalten.
- Wir beraten und vernetzen weltweit liberale Freunde und Partner, um die Freiheit zu verteidigen und liberale Ideen umzusetzen.

Neubau und Truman-Villa, Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg



DANKSAGUNG AN STIFTER, SPENDER UND SPONSOREN

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem

Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung.

Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

IMPRESSUM

Stand: April 2023

Herausgeberin:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Truman-Villa

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam-Babelsberg

[/freiheit.org](https://www.freiheit.org)

[f /FriedrichNaumannStiftungFreiheit](#)

[t /FNFreiheit](#)

[@ /stiftungfuerdiefreiheit](#)

Verantwortlich:

Anders Mertzluft

Leiter Fachbereich Kommunikation

Redaktion:

Florian Baumann, Eva Cheung, Prof. Dr. Ewald Grothe,

Dr. Katja Hartmann, Thomas Ilka, Heike Ihlenfeldt,

Ines Kant, René Klaff, Justus Lenz, Dr. Michaela Lissowsky,

Maria Walf, Sebastian Zajonz

Pressekontakt:

Anders Mertzluft

presse@freiheit.org

Konzept & Gestaltung:

Florian Baumann

Luise Bofinger

Erik Weber

Druck:

bud potsdam mbH,

Wetzlarer Straße 54, 14482 Potsdam

Spendenkonto:

Commerzbank Berlin

IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04

BIC: COBADEFFXXX

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

BILDNACHWEISE

S. 4/5: Thomas Imo/Photothek; **S. 6:** Julia Zoooi; **S. 10:** Anne Preussel/Photothek; **S. 11:** Frank Nürnberger; **S. 14:** Thomas Imo/Photothek; **S. 17:** Enid Valu; **S. 18:** Frank Nürnberger; **S. 19:** Ute Grabowsky/Photothek; Alexander De Croo **S. 21:** Julia Zoooi; **S. 24:** Topical Press Agency/GettyImages; **S. 27:** Tetyana Lazunova/GettyImages; Maksim Prasolenko/ GettyImages; **S. 29:** Julia Zoooi; **S. 30:** Frank Nürnberger; **S. 34:** Michael Kuchinke-Hofer; **S. 35:** Fred Ferschke/reportage-berlin.de; **S. 39:** Paul Alexander (Ann Catrin Riedel); **S. 42:** minhm2m/GettyImages; **S. 43:** filo/GettyImages; **S. 45:** FDP-Fraktion Berlin/CC BY-SA 3.0; **S. 46:** Ute Grabowsky/ Photothek; **S. 53:** Alexander Graf Lambsdorff; **S. 55:** Frank Nürnberger; **S. 56:** Fourleaflover/GettyImages; Kateryna Novokhatnia/GettyImages; **S. 57:** Fourleaflover/GettyImages; Ivan Leonov/GettyImages; **S. 61:** Frank Nürnberger; **S. 62:** Bsd555, Tasha Vector, Newanyart, fonikum/Getty Images; **S. 65:** Julia Zoooi; **S.66-67:** Zunar; **S. 69:** Andreea Campeanu/ GettyImages; **S. 87:** Thomas Imo/photothek.net (Paqué, Richter); Tobias Koch (Leutheusser-Schnarrenberger); Frank Nürnberger (Brasseur); FDP-Fraktion Berlin / CC BY-SA 3.0 (Dr. Jasper-Winter) **S. 89:** Florian Gaertner/Photothek

Alle anderen Fotos:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

IM POLITISCHEN DIALOG IN DEUTSCHLAND

Arno-Esch-Stiftung

Puschkinstraße 20
19055 Schwerin

Länderbüro Norddeutschland

Frankenstraße 3
20097 Hamburg
hamburg@freiheit.org

Liberaler Gesellschaft

Ottostraße 10
28201 Bremen

Länderbüro Niedersachsen/Bremen/ Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung

Georgstraße 36
30159 Hannover
hannover@freiheit.org

Landesbüro Nordrhein-Westfalen

Theodor-Heuss-Straße 26
51645 Gummersbach
nrw@freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie

Theodor-Heuss-Straße 26
51645 Gummersbach
akademie@freiheit.org

Archiv des Liberalismus

Theodor-Heuss-Straße 26
51645 Gummersbach
archiv@freiheit.org

Landesbüro Baden-Württemberg/ Reinhold-Maier-Stiftung

Feuerseeplatz 14
70176 Stuttgart
stuttgart@freiheit.org

Länderbüro Hessen und Rheinland-Pfalz/ Karl-Hermann-Flach-Stiftung

Wilhelmstraße 64,
65183 Wiesbaden
wiesbaden@freiheit.org

Hauptsitz Potsdam

Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam
service@freiheit.org

Karl-Hamann-Stiftung

Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Hauptstadtbüro

Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
hilmar.sattler@freiheit.org

Länderbüro Berlin/Brandenburg/ Mecklenburg-Vorpommern

Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
BBMV@freiheit.org

Wilhelm-Külz-Stiftung

Radeberger Straße 51
01099 Dresden

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Turnerstraße 3
04103 Leipzig

Länderbüro Mitteldeutschland

Robert-Franz-Ring 1a
06108 Halle (Saale)
halle@freiheit.org

Erhard-Hübener-Stiftung e.V.

Schönnewitzer Str. 9a
06116 Halle (Saale)

Friedrich-Naumann-Stiftung

Trommsdorffstraße 5a
99084 Erfurt

Landesbüro Bayern/ Thomas-Dehler-Stiftung

Orleansstraße 6
81669 München
bayern@freiheit.org

● Landes- und Länderbüros

■ Lokale Büros



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Villa
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

[freiheit.org](https://www.freiheit.org)